

Dokumentation



**6. Tagung der 12. Synode der EKD
2019 Dresden**

Schwerpunktthema Frieden

EVANGELISCHE
FRIEDENSARBEIT

Übersicht:

- EKD-Pressemitteilungen zur EKD-Synode 2019 Dresden
- Auszug Bericht EKD-Ratsvorsitzender Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm
- Bibelarbeit Rev. Dr. Elaine Neuenfeldt zum Schwerpunktthema
- Einbringung zum Schwerpunktthema durch Renke Brahms
- Vortrag Landesbischof Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh
- Vortrag Dr. Kira Vinke
- Erfahrungsbericht Oberstleutnant Mathias Meierhuber
- Einbringung des Kundgebungsentwurfs durch Renke Brahms
- Kundgebungsentwurf „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens
- Beschlussvorschlag des Themenausschusses
- Kundgebung „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“
- Agenturmeldungen epd und dpa zur EKD-Synode 2019
- Ausgewählte Pressemeldungen zur EKD-Synode 2019

8. November 2019

Herausgegeben von der
Pressestelle der
Evangelischen Kirche in
Deutschland (EKD)

Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

T. +49(511) 2796-264/268
F. +49(511) 2796-777

pressestelle@ekd.de
www.ekd.de

„Erinnerung dient der Zukunft“

Ökumenischer Friedenspilgerweg in Dresden am 9. November

Zu einem ökumenischen Friedenspilgerweg durch Dresden laden die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) und die Union Evangelischer Kirchen (UEK) für Sonnabend, 9. November, um 14 Uhr ein. An vier verschiedenen Stationen werden die Teilnehmenden halten und dabei u. a. der Reichspogromnacht am 9. November 1938 und des Falls der Berliner Mauer am 9. November 1989 gedenken.

Renke Brahms, Direktor der Evangelischen Wittenbergstiftung und Friedensbeauftragter der EKD, wird diesen Weg gemeinsam mit ökumenischen Gästen gehen. Er betont: „Erinnerung dient der Zukunft. Das gilt am 9. November sowohl für die Novemberpogrome 1938 als auch die friedliche Revolution 1989. Das eine Datum mahnt uns, jeder Form des Antisemitismus entgegenzutreten und keine menschenverachtende Ausgrenzung und Verfolgung in unserem Land zuzulassen. Das andere ermutigt uns, auf gewaltfreie Lösungen für Konflikte zu vertrauen und uns dafür einzusetzen. Und beides wird beim Schwerpunktthema der EKD Synode ‚Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens‘ eine wichtige Rolle spielen.“

Die Generalsynode der VELKD und die Vollversammlung der UEK, die im Vorfeld der EKD-Synode in Dresden zusammenkommen, haben das Thema „Frieden“ ebenfalls in den Blick genommen. Wilfried Hartmann, Präsident der Generalsynode der VELKD: „Angesichts der Tagung unserer Generalsynode unter dem alttestamentlichen Wort von der ‚Saat des Friedens‘ ist es mir ein wichtiges Anliegen, mich gemeinsam mit unseren internationalen Gästen auf einen Pilgerweg durch Dresden zu begeben und für den Frieden zu beten. Der 9. November ist aufgeladen mit erschreckenden und ermutigenden Erinnerungen, die wir lebendig halten müssen. Sie lehren uns, wie der Wille zum friedlichen Miteinander, die ‚Saat des Friedens‘, gehegt und immer wieder verteidigt werden muss – gegen Demagogie, Unterdrückung und Unmenschlichkeit.“

Der Friedensweg wurde von Michael Zimmermann, dem Beauftragten für Friedens- und Versöhnungsarbeit in der sächsischen Landeskirche, und Johannes Dieckow, Referent für Ökumenische Grundsatzfragen im Amtsbereich der VELKD, gemeinsam vorbereitet. Der Weg beginnt um 14 Uhr am Maritim-Hotel und führt über vier Stationen des Gedenkens. Er endet gegen 16 Uhr an der Frauenkirche.

Hannover/Dresden, 8. November 2019

Pressestelle der EKD
Annika Lukas

Über die Synode der EKD: Die Synode der EKD ist neben Rat und Kirchenkonferenz eines der drei Leitungsorgane der EKD. Sie tagt vom 10. bis 13. November in Dresden. Nach der Grundordnung der EKD besteht die 12. Synode aus 120 Mitgliedern. Zu den Aufgaben der Synode zählen die Erarbeitung von Kundgebungen und Beschlüssen zu Fragen der Zeit sowie die Begleitung der Arbeit des Rates der EKD durch Richtlinien. Die Synode berät und beschließt aber auch den Haushalt und die Kirchengesetze. Geleitet wird die Synode vom Präsidium unter dem Vorsitz von Präses Irmgard Schwaetzer. Sie ist zugleich Mitglied des 15-köpfigen Rates der EKD. Vorsitzender des Rates der EKD ist Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Die EKD ist die Gemeinschaft von 20 lutherischen, reformierten und united Landeskirchen. 21,1 Millionen evangelische Christinnen und Christen in Deutschland gehören zu einer der 14.000 Kirchengemeinden.

10. November 2019

Herausgegeben von der
Pressestelle der
Evangelischen Kirche in
Deutschland (EKD)

Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

T. +49(511) 2796-264/268
F. +49(511) 2796-777

pressestelle@ekd.de
www.ekd.de

„Kraft des Evangeliums selbst ausstrahlen“

Bedford-Strohm vor EKD-Synode zu aktuellen Herausforderungen in Kirche und Gesellschaft

Für eine enge Verbindung von Frömmigkeit und gesellschaftlichem Engagement hat der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm zum Auftakt der Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Dresden geworben.

„30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist es gut, sich an die Quellen zu erinnern, die diese große geschichtliche Wende ermöglichten“, so der EKD-Ratsvorsitzende. Die Kirchen in der DDR hätten den Glauben nicht mit religiöser Innerlichkeit verwechselt, sondern das Beten, das Tun des Gerechten und das Warten auf Gottes Zeit als untrennbar zusammengehöriges Zeugnis des Glaubens verstanden. „Das Evangelium und die Kirche, die es weitergibt, haben auch heute viel mehr Kraft als wir es selbst manchmal glauben. Das sollten wir in der Zukunft noch viel besser zeigen“, so Bedford-Strohm.

Um Menschen künftig für die Kirche gewinnen oder zurückgewinnen zu können, brauche es neben einem selbstkritischen Blick auf gegenwärtiges kirchliches Handeln und die Strukturen deshalb „auch eine geistliche Erneuerung als Basis dafür, dass wir die im Glauben gegründete Liebe und Hoffnung, von der wir sprechen, selbst ausstrahlen. Das gilt für die Kirchenleitung genauso wie für alle Glieder der Kirche. Überall in Deutschland haben sich Christinnen und Christen auf den Weg gemacht, die im Evangelium gegründete Ausstrahlungskraft unserer Kirche für die Zukunft so nachhaltig wie möglich zu stärken. Denn die Zukunft der Kirche entscheidet sich nicht an ihren Mitgliedschaftszahlen, sondern an ihrer im Evangelium gegründeten Ausstrahlungskraft“, so der Ratsvorsitzende.

Die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, hätten nichts an Aktualität verloren. So sei die Friedensethik, die das Schwerpunktthema der diesjährigen Synodentagung in Dresden bildet, aktueller denn je: „Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation vor 30 Jahren sahen viele von uns die Chance auf friedlichere Zeiten gekommen. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen“, sagte der Ratsvorsitzende. Die gegenwärtige Situation im Norden Syriens nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei sei „eine Niederlage einer an Recht und Ethik orientierten internationalen Politik. Die Ohnmacht, die viele von uns, mich eingeschlossen, dabei empfinden, ist ein Anlass mehr, mit Dringlichkeit friedensethische Konzepte zu entwickeln, die in einer solchen Situation Orientierung für konkretes Handeln geben können.“

Als besonders dringliche gesellschaftliche Herausforderung hob Bedford-Strohm in seinem Ratsbericht vor der Synode das Engagement gegen den Klimawandel hervor. Am jüngsten Sonderbericht des Klimarates, der vor einem möglichen Anstieg des Meeresspiegels um mehr als einen Meter und dem Verlust von Arten und Lebensräumen warnte, seien mehr als 100 renommierte Wissenschaftler beteiligt gewesen und fast 7000 wissenschaftliche Studien und Publikationen

ausgewertet worden: „Wer das ignoriert oder als bloße ‚Meinung‘ abtut, leidet unter Realitätsverweigerung und verabschiedet sich aus einer ernsthaften demokratischen Debatte, so der Ratsvorsitzende. Zugleich hätten jedoch auch die positiven Gegenkräfte eine völlig neue Dynamik gewonnen: „Es könnte sein, dass wir nun tatsächlich an der Schwelle der Großen Transformation stehen, von der auch in den Papieren und Stellungnahmen der Kirchen seit Jahren die Rede war.“ Das Klimapaket der Bundesregierung reiche aber nicht aus. Nicht nur zahlreiche Klimawissenschaftler, sondern auch viele Ökonomen unterschiedlicher Schulen hätten deutlich gemacht, dass der jetzt vorgesehene Einstieg in die CO₂-Bepreisung noch keine nennenswerte Lenkungswirkung erzeuge. „Warum bleibt die Politik an dieser so wichtigen Stelle hinter der gesellschaftlichen Bereitschaft zur Veränderung zurück?“, fragte der Ratsvorsitzende. „Es wäre ein Zeichen von Größe, wenn die Bundesregierung diese gesellschaftliche Dynamik wahrnehmen, auf sie reagieren, sie nutzen und ihr Klimapaket deutlich nachbessern würde.“

In seinem Ratsbericht ging Bedford-Strohm auch auf das Engagement der evangelischen Kirche für die Seenotrettung ein: „Seit Jahren warten wir auf überzeugende Lösungen der europäischen Regierungen. Auch die EKD-Synode hat wiederholt gefordert, legale und sichere Zugangswege für Schutzsuchende zu eröffnen, ein solidarisches Verteilsystem in Europa zu schaffen, faire Asylverfahren zu gewährleisten. An all diesen Forderungen halten wir weiter fest.“ Zugleich bekräftigte Bedford-Strohm den Beschluss des Rates der EKD sich in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für ein zusätzliches Schiff für die Seenotrettung im Mittelmeer einzusetzen: Eine entsprechende Spendenkampagne des Bündnisses werde Anfang Dezember unter dem hashtag #wirschickeneinSchiff gestartet.

Der gesamte mündliche Bericht des Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, ist abrufbar unter www.ekd.de/ratsbericht2019.

Aktuelles zur Synode auch auf Facebook: www.facebook.de/ekd.de

Dresden, 10. November 2019

Pressestelle der EKD
Carsten Splitt

Über die Synode der EKD: Die Synode der EKD ist neben Rat und Kirchenkonferenz eines der drei Leitungsorgane der EKD. Sie tagt vom 10. bis 13. November in Dresden. Nach der Grundordnung der EKD besteht die 12. Synode aus 120 Mitgliedern. Zu den Aufgaben der Synode zählen die Erarbeitung von Kundgebungen und Beschlüssen zu Fragen der Zeit sowie die Begleitung der Arbeit des Rates der EKD durch Richtlinien. Die Synode berät und beschließt aber auch den Haushalt und die Kirchengesetze. Geleitet wird die Synode vom Präsidium unter dem Vorsitz von Präses Irmgard Schwaetzer. Sie ist zugleich Mitglied des 15-köpfigen Rates der EKD. Vorsitzender des Rates der EKD ist Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Die EKD ist die Gemeinschaft von 20 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen. 21,1 Millionen evangelische Christinnen und Christen in Deutschland gehören zu einer der rund 14.000 Kirchengemeinden.

10. November 2019

Herausgegeben von der
Pressestelle der
Evangelischen Kirche in
Deutschland (EKD)

Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

T. +49(511) 2796-264/268
F. +49(511) 2796-777

pressestelle@ekd.de
www.ekd.de

„Wir brauchen den friedensethischen Diskurs“

Schwaetzer vor EKD-Synode über Friedensethik, die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Tendenzen und die Zukunft der Kirche

Auf die neue Dimension friedensethischer Debatten hat die Präses der EKD-Synode Irmgard Schwaetzer hingewiesen. Die aktuellen Fragestellungen seien nur noch in Teilen vergleichbar mit denjenigen zur Zeit des Kalten Krieges, sagte Schwaetzer im Bericht des Präsidiums am heutigen Eröffnungstag der Synodentagung. „Wir brauchen den friedensethischen Diskurs. Hier ist es unsere Verantwortung als evangelische Kirche, mit prophetischer Stimme für den Frieden einzutreten und dabei zugleich politisch anschlussfähig zu sein in dem, was wir sagen.“

Mit dem Schwerpunktthema „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ richte die Synode den Blick aber auch ganz bewusst auf die evangelische Kirche selbst, führt Schwaetzer aus. Auf der Tagung gehe es auch darum, wie es innerhalb der Kirche um Frieden und Gerechtigkeit stehe. Dazu ging sie auf drei Themenbereiche näher ein: die Beteiligung junger Menschen, eine klare Haltung gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus und die Zukunft der Kirche.

„Jugenddelegierte gibt es in der EKD-Synode seit langem“, sagte Schwaetzer zur Beteiligung junger Menschen an den Gestaltungsprozessen in der Kirche. „Wir freuen uns darüber, wie lebhaft, konstruktiv und kritisch sie sich in die Synode einbringen und uns neue Impulse geben. Seit drei Jahren haben sie ein eigenes Antragsrecht. Und jetzt wollen wir einen entscheidenden Schritt tun, um endlich die volle Beteiligung junger Menschen in repräsentativer Stärke an unseren Beratungen sicherzustellen.“

Ausführlich ging Schwaetzer auf die Haltung der Kirche zu Antisemitismus und Rechtspopulismus ein. Am Anschlag in Halle werde sehr deutlich, „dass wir in unserem Einsatz für die Demokratie und ihre Grundwerte, im Eintreten gegen Menschenverachtung, Hetze und Ausgrenzung entschieden, klar und laut sein müssen wie lange nicht. Das ist unsere Pflicht als Christinnen und Christen. Jede und jeder Einzelne von uns ist dazu aufgerufen.“ Das Anliegen der Synode, einen genaueren Blick auf rechtspopulistische Tendenzen in den eigenen Reihen zu werfen, sei in den vergangenen Monaten einen guten Schritt weitergekommen, berichtete Schwaetzer. Die Vorurteilsstrukturen und deren Ausdruck im Alltag auch in Kirchengemeinden und bei Kirchenmitgliedern müssten genauer untersucht werden. Dazu sei ein Forschungsverbund in drei Teilen auf den Weg gebracht worden, der den Auftrag der Synode umsetze. Schwaetzer betonte, kirchliche Mitarbeitende sollten aber schon jetzt in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Tendenzen und Parolen unterstützt werden. Dafür stehe eine Materialsammlung mit Erfahrungen und praktischen Vorschlägen zur Verfügung.

Abschließend ging Schwaetzer auf die laufenden Zukunftsprozesse in der evangelischen Kirche ein: „Unsere Kirche soll eine Kirche im Aufbruch sein. So ist sie angelegt von einem Gott, der sich zuerst auf den Weg gemacht hat hin zu uns. Das hat ihn selbst verändert: Gott wurde Mensch. Gerade so kreuzt er unsere Lebenswege als einer, der uns begleitet und der uns auf den Weg schickt mit einem klaren Auftrag: ‚Geht hinein in die Welt und erzählt von mir.‘ Seitdem sind wir unterwegs – und haben doch dabei manchmal die Tendenz, es uns bequem zu machen in schönen Kirchengebäuden, mit den gewohnten Gottesdienstformen und den gewachsenen Verwaltungsstrukturen. Es wird Zeit, dass wir uns auf den Weg machen zu den Menschen, die wir erreichen wollen und die offen sind für unsere Botschaft.“

Ansätze und Szenarien dafür werden in den Berichten am Dienstagnachmittag verhandelt. Mit Blick auf die Debatte darüber betonte Schwaetzer: „Unsere Kirche wird in 20 oder 40 Jahren sehr anders aussehen. Sie wird auf keinen Fall eine kleinere Version der Kirche von heute sein. Und wir haben die Möglichkeit, diese Veränderung zu gestalten. Es gilt, die richtigen Weichenstellungen zu treffen – da darf man auch kritisch hinterfragen und lebhaft debattieren, um zu guten Entscheidungen zu kommen.“

Der vollständige Wortlaut des Berichts der Präses der EKD-Synode, Irmgard Schwaetzer, steht unter www.ekd.de/praesidiiumsbericht2019 zum Download zur Verfügung.

Dresden, 10. November 2019

Pressestelle der EKD
Katharina Ratschko

Über die Synode der EKD: Die Synode der EKD ist neben Rat und Kirchenkonferenz eines der drei Leitungsorgane der EKD. Sie tagt vom 10. bis 13. November in Dresden. Nach der Grundordnung der EKD besteht die 12. Synode aus 120 Mitgliedern. Zu den Aufgaben der Synode zählen die Erarbeitung von Kundgebungen und Beschlüssen zu Fragen der Zeit sowie die Begleitung der Arbeit des Rates der EKD durch Richtlinien. Die Synode berät und beschließt aber auch den Haushalt und die Kirchengesetze. Geleitet wird die Synode vom Präsidium unter dem Vorsitz von Präses Irmgard Schwaetzer. Sie ist zugleich Mitglied des 15-köpfigen Rates der EKD. Vorsitzender des Rates der EKD ist Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Die EKD ist die Gemeinschaft von 20 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen. 21,1 Millionen evangelische Christinnen und Christen in Deutschland gehören zu einer der rund 14.000 Kirchengemeinden.

11. November 2019

Herausgegeben von der
Pressestelle der
Evangelischen Kirche in
Deutschland (EKD)

Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

T. +49(511) 2796-264/268
F. +49(511) 2796-777

pressestelle@ekd.de
www.ekd.de

Den Weg der Gewaltfreiheit gehen

Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) diskutiert über Friedensethik

Die Debatte der EKD-Synode über das Schwerpunktthema „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ wurde heute mit Vorträgen und Erfahrungsberichten auf unterschiedliche Aspekte der aktuellen friedensethischen Diskussion eröffnet. Dabei standen die Fragen im Zentrum, was die Kirche zum Frieden in der Welt beitragen kann und wie friedvoll sie selbst ist.

Der Kundgebungsentwurf, den der Friedensbeauftragte der EKD Renke Brahms einbrachte, geht vom Vorrang des Zivilen und dem Weg der Gewaltfreiheit aus. Es müsse darum gehen, so Brahms, „militärische Gewalt und kriegsrische Mittel Schritt für Schritt zu überwinden, den eindeutigen Schwerpunkt auf die Prävention zu legen und dafür die notwendigen Mittel bereitzustellen und die Forschung gerade im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen.“

Die theologischen Grundlagen des Weges der Gewaltfreiheit fasste Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh in seinem theologischen Impuls zusammen: „Christus ist unser Friede. Seine Liebe drängt uns, Frieden zu stiften.“ Mit Blick auf den kirchlichen Beitrag zum Frieden in der Welt betonte er, eine große Stärke der Kirche liege in ihrem Agieren innerhalb des Gemeinwesens. „Wir können dazu beitragen, dass die Menschen sich nicht in segmentierte Welten zurückziehen, sondern sich gemeinsam verantwortlich fühlen für den Frieden vor Ort und in der Welt.“

Die weltweite Dimension der aktuellen Herausforderungen für den Frieden hatte Irmgard Schwaetzer, die Präses der EKD-Synode, bereits in dem friedentheologischen Sammelband unterstrichen, der in Vorbereitung auf die Synodentagung erschienen ist: „Die Überwindung von Krieg und Gewalt wird nur gelingen, wenn wir einer internationalen Verteilungsgerechtigkeit näherkommen und eine Wirtschaftsordnung entwickeln, in der die Interessen der Ärmsten berücksichtigt werden. Dies wird nicht ohne einen veränderten und sorgsamen Umgang mit den »Global Commons«, den globalen Gemeingütern, und den begrenzten Ressourcen der Schöpfung gelingen. Die weltweite ökumenische Bewegung, die »Pilgrimage of Justice and Peace«, gibt uns hierfür entscheidende Hinweise.“

Dresden, 11. November 2019

Pressestelle der EKD
Katharina Ratschko

Über die Synode der EKD: Die Synode der EKD ist neben Rat und Kirchenkonferenz eines der drei Leitungsorgane der EKD. Sie tagt vom 10. bis 13. November in Dresden. Nach der Grundordnung der

EKD besteht die 12. Synode aus 120 Mitgliedern. Zu den Aufgaben der Synode zählen die Erarbeitung von Kundgebungen und Beschlüssen zu Fragen der Zeit sowie die Begleitung der Arbeit des Rates der EKD durch Richtlinien. Die Synode berät und beschließt aber auch den Haushalt und die Kirchengesetze. Geleitet wird die Synode vom Präsidium unter dem Vorsitz von Präses Irmgard Schwaetzer. Sie ist zugleich Mitglied des 15-köpfigen Rates der EKD. Vorsitzender des Rates der EKD ist Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Die EKD ist die Gemeinschaft von 20 lutherischen, reformierten und united Landeskirchen. 21,1 Millionen evangelische Christinnen und Christen in Deutschland gehören zu einer der rund 14.000 Kirchengemeinden.

11. November 2019

Herausgegeben von der
Pressestelle der
Evangelischen Kirche in
Deutschland (EKD)

Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

T. +49(511) 2796-264/268
F. +49(511) 2796-777

pressestelle@ekd.de
www.ekd.de

Den Weg der Gewaltfreiheit gehen

Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) diskutiert über Friedensethik

Die Debatte der EKD-Synode über das Schwerpunktthema „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ wurde heute mit Vorträgen und Erfahrungsberichten auf unterschiedliche Aspekte der aktuellen friedensethischen Diskussion eröffnet. Dabei standen die Fragen im Zentrum, was die Kirche zum Frieden in der Welt beitragen kann und wie friedvoll sie selbst ist.

Der Kundgebungsentwurf, den der Friedensbeauftragte der EKD Renke Brahms einbrachte, geht vom Vorrang des Zivilen und dem Weg der Gewaltfreiheit aus. Es müsse darum gehen, so Brahms, „militärische Gewalt und kriegsrische Mittel Schritt für Schritt zu überwinden, den eindeutigen Schwerpunkt auf die Prävention zu legen und dafür die notwendigen Mittel bereitzustellen und die Forschung gerade im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen.“

Die theologischen Grundlagen des Weges der Gewaltfreiheit fasste Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh in seinem theologischen Impuls zusammen: „Christus ist unser Friede. Seine Liebe drängt uns, Frieden zu stiften.“ Mit Blick auf den kirchlichen Beitrag zum Frieden in der Welt betonte er, eine große Stärke der Kirche liege in ihrem Agieren innerhalb des Gemeinwesens. „Wir können dazu beitragen, dass die Menschen sich nicht in segmentierte Welten zurückziehen, sondern sich gemeinsam verantwortlich fühlen für den Frieden vor Ort und in der Welt.“

Die weltweite Dimension der aktuellen Herausforderungen für den Frieden hatte Irmgard Schwaetzer, die Präses der EKD-Synode, bereits in dem friedentheologischen Sammelband unterstrichen, der in Vorbereitung auf die Synodentagung erschienen ist: „Die Überwindung von Krieg und Gewalt wird nur gelingen, wenn wir einer internationalen Verteilungsgerechtigkeit näherkommen und eine Wirtschaftsordnung entwickeln, in der die Interessen der Ärmsten berücksichtigt werden. Dies wird nicht ohne einen veränderten und sorgsamen Umgang mit den »Global Commons«, den globalen Gemeingütern, und den begrenzten Ressourcen der Schöpfung gelingen. Die weltweite ökumenische Bewegung, die »Pilgrimage of Justice and Peace«, gibt uns hierfür entscheidende Hinweise.“

Dresden, 11. November 2019

Pressestelle der EKD
Katharina Ratschko

Über die Synode der EKD: Die Synode der EKD ist neben Rat und Kirchenkonferenz eines der drei Leitungsorgane der EKD. Sie tagt vom 10. bis 13. November in Dresden. Nach der Grundordnung der

EKD besteht die 12. Synode aus 120 Mitgliedern. Zu den Aufgaben der Synode zählen die Erarbeitung von Kundgebungen und Beschlüssen zu Fragen der Zeit sowie die Begleitung der Arbeit des Rates der EKD durch Richtlinien. Die Synode berät und beschließt aber auch den Haushalt und die Kirchengesetze. Geleitet wird die Synode vom Präsidium unter dem Vorsitz von Präses Irmgard Schwaetzer. Sie ist zugleich Mitglied des 15-köpfigen Rates der EKD. Vorsitzender des Rates der EKD ist Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Die EKD ist die Gemeinschaft von 20 lutherischen, reformierten und united Landeskirchen. 21,1 Millionen evangelische Christinnen und Christen in Deutschland gehören zu einer der rund 14.000 Kirchengemeinden.

13. November 2019

Herausgegeben von der
Pressestelle der
Evangelischen Kirche in
Deutschland (EKD)

Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover

T. +49(511) 2796-264/268
F. +49(511) 2796-777

pressestelle@ekd.de
www.ekd.de

Klimagerechtigkeit ist Voraussetzung für Frieden

Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) verabschiedet Kundgebung zum Thema Frieden

Klimagerechtigkeit ist ein Schwerpunkt der Kundgebung der EKD-Synode zum Thema „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens.“ „Für den Frieden in der Welt ist Klimagerechtigkeit eine unabdingbare Voraussetzung“, heißt es in dem heute verabschiedeten Text.

„Wir müssen dringend sorgsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen“, erläutert Irmgard Schwaetzer, die Präses der EKD-Synode. „Das ist eine Frage der internationalen Gerechtigkeit. Dieser Aspekt gerät in der aktuellen Diskussion oft in den Hintergrund, er ist aber von zentraler Bedeutung. Denn von den Folgen des Klimawandels sind die Ärmsten der Armen im globalen Süden besonders betroffen. Der Klimawandel verschärft bestehende Konflikte und ist eine nicht zu unterschätzende Fluchtursache. Frieden kann es ohne nachhaltige Entwicklung nicht geben.“

Die Kundgebung geht auch auf den innergesellschaftlichen Frieden ausführlich ein. Lohndumping und die Verlagerung von Arbeitsplätzen, Altersarmut und steigende Mieten weckten zunehmend Ängste. Die Kirche habe die Aufgabe, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, um damit auch verkürzenden populistischen Argumentationen, Extremismus und Gewaltbereitschaft vorzubeugen. „Dafür müssen Räume für konstruktive Lösungen eröffnet werden“, heißt es in dem Text. „Zunehmend belasten auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus das gesellschaftliche Klima. Dem muss entgegnet werden: Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der Würde des Menschen. Verbale und physische Verrohung und Gewalt dürfen keine Mittel der politischen, weltanschaulichen und religiösen Auseinandersetzung sein.“

In ihrer Kundgebung geht die EKD-Synode auch auf die aktuellen Herausforderungen durch die Autonomisierung von Waffen und durch Cyber-Angriffe ein. Sie spricht sich dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem zivile Strukturen und defensive Maßnahmen zu stärken. Zur Vermeidung beziehungsweise Regelung von Konflikten im Cyberraum sei es notwendig, auf Grundlage ethischer Kriterien ein völkerrechtlich verbindliches Cyberrecht zu entwickeln und einzuführen.

Mit Blick auf Atomwaffen hält der Kundgebungstext fest, es habe sich gezeigt, dass der Atomwaffenbesitz nicht vor Angriffen mit konventionellen Waffen schütze. Dabei nimmt die Synode auch Bezug auf die in Büchel gelagerten US-Atomwaffen. „Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine

Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag überfällig ist.“ Abschließend heißt es zu diesem Punkt: „Vertrauen ist die Grundlage jeder Friedenspolitik und der Schlüssel zu nuklearer Abrüstung.“

Die Kundgebung zum Schwerpunktthema finden Sie unter
<https://www.ekd.de/kundgebung-ekd-synode-frieden-2019-51648.htm>

Hannover, 13. November 2019

Pressestelle der EKD
Katharina Ratschko

Über die Synode der EKD: Die Synode der EKD ist neben Rat und Kirchenkonferenz eines der drei Leitungsorgane der EKD. Sie tagt vom 10. bis 13. November in Dresden. Nach der Grundordnung der EKD besteht die 12. Synode aus 120 Mitgliedern. Zu den Aufgaben der Synode zählen die Erarbeitung von Kundgebungen und Beschlüssen zu Fragen der Zeit sowie die Begleitung der Arbeit des Rates der EKD durch Richtlinien. Die Synode berät und beschließt aber auch den Haushalt und die Kirchengesetze. Geleitet wird die Synode vom Präsidium unter dem Vorsitz von Präses Irmgard Schwaetzer. Sie ist zugleich Mitglied des 15-köpfigen Rates der EKD. Vorsitzender des Rates der EKD ist Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. Die EKD ist die Gemeinschaft von 20 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen. 21,1 Millionen evangelische Christinnen und Christen in Deutschland gehören zu einer der rund 14.000 Kirchengemeinden.



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

II / Teil A

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

M Ü N D L I C H E R B E R I C H T

des

Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

**„...aber ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes
empfangen“ (Apg 1,7).**

Vom Warten auf Gottes Kairos in unserer Zeit

Vorsitzender des
Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

- Es gilt das gesprochene Wort -

Glücksversprechungen gerät, verhindern die Bildung einer bewussten und kritischen Öffentlichkeit“ (Ziffer 32).

Führende Figuren der christlichen Friedensbewegung der DDR, wie der in diesem Jahr 90 Jahre alt gewordene Erfurter Propst Heino Falcke oder der, ebenfalls in diesem Jahr, 75 Jahre alt gewordene Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer spielten eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Bewegung, die dann vor in diesen Tagen genau 30 Jahren dazu führte, dass Gebete und brennende Kerzen das Unmögliche möglich machten: eine friedliche Revolution in einem bis an die Zähne bewaffneten und von einer perfektionierten Geheimpolizei gesicherten Staat, die noch wenige Jahre vorher kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Aus Ostdeutschland – das muss man sich immer wieder vergegenwärtigen - kam die erste und einzige erfolgreiche gewaltfreie Revolution in der gesamten deutschen Geschichte. Der ehemalige Vorsitzende des DDR-Ministerrates Horst Sindermann sagte dazu: „Mit allem haben wir gerechnet, nur nicht mit Kerzen und Gebeten. Sie haben uns wehrlos gemacht.“

30 Jahre danach ist es gut, sich an die Quellen zu erinnern, die diese große geschichtliche Wende ermöglichten. Dass die Kirchen in der DDR den Glauben nicht mit religiöser Innerlichkeit verwechselten, sondern das Beten, das Tun des Gerechten und das Warten auf Gottes Zeit, von dem ich eben schon gesprochen habe, als untrennbar zusammengehöriges Zeugnis des Glaubens verstanden, das war dafür ganz bestimmt ein wesentlicher Faktor.

Eine der wichtigsten Erfahrungen, die heute genauso aktuell ist wie damals und die wir als Evangelische Kirche in Deutschland von der Kirche der DDR aufnehmen können, ist die enge Verbindung von Frömmigkeit und gesellschaftlichem Engagement. Sie bewährt sich heute wie damals besonders an den drei Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, die gleichermaßen nichts von ihrer Aktualität verloren haben. Es ist kein Zufall, dass diesen drei Begriffen auch mehrere Themen zugeordnet werden können, die uns als Kirche in den letzten Monaten besonders beschäftigt haben, und auf die ich deswegen noch eingehen möchte: die Friedensethik ist das zentrale Thema dieser Synodentagung, die Seenotrettung ist eine Frage der Gerechtigkeit und die Diskussion um den Klimawandel ist eine direkte Konsequenz aus dem Engagement für die Bewahrung der Schöpfung.

II. Friedensethik

Diese Synodentagung beschäftigt sich mit dem Thema Friedensethik in einer Zeit, in der zahlreiche kriegsartige Konflikte weltweit die Hoffnung auf friedlichere Zeiten in die Ferne haben rücken lassen. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation vor 30 Jahren sahen viele von uns die Chance auf friedlichere Zeiten gekommen. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen.

Das „Konzept gemeinsamer Sicherheit“ wie es die Charta von Paris 1992 aufnahm, schien geeignet, Interessengegensätze friedlich auszugleichen. Diese Hoffnung schwand schon in den 2000er Jahren. Die Friedensdenkschrift der EKD 2007 und die Berufung eines Friedensbeauftragten 2008 – es war von Anfang an Renke Brahm – waren Reaktionen auf diese neue Herausforderung. Die Entstehung weiterer Konfliktursachen durch den Klimawandel, die Versteppung ganzer Landstriche, den Kampf um Zugang zu Wasser, aber auch die Entstehung digitalisierter Waffensysteme haben noch einmal neue Risiken und friedensethische Herausforderungen entstehen lassen.

Gegenwärtig erleben wir, dass sogar ein Mitglied des NATO-Bündnisses, dem unser Land selbst angehört, in ein Nachbarland einmarschiert und damit grundlegende Normen des Völkerrechts verletzt. Dass die Kurden im Norden Syriens, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass die Mördermilizen des IS wirksam bekämpft werden konnten, von ihrem Partner USA jetzt fallen gelassen werden und Nordsyrien Russland, der Türkei und dem syrischen Machthaber Assad überlassen wird, ist eine Niederlage einer an Recht und Ethik orientierten internationalen Politik. Die Ohnmacht, die viele von uns, mich eingeschlossen, dabei empfinden, ist ein Anlass mehr, mit Dringlichkeit friedensethische Konzepte zu entwickeln, die in einer solchen Situation Orientierung für konkretes Handeln geben können.

Der Rat der EKD hatte deswegen schon 2014 ein Forschungsprojekt „Orientierungswissen Gerechter Friede“, angesiedelt an der FEST in Heidelberg, in Auftrag gegeben, aus dessen Symposien inzwischen eine 20-bändige kleine Bibliothek mit Grundlagenwissen entstanden ist. Aber auch die Akademien und natürlich die Landeskirchen haben die friedensethischen Fragen aufgegriffen und zunehmend auf uns selber angewandt: Wie sieht eine Kirche aus, die nicht nur über Friedensethik nachdenkt und spricht, sondern die sich selbst auf einen Weg des gerechten Friedens begibt? Das wird uns auf dieser Synodaltagung beschäftigen.

Nach meiner Wahrnehmung ist der Grundkonsens in Fragen der Friedensethik innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland, aber auch in der Ökumene weltweit in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Der Konsens ist groß, dass die Anwendung militärischer Gewalt nie eine zu erstrebende Option ist, sondern immer eine Niederlage. Eine Niederlage nämlich für das Bemühen, Konflikte **gewaltfrei** zu lösen, eine Option, die immer den Vorrang haben muss. Der klare Vorrang der Prävention durch zivile Mittel, durch Diplomatie, durch Entwicklung, durch einen restriktiven Umgang mit Waffenexporten, verbindet ein breites Spektrum der friedensethischen Positionen in unserer Kirche. Es ist ja bemerkenswert, dass es in den Diskussionen um mögliche militärische Interventionen hierzulande oft gerade Stimmen aus der Spitze der Bundeswehr waren, die Bedenken äußerten. Das Töten von Menschen, auch das ist eine breit getragene ethische Einsicht, bedeutet auch dann Schuld, wenn es zum Schutz vieler anderer Menschenleben als nicht vermeidbar erscheint.

Gleichzeitig haben sich neue Fragen ergeben, die zeigen, wie wenig eindeutig aus christlicher Perspektive die Anwendung militärischer Gewalt einfach kategorisch ausgeschlossen werden kann. Die Beispiele dafür sind bekannt und werden zu Recht in den Diskussionen immer wieder genannt. Nach inzwischen sieben Besuchen in dem kleinen zentralafrikanischen Land Ruanda und vielen Gesprächen mit Freunden, Kirchenleuten und politisch Verantwortlichen dort hat sich meine Einschätzung konsolidiert, dass beim Völkermord 1994, dem innerhalb von 100 Tagen fast eine Million Menschen zum Opfer fielen, die Weigerung der UNO-Verantwortlichen, den anwesenden UNO-Soldaten zum wirksamen Schutz der Menschen auch den Einsatz von Waffengewalt zu erlauben, ein klares moralisches Versagen darstellt.

Damit sich das nicht wiederholt, muss die ethische Diskussion so geführt werden, dass sie auch Handlungsoptionen in den Blick nimmt, die auf eine solche Situation reagieren. Der richtige Hinweis auf das vorausgegangene Versagen, mit friedlichen Mitteln Konfliktprävention zu betreiben, reicht dazu nicht aus. Eine Sozialethik, die nur dann funktioniert, wenn man sie nicht auf konkrete Situationen anwenden muss, wäre ja eine schlechte Sozialethik. Deswegen müssen wir in unseren kirchlichen Positionen einerseits die Gründe für das Versagen der Prävention benennen: den weltweiten Waffenhandel und die auch in Deutschland noch immer zu wenig restriktive Waffenexportpolitik gehören genauso dazu wie der Irrsinn eines weltweiten

Rüstungsbudgets von über 1,8 Billionen Dollar, dem lächerliche Summen für zivile Konfliktprävention und -lösung gegenüberstehen.

Andererseits müssen wir aber auch ethische Maßstäbe zum Umgang mit den durch das Versagen der Prävention faktisch entstandenen Gewaltsituationen entwickeln. Wir müssen auch denen, die in der Politik nach unserem Rat fragen und die ausdrücklich Rat von ihrer evangelischen Kirche erwarten – und das sind zum Glück nicht wenige! – Antwort geben können, was auf der Grundlage friedensethischer Einsichten konkret getan werden kann.

Das insbesondere in den Diskussionen im Weltkirchenrat verwendete Stichwort „just policing“, so unrealistisch die damit verbundene Vision gegenwärtig sein mag und so wenig Polizeigewalt und militärische Gewalt klar voneinander abgegrenzt werden können,¹ markiert aus meiner Sicht die Suchrichtung dafür: Wie kann der Grundgedanke des Schutzes der Schwachen durch das Recht, der die ethische Basis polizeilichen Handelns auf nationaler Ebene bildet, auf die internationale Ebene übertragen werden? Welche internationalen rechtlichen Rahmenbedingungen können die Voraussetzung dazu bilden und welche Zwangsmittel müssen zur Verfügung stehen, damit das Recht auch durchgesetzt werden kann?

Die Antwort ist für mich offen. Aber schon die Frage zu stellen, hat friedensethische Bedeutung. Sie impliziert nämlich, dass es Situationen gibt, in denen die **Ablehnung** militärischer Gewalt ebenso unter ethischem Rechtfertigungszwang steht wie deren **Bejahung**. Ich wünsche mir, dass wir uns dem damit angedeuteten Dilemma bei unseren Diskussionen der nächsten Tage tatsächlich stellen.

Lassen Sie mich eines aber auch noch deutlich sagen: Die Legitimität militärischer Gewaltanwendung kann sich aus meiner Sicht nie auf die Betonung der strategischen und wirtschaftlichen Interessen des je eigenen Landes gründen. Der Universalismus der christlichen Grundorientierungen spricht eine andere Sprache. Und wir sind als Land bisher sehr gut damit gefahren, dass bei allen Diskussionen um die Legitimität militärischer Gewaltanwendung nicht Wirtschafts- und Handelsinteressen im Zentrum standen, sondern die Menschenrechte. So soll es auch bleiben!

III. Seenotrettung

Soll die Evangelische Kirche aktiv die zivile Seenotrettung im Mittelmeer unterstützen? Das war die Frage, mit der sich die Kirchenkonferenz und der Rat der EKD im Juni zu beschäftigen hatten, nachdem eine Woche zuvor eine Resolution des Deutschen Evangelischen Kirchentages die EKD genau dazu aufgefordert hatte. Ich selbst hatte Anfang Juni bei einem Besuch des damals beschlagnahmten Schiffes „Seawatch 3“ in Sizilien, noch bevor das Thema durch die Festnahme der Kapitänin Carola Rackete breite öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr, meine persönliche Solidarität mit den zivilen Seenotrettern zum Ausdruck gebracht. Mit dem Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, hatte ich den „Palermo-Appell“ veröffentlicht, in dem wir, unterstützt von vielen öffentlichen Persönlichkeiten, das Ende der Kriminalisierung der Seenotretter, die Wiederaufnahme der staatlichen Seenotrettung und einen politisch abgesicherten Verteilmechanismus für gerettete Flüchtlinge gefordert hatten.

Der Rat der EKD, unterstützt durch die Kirchenkonferenz, beschloss dann, diesen Schritt zu gehen: Ja, wir werden uns für ein zusätzliches Rettungsschiff einsetzen! Wir wollen diejenigen

¹ Sie dazu im Friedenstheologischen Lesebuch „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“, S. 225-229, den Beitrag von Friedrich Lohmann, Menschenrechte, Beistandspflicht – Gewaltverzicht.



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 3 b

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

B I B E L A R B E I T

zum

Schwerpunktthema

Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens

Rev. Dr. Elaine Neuenfeldt

- deutsche Übersetzung -

- Es gilt das gesprochen Wort -

Jakob und Esau – eine Reise der Versöhnung

1) Die Herausforderung der Versöhnung im Alltag

In unserer heutigen Zeit konkret über Frieden und Versöhnung zu sprechen, ist eine herausfordernde Aufgabe. Angesichts der aktuellen Realität, die von Hass und Gewalt erfüllt ist, ist es nicht einfach, Versöhnung und Frieden zu erreichen. Hassreden werden als „Meinungsfreiheit“ empfunden. Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund der sozialen Zugehörigkeit, der wirtschaftlichen Situation und der Geschlechteridentitäten der Menschen werden in einigen Kontexten zur Normalität; manchmal geschehen sie im Namen der Religion oder werden durch sie gerechtfertigt.

Eine fundamentalistische Religionsauslegung bietet eine Plattform für gewalttätige und extremistische Praktiken: Religion und Glauben werden als Waffen benutzt (oder missbraucht), um diejenigen auszuschließen und zu eliminieren, die nicht einer bestimmten sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ordnung entsprechen. Theologische Positionen und Glaubensüberzeugungen, die zu Trennung, Verurteilungen und Diskriminierung führen, müssen ständig befragt und diskutiert werden. Wenn der Glauben dazu benutzt wird, die Welt in „wir“ und „die da“, in „wir, die Guten“ und „die da“, die Schlechten“ zu trennen, sollten unsere Antennen ausgefahren werden, um zu erkennen, dass der Glaube instrumentalisiert wird.

2) Wie kann man in einem solchen Kontext Versöhnung denken?

Wie können wir über Werte und Überzeugungen sprechen, die Frieden, Akzeptanz und Integration fördern, und diese mit Glaubenspraktiken verbinden? Was kann uns ein alter Bibeltext wie die Geschichte in 1. Mose 25 von Jakob und Esau über versöhnte Beziehungen in der Gegenwart erzählen?

Ich lade Sie ein, einer Reise der Versöhnung zu folgen – und damit meine ich nicht nur die Begegnung als einzelnes Ereignis, wie es in 1. Mose 33, 1-6 geschildert wird. Auf dieser Reise möchte ich einige Schritte vorschlagen, die eine versöhnte Beziehung mit Gott und dem Nächsten fördern.

Der Streit zwischen Esau und Jakob beginnt bereits im Mutterleib. In 1. Mose 25 erfahren wir, dass Rebecca keine gute Schwangerschaft hat, sie leidet. Sie fragt Gott, warum sie diese Schwangerschaft als Mühe und nicht als gesegnete Zeit erfahren muss. Die Antwort ist, dass sie zwei Nationen in ihrem Leib trage. Die beiden Völker, die sie gebären werde, würden gespalten sein; das eine Volk werde dem anderen überlegen sein, und der Ältere werde dem Jüngeren dienen (1. Mose 25, 23). Und so besteht die Geschichte von Jakob und Esau aus Streit, Wettbewerb und Spaltung – Frieden gibt es keinen. Das brüderliche Verhältnis wird als Kampf und Konflikt erlebt.

Der Konflikt gipfelt im Verlust des Erstgeburtsrechts und des damit verbundenen Segens.

Jakob wird als ruhig und sympathisch beschrieben. Esau wird vom Aussehen her als rötlich dargestellt – die Ikonographie zeigt ihn braun oder sogar schwarz und behaart, womit impliziert wird, dass er ungehobelt ist.

Und so haben wir aus dieser biblischen Geschichte gelernt: Jakob ist immer der mit der helleren Haut und ein guter Mensch. Esau hingegen ist immer der mit der dunkleren Haut, ist behaart und ein schlechter oder grober Kerl. Er ist weder freundlich noch intelligent.

Dieser Interpretationsansatz des Textes ist sehr kolonial. Er beeinflusst auch unsere Interpretation dieser Geschichte von der Begegnung der beiden Brüder und unser Verständnis von Versöhnung. Ohne eine Machtanalyse können hier Wort und Tat viel Schaden anrichten.

Versöhnung bedeutet etwas anderes für einen armen Menschen, dessen Rechte verweigert werden, der in einer sozial und politisch gebeutelten Region in Afrika oder Lateinamerika lebt und nicht in der Lage ist, bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Oder für den kapitalistischen Manager eines internationalen Unternehmens, der für die Verhandlung über Grund und Boden verantwortlich ist, um zum Beispiel eine Minenfirma in Peru zu gründen; oder für eine Frau, die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt von ihrem Partner erleidet, der zugleich der einzige Versorger oder Geldverdiener in der Familie ist. Kann in diesem Fall Versöhnung gleichbedeutend sein für privilegierte und ihrer Rechte beraubte Menschen?

Wie kann man das dekonstruieren? Erstens müssen wir verstehen, worin der Konflikt besteht, was die Ursachen sind, warum Versöhnung notwendig ist und wie sie stattfinden kann. Was bedeutet Versöhnung und welche Schritte müssen die Beteiligten unternehmen auf dem Weg zu einer wirklichen Versöhnung?

3) Was sind die Ursachen für Konflikt und wie geht man damit um, um Versöhnung herbeizuführen?

Es ist verlockend, sozusagen die „Dual-Gläser“ anzubehalten und die Geschichte dieser beiden Brüder polarisiert zu lesen. Eine solche Interpretation gibt Raum für fundamentalistische Konstrukte und trennt in „wir, die Guten“ und „sie, die Bösen“. Jakob, der Gute, der Besonnene, der weiß, wie man Chancen nutzt; Esau, der Behaarte und Farbige, der Taktlose, der sich nicht darum schert, was ihm im Leben geschenkt wird. Aber diese Dichotomie hat so viel Schaden angerichtet, hat Rassismus und Diskriminierung gerechtfertigt und hierarchische Machtverhältnisse gefestigt. Jakob wurde als eine Nation, Israel, interpretiert und Esau als das andere Volk, die Edomiter, mit dem Israel im Konflikt war. Dadurch wurden Machtverhältnisse nicht nur zwischen Individuen, sondern auch zwischen Gruppen, Völkern und Nationen gerechtfertigt.

Betrachten wir also diesen Konflikt zwischen den beiden Brüdern, der eine Metapher für einen Konflikt zwischen zwei Nationen war, auf komplexere Weise.

In der Regel heißt es, dass Esau sein Erstgeburtsrecht für einen Teller Linsensuppe verkauft hat (ich kann mir vorstellen, dass es eine Feijoada war, eine gute brasilianische schwarze Bohnensuppe).

Was aber, wenn wir die gleiche Szene aus einem anderen Blickwinkel betrachten?

Esau, der Jäger, kommt ohne ein Produkt seiner Arbeit – ohne Wild – nach Hause. Vielleicht gibt es eine Zeit der Knappheit, und aufgrund dieses Mangels ist er hungrig. Jakob nutzt dies als Gelegenheit, um das auszuhandeln, was er von seinem Bruder am meisten will: das Erstgeburtsrecht. Und was benutzt er als Mittel dafür? Essen! Nun, wenn jemand hungrig ist, ist es einfach, von ihm das zu bekommen, was man will. Jakob benutzt Lebensmittel und Rechte als Handelsgüter. Er handelt von seiner privilegierten Position aus mit jemandem, der in diesem Moment aufgrund des Hungers machtlos ist. Esau antwortet: „Siehe, ich muss doch sterben; was soll mir da die Erstgeburt?“ (1. Mose 25,32)

Die Auslegungsgeschichte hat die Botschaft so vermittelt: Esau verachtet seine Rechte, er verschmäht Gottes Geschenk, zuerst geboren zu sein. Die Erzählung selbst und die

Interpretation gaben Esau in der Regel die Schuld dafür, dass er sein Recht für so wenig eingetauscht hatte – für einen Teller Linsensuppe.

Es ist so verbreitet koloniale Interpretationen über Armut vor allem im Globalen Süden zu hören, die mangelnde Bildung und fehlendes Wissen als Schande zu beurteilen. Dieses koloniale Verständnis macht die Armen für ihre Armut und den Mangel an Chancen verantwortlich, anstatt ein System zu sehen, das darauf ausgerichtet ist, Ausgrenzung und Diskriminierung zu erzeugen.

4) Aber... was ist mit Jakobs mangelnder Solidarität?

Sein Bruder ist hungrig. Doch anstatt ihm Essen zu geben und zu teilen, was er hat, treibt Jakob Handel mit dessen Verletzlichkeit. Diese Gier führt Jacob zum nächsten Schritt: Er schmiedet einen Plan mit seiner Mutter Rebecca, um sich Esaus Erstgeburtssegen zu erschleichen. Wieder nutzt er die Hinfälligkeit seines alten Vaters aus und verkleidet sich, um den Platz seines Bruders einzunehmen und sich damit dessen Rechte anzueignen. Dadurch erreicht der Konflikt seinen Höhepunkt. Jakob ist gezwungen, in ein anderes Land zu fliehen. Esau hasst ihn und will ihn töten.

Die Geschichte ist durchzogen vom grenzenlosen Begehren und von den Täuschungsmanövern, um den Preis zu bekommen. Rivalität entsteht durch gierige und begehrlische Wünsche, durch Täuschung und Betrug. Wie kann man in diesem Durcheinander die Geschichte der Versöhnung dieser beiden Brüder sehen? Was kann Versöhnung bedeuten?

5) Die Versöhnungsreise

In den vielen Jahren seiner Abwesenheit arbeitet Jakob für seinen Schwiegervater Laban in einem fremden Land. Er arbeitet, um eine Familie zu gründen, wird von seinem Schwiegervater betrogen und bekommt zuerst die ältere Schwester Lea mit den sanften Augen. Für weitere sieben Jahre Dienst kann er auch Rachel heiraten, die er liebt. Dennoch scheint sein Leben nicht friedlich zu verlaufen. Er muss mit der Familie und den Herden fliehen, denn Laban hat sie nicht gut behandelt; er hat versucht, Jacobs Arbeit auszunutzen. So reist die ganze Familie ab – doch, und das scheint zu einer Tradition zu werden, nicht ohne einen weiteren Betrug: Rachel stiehlt den Hausgott, der das Haus beschützt und es mit Reichtum segnet.

6) Aufarbeitung und Umgang mit Erinnerungen

Jakob scheint ein neues Leben beginnen zu wollen und kehrt an den Ort zurück, an dem er geboren worden ist und wo der Konflikt mit seinem Bruder stattgefunden hat. Aber er weiß, dass er nicht neu beginnen kann, ohne das Problem der Vergangenheit zu lösen. Die Erinnerungen, die ihn heimsuchen – eine konfliktreiche Kindheit, eine brüderliche Beziehung in Rivalität und Kampf – werden nicht verschwinden, wenn er sich nicht der Verantwortung stellt und damit auseinandersetzt.

Die Reise der Versöhnung beinhaltet also auch eine Aufarbeitung der Erinnerungen an die Vergangenheit. Man muss sich ihnen stellen und damit umgehen. Man muss den Blick heben, um die Person zu sehen, der Leid und Schmerzen zugefügt wurden; die wir mit unserer Gesinnung verletzt haben und die durch das System ausgegrenzt und diskriminiert wurde.

In Lateinamerika haben wir diesen Prozess durchlaufen und Rechenschaft über die Erinnerungen an die Vergangenheit abgelegt. Unsere Erinnerungen sind von Schmerz und Leid, von Verfolgung und Gewalt der Militärdiktatur geprägt. Das Leben als Brasilianerin in Mittelamerika hat mich gelehrt, „zu verzeihen, aber nicht zu vergessen“ – "perdonar pero no olvidar". Niemand kann die Vergangenheit vergessen oder leugnen. Der Heilungsprozess muss die

Vergangenheit wieder aufgreifen, aber man sollte darin nicht verhaftet bleiben. Vergebung bedeutet, diese schmerzhaften Erinnerungen erneut zu durchleben, aber sich davon nicht gefangen nehmen zu lassen. Wenn man Versöhnung anstrebt, bedeutet das, dass man sich mit Themen auseinandersetzen muss, die schmerz- und qualvoll zurückkehren. Das Erinnern ist eine Gratwanderung. Es geht darum, nicht zu erlauben, dass man am Vorwärtsgen gehindert wird.

Um eine Verbindung zum Thema herzustellen, das auf dieser Synode diskutiert wird: *„Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“* möchte ich uns an die entscheidende Rolle der Kirchen erinnern, die sie bei der Schaffung eines gerechten Friedens einnehmen. Kirchen und auf Glauben beruhende Organisationen arbeiten auf Gemeindeebene und haben die wichtige Rolle, das soziale Gefüge in Zeiten von Konflikten wieder aufzubauen. Kirchenleitende Personen können auf soziale und kulturelle Überzeugungen einwirken und können vertrauensvolle Stimmen beim Aufbau von Brücken zwischen verschiedenen Gruppen sein. Glaubensgemeinschaften versammeln Menschen unterschiedlicher Zugehörigkeit und können Katalysatoren verschiedener Interessen sein. Glaube ist ein starkes Element, das den Menschen hilft, Hoffnung zu bewahren und Leben neu aufzubauen.

Welche Erinnerungen müssen Sie aufarbeiten? Welche Situationen gibt es in Ihrem eigenen Leben, in Ihrer Familie und Gemeinschaft, die es zu bewältigen gilt, über die Rechenschaft abgelegt werden muss, damit ein Heilungsprozess durchlaufen werden kann?

7) Bevor wir dem Bruder begegnen, müssen wir Gott begegnen!

Während der Versöhnungsreise gibt es eine weitere starke, kraftvolle und rätselhafte Begegnung. In der Nacht, bevor er seinen Bruder trifft, ist Jakob am Fluss und ringt mit jemandem. Voller Erinnerungen und voller Angst vor dem, was am nächsten Tag auf ihn zukommt, erlebt sein Körper das Ringen mit einem Fremden, den er als Gott erkennt. Jakob bittet wieder um den Segen, und er nennt den Ort in Erinnerung an die Begegnung Pnuël – „denn ich habe Gott von Angesicht gesehen“. Um das Gesicht seines Bruders Jakob zu sehen, musste er zuerst in das Angesicht Gottes schauen! Versöhnung ist eine spirituelle Reise des Gebets und des Dialogs mit Gott. Sie ist von der Barmherzigkeit Gottes geprägt, die uns aufbrechen lässt, um den anderen zu finden.

Eine Schweigeminute zum Beten, um die Gegenwart Gottes, all unseres Schmerzes, der Leiden der Menschen, mit denen wir arbeiten und leben, einzubringen.

8) 1. Mose 33,1-17 erzählt von diesem Moment der Versöhnung.

Die Begegnung ist voller Gefühle und Körpersprache. Jakob kommt mit seiner ganzen Familie, seinen Frauen, Kindern und Herden. Vielleicht ist das der einzige Weg, wie er seinen Bruder beeindrucken kann – als ob er sagen würde: „Schau, Esau, was ich mit dem Segen gemacht habe, den ich dir gestohlen habe! Der Diebstahl hat sich gelohnt! Ich bin an Zahl, Alter und Reichtum gewachsen.“

Siebenmal verbeugt sich Jakob. Die Sieben ist eine so mächtige Zahl. Wie oft muss man seinen Brüdern, seinen Schwestern vergeben? 7x7 Mal... (Nun, als Brasilianerin erinnere ich mich noch an eine weitere Sieben: als Deutschland den brasilianischen Fußball bei der Fußballweltmeisterschaft 7:1 geschlagen hat!!! Aber sprechen wir jetzt nicht über diesen unglücklichen Vorfall.

Das Verbeugen ist ein Zeichen der Anerkennung von Esaus Autorität, ja sogar seiner Überlegenheit. Jakob nennt Esau „mein Herr“, während Esau zu Jakob „mein Bruder“ sagt.

Esau läuft Jakob entgegen, er ruft ihn bei seinem Namen, umarmt ihn, fällt ihm um den Hals und küsst ihn.

Beide weinen.

Welch emotionale Szene. Voller Liebe, Reue, Zärtlichkeit und Verletzlichkeit. Sie lässt keinen Raum, um Vergangenes in den Vordergrund zu stellen, denn der einzige Wunsch der Brüder ist es, sich zu umarmen und zu versöhnen. Die schmerzhafteste Vergangenheit ist immer noch da, aber sie ist kein Hindernis für Versöhnung, Willkommen und Akzeptanz. Versöhnung bedeutet den Verzicht darauf, Erinnerungen an Vergangenes in den Vordergrund zu rücken. Unsere Vernunft wendet manchmal ein, dass man zuerst über die Vergangenheit sprechen muss, über das, was passiert ist. Dann muss man es reinigen und lösen – und erst dann kann man sich umarmen. Doch es scheint, dass bei einem Versöhnungsprozess Worte und Diskussionen nicht so sehr im Vordergrund stehen. Er findet mit Armen, dem Körper, Gefühlen und Emotionen statt; dadurch entsteht Raum für Heilung und Begegnung.

Dann erst kann Jakob zustimmen: wirklich, in Dein Gesicht zu sehen ist wie in Gottes Gesicht zu schauen. Gottes Gesicht offenbart sich im Angesicht des versöhnten Bruders. In der Liebe zu deinem Bruder, deiner Schwester, deinen Nachbarn siehst oder erkennst Du wahrhaftig Gott.

In diesem Moment ist die gesamte Familie in die Versöhnung der beiden Brüder eingeschlossen. Frauen und Kinder tauchen auf, kommen um diesen Moment zu erleben und festzuhalten. Sie sind diejenigen, die unter Krieg und Konflikten am meisten leiden. Sie drängen darauf, Versöhnung stattfindet.

Worte kommen erst später dazu, beim Dialog über Geschenke und Opfergaben. Auch hier erwartet Esau keine Wiedergutmachung, keine materiellen Güter, um die Verletzung in der Vergangenheit zu kompensieren. Esau sagt, er besitze genug. Wir erfahren nicht, wie viel er hat, aber für ihn ist es genug.

Noch ein letztes Wort zu den Geschehnissen nach der Begegnung: Esau bietet seine Gastfreundschaft an. Jakob ist nicht darauf vorbereitet, seinem Bruder zu folgen. Er sagt, dass sie sich in Seir, im Süden, wo Esau lebt, wieder treffen würden. Aber Jakob geht nach Norden, nach Sukkot, und lässt sich dort nieder. Ja, schon wieder lügt Jakob seinen Bruder an. Er geht in eine andere Richtung, als er gesagt hat. Vielleicht muss er das tun. Vielleicht fühlt er, dass er es tun kann. Im Text steht nicht, ob Esau deswegen traurig oder enttäuscht ist. Vielleicht ist Versöhnung so: ein Kommen und Gehen in Vertrauen und Angst, in Vertrauen und Unsicherheit. Inmitten dieser Ängste und Zweifel bietet Gott Gnade und Barmherzigkeit an; obwohl Jakob einen hinterhältigen Charakter hat, ist er weiterhin von Gott gesegnet und mit seinem Bruder versöhnt.

Versöhnung ist eine Reise, kein Ereignis. Es muss eine Bewegung sein, die immer wieder stattfindet, denn die Menschen sind sündhaft und ihre Beziehungen sind zerrissen. Versöhnung ist eine Bewegung, ein Lernprozess, in dem wir lernen, geben und empfangen, offen sein und etwas darreichen müssen. Sie ist wie ein Tanz.

9) Ein Gedicht

Worte des arabisch-christlich-palästinensischen Schriftstellers Elias Chacour¹:

Das wahre Ebenbild ist dein Nächster, der Mensch, der nach dem Bild und in der Gestalt Gottes geschaffen wurde. Wie schön ist es, wenn sich unsere Augen verwandeln und wir sehen, dass unser Nächster das Ebenbild Gottes ist, und dass du, und du, und ich – wir alle – Ebenbilder Gottes sind. Wie schlimm ist es, wenn wir das Bild Gottes hassen, wer auch immer es ist, ob Jude oder Palästinenser. Wie schlimm ist es, wenn wir nicht hingehen und sagen können: „Es tut mir leid, dass das Ebenbild Gottes durch mein Verhalten verletzt wurde.“ Wir alle müssen verwandelt werden, damit wir die Herrlichkeit Gottes ineinander erkennen können.

10) Eine Bewegung

- Laden Sie die Menschen ein, aufzustehen und die Hände in eine Gebetsposition zu legen: /\
- Dann laden Sie die Menschen ein, ihre Hände so zu öffnen, dass die Fläche der linken Hand nach oben zeigt (empfangen) und die Fläche der rechten Hand nach unten (geben).
- Wenn alle wollen und sich wohl damit fühlen, laden Sie jeden ein, die Nachbarn an der Hand zu fassen – erleben Sie die Bewegung wie einen Tanz des Gebens und Empfangens.
- Dabei können Sie Musik laufen lassen.

¹ Quellenangabe für die englische Version des Gedichts: Elias Chacour: *We Belong to the Land*, Collegeville: University of Notre Dame Press, 2001, S. 46-47; aus: CLARE AMOS. *Christ is our reconciliation: a scene from an icon of peace. Rethinking mission.* 2005. S. 29.



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 4

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

E I N B R I N G U N G

zum

Schwerpunktthema

Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens

Renke Brahms
Friedensbeauftragter des Rates der EKD

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präses, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder!

Die Synode der EKD hat im November 2017 beschlossen, sich auf der Synode im Herbst 2019 mit dem Schwerpunktthema „Frieden“ zu befassen.

Die weltpolitische Lage und auch die innergesellschaftliche Situation sind zu einem nicht geringen Teil von immer mehr Streit, Konflikt, Gewalt und Krieg geprägt. Die Bilder und Nachrichten aus aller Welt, die wachsende Unsicherheit in bisher als selbstverständlich erlebten internationalen Beziehungen und eine Brüchigkeit auch in gesellschaftlichen Zusammenhängen fordert uns heraus. Deshalb ist es sinnvoll, sich auch als Evangelische Kirche in Deutschland der friedensethischen Grundlagen neu zu vergewissern oder neu nach ihnen zu fragen. Die Jahreslosung „Suche den Frieden und jage ihm nach!“ fordert uns zu intensiver Friedensdiskussion und Friedenspraxis auf.

Seit der friedensethischen Positionierung der EKD in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ aus dem Jahr 2007 haben sich viele neue Fragen ergeben, die der Bearbeitung bedürfen. Dabei können wir als EKD und als Synode aufbauen auf Prozessen zum Friedensthema in den Landeskirchen, auf einen Diskussionsprozess in den Evangelischen Akademien zum Thema „...dem Frieden in der Welt dienen“ und auf dem Konsultationsprozess „Orientierungswissen zum gerechten Frieden“ der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg, dessen Ergebnisse in einer 20-bändigen Schriftenreihe dokumentiert sind. Wir können aber auch aufbauen auf Erfahrungen gelingender Konflikttransformation wie sie im friedentheologischen Lesebuch geschildert werden, die aber leider immer noch zu wenig im Mittelpunkt öffentlichen Interesses stehen. Zum Inhaltlichen werde ich später bei der Einbringung des Kundgebungsentwurfs mehr sagen.

Einen Zwischenbericht über den zweijährigen Vorbereitungsprozess habe ich bei der letzten Synode in Würzburg erstattet. Deshalb beschränke ich mich hier auf eine kurze Zusammenfassung und Ergänzung aus dem vergangenen Jahr.

Eine vom Präsidium berufene Vorbereitungsgruppe, bestehend aus 27 Personen aus verschiedenen Bereichen der Friedensarbeit, der theologischen Wissenschaft, aus der EKD-Synode, aus landeskirchlichen Synoden und ökumenischen Partnern hat sich viermal getroffen. Einen wichtigen Zwischenschritt stellte die Konsultation vom 12. bis 14. September in Wittenberg dar, auf der wir uns genannte Themen sortiert und fokussiert haben. Sie stand unter dem Thema „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“. Mit dieser Formulierung nehmen wir unterschiedliche Motive auf: Erstens stellen wir uns in die ökumenische Bewegung, die bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 2013 in Busan/Südkorea zu einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens aufgerufen hat. Zweitens nehmen wir einen Titel auf, unter den einzelne Landeskirchen ihre Diskussionen und ihre Beschlüsse über den Frieden gestellt haben. Und drittens wollen wir damit deutlich machen, dass es in der Tat ein Weg ist, auf den wir uns begeben. Und auch die Synode wird ein Schritt auf diesem Pilgerweg sein, eine Positionsbestimmung sein, aber nicht alle Fragen beantworten können und uns in die Pflicht nehmen, weitere Schritte auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens zu gehen.

Nach der Konsultation haben verschiedene Arbeitsgruppen Texte erarbeitet, die jeweils in einem Textbaustein für die Kundgebung der Synode zusammengefasst wurden. Eine Redaktionsgruppe hat daraus einen ersten Kundgebungsentwurf gemacht, der wiederum in der Vorbereitungsgruppe diskutiert, in das Präsidium eingebracht und nach Rückmeldungen aus dem Präsidium dann die Ihnen vorliegende Fassung erhalten hat.

Aufgabe der Vorbereitungsgruppe ist es auch, Vorschläge für die Gestaltung des Thementages zu machen. Dabei stand uns sehr klar vor Augen, dass wir uns hier über den 9. November in Dresden treffen. Die Erinnerung an die Novemberpogrome 1938 und an

30 Jahre friedliche Revolution und Mauerfall sowie die Geschichte und die aktuellen Herausforderungen Dresdens bilden nicht nur den Rahmen der Synodentagung, sondern müssen sich auch in der Gestaltung und in den Themen widerspiegeln.

Deshalb zieht sich das Friedensthema in verschiedenen Facetten durch die gesamte Synode. Die Synode der VELKD hat sich in Vorträgen und Workshops mit dem Thema befasst. „Frieden als Thema der lutherischen Ethik“ und „Frieden in der Liturgie und Liturgien des Friedens“ waren die Themen. Auch das Thema der UEK-Vollversammlung „Mitverantwortung der Kirchen für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ verstehe ich als Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden.

Der gemeinsame Gottesdienst von VELKD und UEK fand in der Kirche des Diakonissenmutterhauses statt, die zur Nagelkreuzgemeinschaft von Coventry gehört. Die Kreuzkirche gehört zu den wichtigen Orten der Friedensgebete und erinnert auch an die Ökumenische Versammlung der Kirche in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1988/89. Die Frauenkirche steht für Zerstörung, Wiederaufbau und Versöhnung. Die Dreikönigskirche erinnert an Krieg und Zerstörung und mahnt zum Frieden. Überall sind also Spuren der Vergangenheit zu finden, die uns zum Frieden mahnen.

Am Samstagnachmittag fand ein Pilgerweg durch Dresden mit unseren ökumenischen Gästen statt. Er führte vom Theaterplatz mit der Erinnerung an die friedliche Revolution über die Gedächtniskapelle der katholischen Kathedrale mit der Erinnerung an die Zerstörung Dresdens 1945 bis zur neuen Synagoge mit der Erinnerung an die Novemberpogrome und die jüdisch-christliche Zusammenarbeit heute und endete schließlich bei der Frauenkirche mit dem Thema Wiederaufbau und Versöhnungsarbeit.

Gestern Mittag fand ein Weg der Erinnerung statt, den die evangelische und katholische Jugend und die Schülerinnen und Schüler maßgeblich vorbereitet hatten, indem sie sich mit der Zeit des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung auseinandergesetzt haben. Ich habe dort in der Synagoge sprechen dürfen, den Gruß der Synode ausgerichtet und deutlich gemacht, dass wir als Evangelische Kirche in Deutschland an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stehen und uns gegen jede Form des Antisemitismus wenden.

Der gestrige Abend galt der friedlichen Revolution 1989, deren Ermutigung zur Gewaltfreiheit heute und dem Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Antisemitismus.

Heute hat uns die Bibelarbeit schon in das Thema geführt.

Es folgen gleich ein biblisch-theologischer Vortrag von Landesbischof Cornelius-Bundschuh und ein thematischer Vortrag von Dr. Vinke vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Diesen thematischen Schwerpunkt haben wir gewählt, weil in diesem Bereich schon jetzt und vermehrt in der Zukunft mit Konflikten zu rechnen ist, die durch den Klimawandel ausgelöst werden und uns vor enorme Herausforderungen stellen.

Zur Vorbereitung gehörte auch eine Multiplikator*innen-Reise mit Brot für die Welt nach Kenia. Darüber wird es einen kurzen Film geben und einzelne Synodale können im Plenum davon berichten.

Zwei Erfahrungsberichte ergänzen die Vorträge: Oberstleutnant Mathias Meierhuber wird seine Erfahrung und Sicht als Soldat zum Schwerpunktthema einbringen. Herr Wolfram Metzger-Eisner wird das aus seinen Erfahrungen als Mitarbeiter des Zivilen Friedensdienstes tun. Uns liegt daran, in dieser Synode die unterschiedlichen Perspektiven miteinander ins Gespräch zu bringen.



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 5

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

V O R T R A G

zum

Schwerpunktthema

Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens

Landesbischof
Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh

- Es gilt das gesprochene Wort -

Die Liebe Christi drängt uns, an der Friedensbewegung Gottes teilzuhaben

Wir feiern heute den Tag des Heiligen Martin! Mit 10 Jahren kam er in Kontakt mit dem christlichen Glauben. Als Sohn eines Offiziers musste er mit 15 Jahren Soldat werden. Als Offizier versuchte Martin, aus dem Militärdienst auszusteigen: Er sei Soldat Christi, nicht des Kaisers! Das wurde ihm verweigert. Und so diente er der Pax Romana 25 Jahre, teilte während dieser Zeit seinen Offiziersmantel und verließ erst mit 40 Jahren das Militär.

Eine Legende, die mitten in die Spannungen des Themas führt: christlicher Glaube und individuelle Verantwortung, Friedensordnung und Gewalt, Barmherzigkeit, Recht und Gerechtigkeit. Drei Fragen strukturieren meinen Impuls:

1. Was trägt und bewegt uns in unserem Friedenshandeln?
2. Wie übernehmen wir im christlichen Glauben Verantwortung für den Frieden?
3. Welche Impulse setzen wir als Kirche heute?

Begleiten werden meine Überlegungen Bilder vom Herzaltar von Lucas Cranach dem Jüngeren aus Colditz, zwischen Leipzig und Dresden.

1. Was trägt und bewegt uns in unserem Friedenshandeln?

1.1. Die Liebe Christi drängt uns zur Versöhnung

„Der Friede Christi sei mit euch!“ Dieser Gruß nimmt die Bewegung Gottes auf, die „Frieden auf Erden“ bringt; wer ihn anderen zuspricht, stellt sich in diese Bewegung hinein und trägt sie weiter.

Wir haben Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt. Sie bildet den Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden der Welt einzubringen haben. Drei Aspekte hebe ich hervor:

1. Der Friede Gottes und unser Friedenshandeln sind zu unterscheiden. Der Friede Gottes ist umfassend; unsere Umsetzungen sind partikular. Gottes Frieden umfasst ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht und Freiheit. In unserem Friedenshandeln können diese Ziele konfliktieren und einzelne Aspekte sich nach vorne drängen.
Die grundlegende Differenz zwischen dem, was wir für den Frieden tun, und dem Frieden Gottes, führt uns in das Lob Gottes und weist andere Mächte in ihre Schranken. Sie wehrt jeder Sakralisierung politischer Positionen, auch unserer eigenen. Sie begrenzt unsere Auseinandersetzungen heilsam. Sie fördert nüchterne Unterscheidungen und ermöglicht Selbstkritik und Gelassenheit.
2. Der Friede Gottes überwindet Mächte und Gewalten und steht den Opfern bei. Für diese Verheißung steht das Magnificat der Maria: *Gott stößt die Gewaltigen vom Thron und erhebt die Niedrigen.* (Lk 1, 52). Aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern indem Gott Mensch wird, sich in Christus selbst verwundbar macht und die Logik der Gewalt überwindet. Der neue Himmel und die neue Erde, in der sich Gerechtigkeit und Friede küssen, liegen uns noch voraus, aber wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und Mut eine Friedensordnung.

3. Der Friede Christi gewinnt mit uns Gestalt. Christus richtet uns durch seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.

1.2. Der Friede Gottes ringt mit den Mächten der Welt

Auf der Mitteltafel des Colditzer Altars ist diese Spannung prägnant eingefangen: Die Welt starrt vor Waffen; die Horizonte grollen und stellen sich der Friedensbewegung Gottes entgegen.

Evangelische Friedenstheologie und -ethik nimmt die Hybris der Macht, unsere Trägheit und unsere Fixierung auf eigene Interessen wahr: Das gesellschaftliche Klima wird rauer, Reden und Handeln werden gewaltförmiger. (Militärische) Gewalt gilt (wieder) als legitimes Mittel der Politik zwischen Staaten, vor allem aber in den vielen hybriden Konflikten angesichts fehlender Staatlichkeit. Macht erweist sich als die Fähigkeit, in seinem Handeln nicht auf politischen Ausgleich und das Recht und das Wohl der Anderen angewiesen zu sein, sondern die eigenen Interessen mit Gewalt durchsetzen zu können. Wir wissen, dass eine gerechtere, ressourcenschonendere und die Menschenrechte achtende Weltordnung der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte ist. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen; dennoch drängt sich die Logik der Macht und die Gewalt, auf die sie sich stützt, nach vorne.

Matthias Claudius singt in seinem Antikriegslied:

‘s ist Krieg! ‘s ist Krieg!
O Gottes Engel wehre,
Und rede Du darein!
‘s ist leider Krieg –
und ich begehre
Nicht schuld daran zu sein!

Auch wenn die kriegesischen Konflikte weit weg scheinen; wir sind in sie verstrickt. Ich betone: „wir“, denn wer genau hinschaut, entdeckt sich nicht nur auf der einen Seite. Wir leben in der einen Welt und haben mit unserem Lebensstil, unseren politischen Entscheidungen und unserer ökonomischen Ordnung Anteil an ihrem Fortbestehen. Die Liebe Christi drängt uns, diese Gefangenschaften sorgfältig wahrzunehmen, von Sünde und Versöhnung zu reden und umzukehren – in die Feindesliebe und zu einer Ethik des Genug, die aus der Fülle lebt, die Gott schenkt.

1.3. Die Ökumene ist der Leib der Friedensbewegung Gottes

Im Leib Christi sind wir mit Anderen verbunden. Wir nehmen sie in ihrer Unterschiedlichkeit wahr. Wir gehören zusammen, auch wenn „die da“ uns fremd sind, nicht Frau und nicht Mann, nicht Jude und nicht Griechen – und doch eins in Christus. Wir haben das in beiden Weltkriegen z.B. im Grenzgebiet von Baden und Elsass anders gepredigt. Die Allianz mit den politischen und wirtschaftlichen Mächten machte unsere Kirchen zu Steinen, die den Fluss der Friedensbewegung Gottes hemmten. Dagegen hilft die Ökumene uns unsere Verstrickungen zu

erkennen. Unsere Partnerkirchen fragen: „Profitiert ihr von dem Geld, das durch Rüstungsproduktion erwirtschaftet wird, von einer Wirtschaft, die grundlegende Menschenrechte um des Profits willen zurückstellt?“

Die ökumenische Dimension von Kirche und die wechselseitige Verantwortung der globalen Staatengemeinschaft in der UNO sind seit dem 2. Weltkrieg Gegenkräfte gegen eine erneute Konstruktion von Identität durch Abgrenzung, die Menschen und Völker gegeneinander aufbringt. Beide müssen sich unter den Bedingungen der Globalisierung und Digitalisierung der Ökonomie neu bewähren. Nur ökumenisch und multilateral werden wir die globalen Herausforderungen im Geist Christi gestalten können; nur wenn wir erkennen, dass unsere Sicherheit und die der anderen unauflöslich miteinander verbunden sind. Unsere ökumenische Existenz ist heute die wichtigste Kraftquelle für unser Friedenshandeln in der einen, globalen Welt.

2. Wie übernehmen wir im christlichen Glauben Verantwortung für den Frieden?

2.1. Die individuelle Verantwortung für den Frieden

Die Erinnerung an die Martinslegende zeigt, wie eng Glaube und individuelles Tun zusammengehören. Menschen ziehen ihren „Glauben ins Leben“ (Gerta Scharffenorth): Da ist der Meister in seinem Umgang mit Auszubildenden gefragt, die Geduld der Verwaltungsangestellten, die der syrischen Flüchtlingsfamilie einen Antrag erklärt, die Streitschlichterin an der Schule, die Friedensfachkräfte, die zivile und nachhaltige Lösungen entwickeln.

Die individuelle Verantwortung ist zentral, weil Krieg mit Waffen geführt wird, aber mit einer „Politik der Feindschaft“ (Achille Mbembe) beginnt, die sich in Köpfen und Herzen festsetzt. Sie sortiert und grenzt ab und aus: gut – böse, Freund – Feind. Christi Liebe widerspricht dieser Logik und drängt uns in die Empathie und ins Dazwischen: raus aus den Eindeutigkeiten, die dazu verführen, der Logik der Gewalt zu folgen, rein in die Ambivalenzen und Konflikte des Alltags und der Politik, die wir im Vertrauen auf das versöhnende Handeln Christi „zivil“, d.h. gewaltfrei und partizipativ, auf der Suche nach einer für alle annehmbaren Lösung angehen.

Als Kirche ermutigen wir Menschen, sich dieser Verantwortung zu stellen, im Gebet, im Tun des Gerechten: in ihrer Nachbarschaft, in ihrem Beruf, als Friedensfachkräfte, als Angehörige der Bundeswehr. Sie dürfen von uns erwarten, dass wir uns ernsthaft mit ihnen auseinandersetzen; dass wir mit ihnen hineingehen in die Grauzonen, in die Abwägungen, wie Friedenshandeln in der jeweiligen Situation aussehen kann.

2.2. Das kirchliche Friedenshandeln

Wir sind als Kirchen auf den verschiedenen Ebenen und in den unterschiedlichen Sozialgestalten auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens unterwegs: durch Initiativen wie die gegen die Atomwaffen in Büchel, durch Nagelkreuzgruppen oder Friedensgebete; durch die Friedensdekade; durch Kammern und synodale Kundgebungen; durch Friedensdienste und ökumenische Beziehungen. Die verschiedenen Sozialgestalten von Kirche sagen und tun nicht dasselbe, aber sie sind alle als Glieder im Leib Christi herausgefordert, das Versöhnungshandeln Christi in die Welt zu tragen und sich dabei aufeinander zu beziehen.

Eine Stärke unserer Kirche ist es, ein wichtiger Akteur im Gemeinwesen zu sein; in den Konflikten in der Nachbarschaft, in lokalen Auseinandersetzungen (z.B. um Windräder) machen Menschen die Erfahrung: Konflikte lassen sich ohne Gewalt nachhaltig lösen. Unsere Partnerkirche, die EYN in Nigeria, hat uns an ihrem Programm für muslimische und christliche

Jugendlichen in Schulen gezeigt, wie wichtig solche Begegnungen sind, in denen Vertrauen in Konflikten wächst. Wir lernen, wie es gelingen kann, den Feind und seine Interessen zu respektieren, auch wenn ich sie ablehne.

Vor Ort kommt vielen auch der Krieg in der Ferne nahe: Die Tochter des gefallenen Soldaten im Konfirmandenunterricht; der traumatisierte Sohn, der aus Afghanistan ins Haus der Eltern zurückgekehrt ist und sich nicht mehr zurechtfindet; Menschen, die in Rüstungsbetrieben arbeiten; Flüchtlinge aus Krisenregionen; Engagierte aus Friedensdiensten. Sie sind unsere Gemeindeglieder. Sie begegnen uns in Kliniken und Schulen.

Krieg und Frieden sind nicht weit weg; im Umgang mit ihnen bewährt sich unser Glaube. Wir können dazu beitragen, dass die Menschen sich nicht in segmentierte Welten zurückziehen, sondern sich gemeinsam verantwortlich fühlen für den Frieden vor Ort und weltweit.

Das ist nicht leicht und vieles scheitert. Aber in der Kraft des Geistes und in der Teilhabe am Frieden Christi werden wir frei von der Angst vor den Anderen, vor dem Wunsch, unsere Identität auf Abgrenzung zu gründen, frei zum Mitgefühl und zum Versöhnungshandeln. In Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten, in der Konfirmandenarbeit und der Erwachsenenbildung, aber auch, indem wir Menschen helfen, in der Arbeitswelt oder in Vereinen Erfahrungen mit Formen ziviler Konfliktbearbeitung zu machen, üben wir eine Kultur des Friedens ein. Friedensbildung ist ein Qualitätsmerkmal evangelischer Bildungsarbeit.

2.3. Für Recht und Gerechtigkeit eintreten: der öffentliche Auftrag der Kirche

Kirche verändert sich, auch ihre Bedeutung und Rolle in der Öffentlichkeit. Wir denken nicht mehr von einem einheitlichen Gegenüber von weltlicher und geistlicher Macht her, die andererseits im Gegenüber zur Gesellschaft eng miteinander verbunden sind. Wir leben in einem pluralen System mit mannigfaltigen weltlichen Akteuren und religiösen Einflüssen; Zwang und Konvention haben an Bedeutung für den Glauben, die Bindung an die Kirche und im Blick auf ethische Fragen verloren. Das ist ein Gewinn an Freiheit, den wir begrüßen und der uns zugleich herausfordert.

Im Blick auf das Friedenshandeln bleiben wir ein prominenter Akteur: vor Ort, in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit, in der Ökumene. Mit unseren Bildungseinrichtungen stärken wir das Bewusstsein der Verantwortung für einander und das Engagement von Einzelnen und im Gemeinwesen, sich für den inneren und den äußeren Frieden einzusetzen, denn das eine gibt es nicht ohne das andere. Politisch treten wir für eine verbindliche multilaterale, rechtlich gefasste Friedensordnung ein, die Atom- und andere Massenvernichtungswaffen ächtet, die Rüstungsproduktion und Rüstungsexport beschränkt, die Menschenrechte zum entscheidenden Kriterium bei der Entscheidung über strategische und militärische Allianzen macht. Wir setzen uns dafür ein, dass der Primat ziviler Strategien der Konfliktlösung politisch umgesetzt und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet wird (vgl. „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“).

Für eine solche Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik brauchen wir mehr Formate für respektvolle und „anstößige“ Begegnungen: Gespräche mit Vertretern der Rüstungsindustrie, mit Angehörigen der Bundeswehr und ihren Familien, mit Menschen, die als Friedensfachkräfte Erfahrungen mit zivilen Formen der Konfliktbearbeitung mitbringen, mit Kirchen aus der Ökumene. Wir brauchen Konzepte, die in Konfliktsituationen ein Innehalten und einen Blickwechsel ermöglichen, die Zeit-Räume für gesellschaftliche Urteilsbildung zur Verfügung stellen, die Kooperationen mit anderen Akteuren fördern.

Dabei werden wir unsere spezifische Perspektive deutlich machen: Uns drängt die Liebe Christi, die am Ende Gewalt und Krieg überwinden wird. Dabei ist uns bewusst, dass dem

interreligiösen Gespräch eine wichtige Rolle zukommt. Die Relevanz unserer Stellungnahmen wird zunehmend danach beurteilt werden, ob die Religionen untereinander pluralitätsfähig sind und dazu beitragen, Frieden und Gerechtigkeit zu fördern.

3. Welche Impulse setzen wir als Kirche heute in unserem Friedenshandeln?

3.1. Die Liebe Christi drängt uns an die Seite der Opfer

In vielen aktuellen militärischen Konflikten wird das humanitäre Völkerrecht strategischen Interessen untergeordnet, insbesondere wenn staatliche, rechtlich verbindliche Strukturen zerfallen: Menschen werden vertrieben; die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten verschwimmt; die „Politik der Feindschaft“ rechtfertigt zivile Opfer.

Christus drängt uns auf die Seite der Opfer. Ihn „jammerte“ das Volk und die Menschen in ihrer Not. Mit dem Begriff des „Jammerns“ wird im Neuen Testament sonst nur die Haltung des Vaters des verlorenen Sohnes und die des barmherzigen Samariters beschrieben. Diese Haltung legt Christus uns ans Herz: dass wir nicht wegsehen, sondern handeln und für die Rechte der Opfer eintreten, auch für die vielen durch Gewalt traumatisierten Menschen, auch im Militär. Um der Opfer willen müssen wir die ethischen Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt sehr eng fassen und trotz der damit verbundenen Risiken konsequent den Vorrang ziviler Konfliktlösungen umsetzen.

Nur wenn Konflikte verlässlich „konstruktiv und gewaltfrei bearbeitet werden“ (Roger Mielke), können Menschen, die bisher Opfer des Handelns der (militärisch) Mächtigen werden, Verantwortung für sich und ihr Leben übernehmen. Diejenigen, die rechtlich oder politisch Verantwortung für unrechtmäßige Ausübung von Gewalt tragen, müssen (auch strafrechtlich) zur Rechenschaft gezogen werden können.

Wir sollten einen besonderen Schwerpunkt unseres Friedenshandelns

- auf die Verbindung zu Partnerkirchen und Friedensdiensten in Konfliktregionen,
- auf die Unterstützung der Opfer militärischer Gewalt,
- auf die öffentliche Debatte über eine Stärkung des humanitären Völkerrechts
- und die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen legen.

3.2. Die Liebe Christi drängt uns, den Friedensauftrag Europas zu stärken

In der Vorbereitung der 11. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Karlsruhe spielt das Thema „Europa und Versöhnung“ eine große Rolle: Dass nach 1945 Versöhnung möglich war, der Fall Mauer, die friedliche Auflösung des Ostblocks, all das interessiert viele in der Ökumene. Für sie steht Europa für die Suche nach einem Konzept gemeinsamer Sicherheit, für Zivilität und Menschenrechte, für stabile Demokratie und ein Rechtssystem, das die Würde des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt rückt und Konflikte verlässlich konstruktiv und zivil löst. Vielleicht hat dieses Bild auch die Entscheidung für Karlsruhe beeinflusst, das sich gerne als Hauptstadt des Rechts bezeichnet und dessen hohe Gerichte diese Rechtskultur auch international vertreten. 2021 werden wir gefragt: Wie stellt Europa die Weichen angesichts der aktuellen Herausforderungen von Klimagerechtigkeit und Migration, Menschenrechtsverletzungen und gewaltförmigen Konflikten?

Als Kirchen setzen wir uns für einen Vorrang des Zivilen und das Konzept der gemeinsamen Sicherheit als Grundlinien europäischer Politik ein, die weiter reicht als die Grenzen der EU

und sich gerade im Verhältnis zu Russland, Georgien, der Ukraine und andere Staaten im Osten Europas bewährt. Dazu müssten der OSZE und anderen multilateralen Organisationen mehr Gewicht in der europäischen Friedenspolitik eingeräumt werden, die einer gemeinsamen Sicherheit eine wirksame Gestalt geben.

Kritisch zu befragen sind dagegen die Bestrebungen der EU, die eigene strategische Autonomie dadurch zu verbessern, dass sie ihre militärischen Möglichkeiten ausbaut und ihre Rüstungskapazitäten stärkt. Statt sich am Wettrennen um militärische Potentiale zu beteiligen, könnten die europäischen Zivilgesellschaften und Staaten ihre Geschichten der Versöhnung, der Überwindung von Grenzen und des konstruktiven Umgangs mit Vielfalt als Kraftquellen und Wegweiser in die Zukunft nutzen. Wer im Innern Rechtsstaat, Demokratie und Zivilität stärken will, sollte sich nicht erhoffen, dass er die eigene strategische Autonomie dadurch entwickelt, dass er seine wirtschaftliche und militärische Macht ausbaut.

Zur Leitlinie eines neuen Europas sollte die politische Verantwortung für eine gerechte und friedliche Weltordnung werden. Hier kann und muss Europa mehr internationale Verantwortung übernehmen, etwa für den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen einschließlich ausreichendem Personal für internationale Polizeieinsätze und zivile, gut ausgestattete Friedensmissionen, für eine Transformation hin zu einer Ökonomie, die Unternehmen in die Pflicht nimmt, nachhaltig, konflikt- und menschenrechtssensibel zu produzieren und zu investieren, für eine frühzeitige Analyse und eine intensive Präventionsarbeit durch Friedensfachkräfte angesichts sich abzeichnender Konflikte. Jeder militärisch ausgetragene Konflikt „ist eine politische Niederlage“ (Renke Brahm).

Als Kirchen können wir unsere ökumenischen Erfahrungen und Verbindungen in diesen Transformationsprozess einbringen und die politisch Verantwortlichen darin bestärken, einen realistischen und reflexiven Umgang mit den aktuellen Konflikten zu suchen. Europa hat die wirtschaftliche, politische und geistige Kraft und die zivilen und demokratisch legitimierten Ressourcen rechtserhaltender Gewalt (Polizei, Staatsanwaltschaft), sich gegen Bedrohungen und Erpressungen zu wehren und einen konsequenten und nachhaltigen Beitrag zu einer gerechten Friedensordnung in der Welt zu leisten.

Christus ist unser Friede. Seine Liebe drängt uns, Frieden zu stiften. Wir vertrauen uns seiner Bewegung an, versuchen, mit ihm Schritt zu halten, ihm nicht im Weg zu stehen, seinen Frieden in unseren Rechtsordnungen Gestalt gewinnen zu lassen.

Dabei bewahre uns der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft.



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 6

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

V O R T R A G

zum

Schwerpunktthema

Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens

Dr. Kira Vinke

- unredigierte Fassung -

Sie alle haben es in den Medien vielleicht beobachtet: die Klimaproteste von „Fridays for Future“, Extinction Rebellion, große Proteste in Berlin, aber auch in anderen Städten, viele Schüler auf der Straße. Manch einer mag sich fragen: Viel Lärm um nichts? Oder haben die Schüler doch einen Grund, ihre Zeit darauf zu verwenden, auf die Straße zu gehen und zu protestieren, uns anzuhalten, mehr im Klimaschutz zu tun?

Bevor wir wieder in der Gegenwart ankommen, möchte ich Sie auf eine Reise ungefähr 10.000 Jahre zurück nehmen. Sie sehen hier die Entwicklung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. Sie sehen einen sehr, sehr starken Anstieg. Leider ist das aber die Grafik des IPCC aus dem Jahr 2007. Wir müssen feststellen, dass die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre seitdem weiter gestiegen ist, und zwar im Mai 2019 auf 414 ppm.

Was bedeutet das? Das bedeutet auch einen starken Anstieg in der globalen Mitteltemperatur. Hier sehen Sie ungefähr den gleichen Zeitraum. Der an der rechten Seite nach oben schnellende Strich in Rot ist die Entwicklung der Temperatur. Das können wir auch in einem kürzeren Zeitraum beobachten, seit 1880. Sie sehen hier: 2019 war der heißeste Juli, der jemals gemessen worden ist. Das heißt, wir verändern das Erdsystem mit einer sehr, sehr hohen Geschwindigkeit.

Die Veränderungen, die sich in der globalen Mitteltemperatur vollziehen, bedeuten große Veränderungen, Klimafolgen auf allen Kontinenten und in den Meeren. Das heißt, überall können wir bereits heute die Klimafolgen beobachten. Der Klimawandel ist also nicht etwas, was in ferner Zukunft liegt; wir sind schon mittendrin.

Hier sehen Sie einen Überblick aus dem Report, den wir für die Asiatische Entwicklungsbank gemacht haben. Sie sehen auf der rechten Seite verschiedene Klimafolgen als Bildchen dargestellt: extreme Hitze, Meeresspiegelanstieg, tropische Stürme, Versalzung usw. Dann sehen Sie verschiedene asiatische Länder und Regionen, die bereits Migration erfahren oder in denen es aufgrund dieser sich verändernden Lebensgrundlagen zukünftig vielleicht zu verstärkter Migration kommt, zumeist entlang bestehender Migrationsrouten. Wenn beispielsweise Subsistenzbauern ihren Lebensunterhalt nicht mehr erwirtschaften können, stehen sie vor der Frage, zu migrieren oder Hunger leiden zu müssen. Viele migrieren dann.

Die Weltbank hat letztes Jahr einen Bericht herausgebracht, wie sich die interne Migration beispielsweise bis 2050 in Sub-Sahara-Afrika, Lateinamerika und Südasien verändern würde. In diesen drei Gebieten allein könnten nach Feststellung der Weltbank bis zu 140 Millionen Menschen zur Migration gezwungen sein, allerdings nur Binnenmigration. Wenn wir weiter in die Emissionen gehen, wenn sich die Entwicklung zwischen Arm und Reich weiter aufspaltet, dann würden also vielleicht bis zu 140 Millionen Menschen innerhalb dieser Länder wandern. Aber die Frage ist, ob es in diesem sehr pessimistischen Szenario dann nicht auch zu kaskadischen Bewegungen in andere Länder, also transnationalen Bewegungen, kommen würde.

Warum könnten Menschen zukünftig wandern? Es gibt wahrscheinlich Gebiete, die möglicherweise unbewohnbar werden. Was sind eigentlich die Grenzen der Bewohnbarkeit? Das ist ein noch nicht sehr weit gediehenes Forschungsgebiet. Aber eines wissen wir beispielsweise; das sind die thermoregulatorischen Grenzen. Es wird zu heiß, als dass man sich als Mensch über einen längeren Zeitraum draußen aufhalten kann, weil man dann nicht mehr durch Schwitzen seine Körpertemperatur regulieren kann. Sie sehen hier die Anzahl der Tage in Rot

dargestellt. Das würde beispielsweise bedeuten, dass 350 Tage, also fast alle Tage im Jahr, so heiß wären, dass man sich draußen nicht mehr aufhalten könnte.

Sie sehen hier die verschiedenen Emissionsszenarien. Unten rechts ist das „Business-as-usual-“, also „Weiter-so-wie-bisher-Szenario“. Unten links ist das Szenario des Pariser Klimaabkommens, also wenn wir jetzt anfangen, die Emissionen stark zu reduzieren.

Dann kommen natürlich noch andere Faktoren hinzu, neben den sich verändernden Klimabedingungen. Das ist beispielsweise der Smog. Sie sehen hier extreme Gesundheitsbelastungen. Es kommen verschiedene Faktoren zusammen. Wie wir bereits in Delhi in den letzten Tagen gesehen haben, führt das die Menschen schon an die Grenzen ihrer gesundheitlichen Belastbarkeit, insbesondere diejenigen, die draußen arbeiten müssen. Deswegen habe ich dieses Bild auch gewählt. Natürlich gibt es immer Menschen, die sich schützen können, beispielsweise durch Filter oder durch Klimaanlage. Aber es gibt eben auch diejenigen, die draußen arbeiten und die unter sich verändernden Umweltbedingungen ganz besonders leiden.

Eine weitere Grenze der Bewohnbarkeit sind auch Risiken von Extremwetterereignissen, beispielsweise Superstürme. Wir hören jetzt fast jedes Jahr von einem sogenannten Supersturm. Hier sehen Sie die Folgen des Hurrikans Irma, eines Karibiksturms, der vor zwei Jahren die Insel Barbuda fast unbewohnbar gemacht hat. Jetzt im Sommer waren wir noch mal dort, und es hat sich in den zwei Jahren eigentlich nicht viel getan. Man sieht, dass die Länder, die so stark von Klimafolgen betroffen sind, in ihrer Entwicklung zurückgesetzt werden, und zwar auf längere Zeit, beispielsweise durch die dramatischen Folgen eines tropischen Zyklons.

Wie hängen denn jetzt die Klimafolgen mit dem Sicherheitsthema zusammen? Wir haben etwas über Migration gesprochen. Das kann natürlich indirekt auch Folgen für die menschliche Sicherheit haben.

Vielleicht gucken wir uns einmal den Stand der Forschung an, wie der konkrete Zusammenhang zwischen Klimawandel und Konflikten aussieht.

Im Jahr 2014 gab es ein Paper von Kelley et al., die geschrieben haben: Es gibt eine Evidenz dafür, dass die Dürre der Jahre 2007 bis 2010 zu dem Konflikt in Syrien beigetragen hat. Das war die schlimmste jemals gemessene Dürre. Sie verursachte umfangreiche Ernteaussfälle und massive Migrationsbewegungen von Bauernfamilien in urbane Zentren.

Es gibt ein weiteres Paper aus unserem Haus, von PIK: In Ländern, die eine ethnische Fragmentierung aufweisen, erhöht sich das Risiko des Ausbruchs bewaffneter Konflikte. Dürren können dazu beitragen, Konflikte zu verschärfen, insbesondere für Bevölkerungsgruppen in sehr armen Ländern, die von der Landwirtschaft abhängig sind, und solchen, die politisch ausgegrenzt sind. Das deckt sich in gewisser Weise mit dem vorherigen Zitat. Eine politische Ausgrenzung geschieht oft in Ländern, in denen es eine ethnische Fraktionalisierung gibt.

Ganz neu, 2019: Experten sind sich einig, dass das Klima Auswirkungen auf gewaltsame innerstaatliche Konflikte hat. Aber andere Treiber wie niedrige sozioökonomische Entwicklungen oder niedrige staatliche Kapazitäten werden als substanziell einflussreicher gewertet. Die Wirkungsmechanismen von Klima zu Konflikt sind weiterhin von Unsicherheiten geprägt.

Ganz einfach gesagt: Wenn eine Dürre auf drei verschiedene Staaten trifft, kann es sein, dass in zwei Staaten gar nichts passiert, weil sie sehr gute landwirtschaftliche Versicherungen haben, weil es demokratische Prozesse zum Interessenausgleich gibt, Minderheitenschutz usw. Im dritten Land kann beispielsweise ein diktatorisches Regime an der Macht sein, sodass der Unmut sehr groß ist und es keine Ausgleichszahlungen und Hilfsleistungen für diejenigen gibt, die besonders betroffen sind. Das kann dort dazu führen, dass der letzte Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt und dass ein Konflikt ausbricht. Man muss hier besonders auf die Gouvernanz hinweisen, dass es immer wieder Interventionsmomente gibt, in denen man auch durch politisches Handeln noch einen Konflikt verhindern kann.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, nämlich Burkina Faso. Dieses Land hat 2018 eine schwere Dürre erfahren. Sie sehen hier auf der Karte: Das ist ein Land in der Sahelzone, das von drei klimatischen Zonen geprägt ist. 80 Prozent der dortigen Bevölkerung arbeiten noch in der Landwirtschaft. Die Berufsgruppen – das ist nicht ungewöhnlich – teilen sich zwischen Ethnien auf. Beispielsweise die Fulbe und Tuareg sind eher nomadische Viehhirten, während die Bobo und Mossi Landwirtschaft eher sesshaft betreiben.

Der Klimawandel und die Folgen bezüglich der Veränderung der Regenfallvariabilität führen nun dazu, dass die Bauern und auch die Viehhirten um sich sehr verknappende Ressourcen kämpfen und nicht nur in ihrem Einkommen, sondern auch in ihrer traditionellen Identität bedroht sind. Die Identität, die Traditionen heften sich oft auch an die Arbeit, die die Menschen ausführen. Wenn es nun einen Verlust der Arbeit, also der Existenzgrundlagen gibt, bedeutet das oft auch eine Veränderung der Identität oder sogar ihren Verlust.

Ich habe noch geschrieben: Es gab bereits interkommunale Konflikte, die zu einer großen Binnenmigration geführt haben. Das waren 20.000 Binnenvertriebene und 26.000 Geflüchtete aus Mali und anderen Konfliktsituationen heraus.

Wir waren vor anderthalb Jahren in Burkina Faso, als man noch in das Grenzgebiet zu Mali reisen konnte. Das ist inzwischen leider nicht mehr möglich. Damals sind wir auf ein Dorf gestoßen, das als landwirtschaftlich sehr erfolgreiches Dorf bekannt war. Aber aufgrund der Veränderungen beim Regenfall – eine Woche Dürre und eine Woche starker Regen – konnten die Menschen überhaupt nicht mehr ernten. 50 junge Männer aus diesem spezifischen Dorf sind gewandert, und zwar aus der Subsistenzwirtschaft heraus nach Mali oder nach Elfenbeinküste, und dann wieder zurückgekommen. Als sie wieder zurückgekommen sind, haben wir sie befragt, wie ihre Erfahrungen mit der Migration waren:

Aus welchem Grund sind Sie nach Mali migriert? – Er hat uns geantwortet: Es war Armut. – Was für eine Art von Armut? – Das Problem mit Essen. – Was, meinen Sie, sind die Faktoren, die dazu geführt haben, dass es keine Nahrung in Ihrer Region gibt? – Es ist die Regenknappheit. – Sie sehen, dass man in diesen Befragungen oft relativ lange nachfragen muss, bis man die dahinterliegenden Gründe der Armut versteht.

Uns wurde auch geschildert, dass das Leben dort, wo sie gearbeitet haben, sehr schwer war: Wir mussten um 5 Uhr morgens aufwachen und zur Arbeit gehen, bis wir um 7 Uhr abends wieder gehen durften. – Wir haben auch gehört, dass die Arbeitsbedingungen sehr schwierig waren und dass die Arbeit körperlich sehr anstrengend war.

Wir haben auch gefragt: Während Sie dort waren, haben Sie Geld an Ihre Familie hier geschickt? – Nein. – Als Sie zurückkamen, haben Sie dann Geld mitgebracht? – Nein. – Wurden Sie also nicht bezahlt, oder was haben Sie mit Ihrem Geld gemacht? – Der Boss ist mit unserem Geld weggelaufen. – Das ist kein besonderes Beispiel, sondern es zieht sich eigentlich durch alle Interviews, die wir geführt haben, dass diese Menschen betrogen und kaum bezahlt worden sind und dass Geld oft von ihren Chefs an sich gerissen worden ist.

Was ist eigentlich die Rolle der evangelischen Kirche in diesem Themengebiet? – Ich denke, das ist eine besondere Rolle, weil wir uns hier auch mit der Frage der Klimagerechtigkeit auseinandersetzen müssen. Das hier ist ein Pamphlet von Oxfam von 2014. Darin heißt es: Die 85 reichsten Menschen haben genauso viel wie die unteren 3,5 Milliarden Menschen. – Diese Zahl ist 2019 weiter gesunken. Wir haben also eine extreme Ungleichheit.

Was hat das wiederum mit dem Klimaschutz zu tun? – Auf der rechten Seite sehen Sie das Champagnerglas der Verteilung der CO₂-Emissionen. Sie sehen, dass die reichsten 10 Prozent, also noch mehr als diese 26 Personen, ungefähr die Hälfte aller Emissionen verursachen und dass die Armen ein sehr CO₂-neutrales Leben führen und somit kaum zu den globalen Emissionen beitragen.

Ich denke, die evangelische Kirche muss dafür eintreten, die Klimagerechtigkeit in den Diskurs zu bringen. Ohne Klimaschutz kein Frieden und ohne Klimaschutz keine Gerechtigkeit.

Hier noch etwas vom Guardian: 20 Firmen produzierten 30 Prozent aller CO₂-Emissionen seit 1965. Wir haben also eine extrem monopolisierte Produktion von Emissionen und Energie. Natürlich sind wir alle Komplizen in diesem Geschäft, weil wir Produkte wie Erdöl, Kohle, Gas und Strom konsumieren.

Was gilt es unbedingt zu verhindern? – Wir haben jetzt schon viel über beobachtete Folgen des Klimawandels gesprochen. Ich möchte Sie hier noch einmal darauf aufmerksam machen, was uns droht, wenn wir ein sogenanntes „Business-as-usual“-Szenario verfolgen. Hierauf ist die Entwicklung der Temperatur in den letzten 20.000 Jahren aufgezeigt; das ist die untere Linie. Auch der Grenzwert des Pariser Klimaschutzabkommens, nämlich 1,5 bis 2 Grad, ist darin eingezeichnet. Der Weg, auf dem wir uns momentan befinden – die Beobachtungsdaten sind die schwarze Linie auf der rechten Seite –, ist der rote Weg, bei dem oben „RCP8.5“ steht. Das ist das „Business-as-usual“-Szenario. Es liegt völlig im Bereich des Möglichen, dass wir uns aus diesem Temperaturraum völlig hinauskatapultieren. Das grüne Szenario ist das Pariser Klimaschutzszenario, bei dem wir die Emissionen sehr schnell herunterfahren.

Darüber liegen die sogenannten Kippelemente. Das sind großskalige Teile des Erdsystems, die sich sehr schnell verändern können, und zwar nicht linear. Das sind keine schleichenden Veränderungen, und wir können uns nicht zu jedem Zeitpunkt irgendwie daran anpassen, sondern diese Elemente erscheinen erst einmal stabil, bis sie dann in ein anderes Gleichgewicht fallen und quasi kollabieren.

Auch innerhalb der Pariser Temperaturgrenze gibt es Risiken, beispielsweise das Grönländische Eisschild, das Westantarktische Eisschild, die alpinen Gletscher oder den Verlust der Korallenriffe. Aber der Großteil der Risiken wird durch das Pariser Klimaschutzabkommen, wenn es denn eingehalten wird, ausgeschlossen. Der Amazonas-Regenwald könnte sich

verändern, sowohl durch Temperaturanstieg als auch durch Entwaldung, und sich in eine Art Steppe verwandeln. Ich nenne noch die thermohaline Zirkulation, das El-Niño-System, das Ostantarktische Eisschild, Permafrost usw. Wir haben hier mit dem Pariser Klimaschutzabkommen eine Risikoabwägung getroffen. Diese verschiedenen Elemente im Erdsystem sind auch miteinander verwoben – das sieht man hier – und könnten zu verschiedenen Temperaturveränderungen kippen.

Man muss dazu sagen, dieses Gebilde ist sozusagen unser Rettungsschirm. Dieses Erdsystem erhält unsere menschliche Zivilisation. Wir ziehen momentan ganz stark an diesem Gewebe. Es könnte passieren, dass es irreversible Schäden gibt, die dann auch miteinander interagieren.

Was müssen wir tun, um das aufzuhalten? Wir müssen die fossilen Energieträger im Boden lassen. Wir dürfen sie nicht weiter verbrennen. Ein sehr, sehr großer Teil der bereits bekannten Reserven, wie Sie hier sehen, muss auf jeden Fall im Boden bleiben und darf nicht durch Verbrennen in die Atmosphäre entlassen werden.

Ein anderer Teil unserer Aufgabe ist die Wiederbewaldung, also der Schutz der natürlichen CO₂-Senker, beispielsweise durch Farmer Managed Natural Regeneration oder durch andere Methoden der Wiederaufforstung.

Klimaproteste: Viel Lärm um nichts? Sie alle im Raum haben die dramatischen Veränderungen im Erdsystem gehört und tragen auch einen Teil dieser Verantwortung. Die Frage ist: War es viel Lärm um nichts, oder war es vielleicht doch im Geiste unserer gestrigen Podiumsdiskussion die Schaffung gewaltfreier Veränderung? – Vielen Dank.



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 2

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

ERFAHRUNGSBERICHT

zum

Schwerpunktthema

Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens

Oberstleutnant Mathias Meierhuber

- Es gilt das gesprochen Wort -

Liebe Schwestern und Brüder!

Die Friedensarbeit der Bundeswehr

Karsamstag 2017: binnen 14 Stunden werden 1181 Menschen gerettet. Wir befinden uns im Mittelmeer zwischen Libyen und Italien.

Die Retter sind die Soldaten des Tenders Rhein.

100m lang mit einer Stammbesatzung von etwa 100 Soldaten.

Ihr Einsatzauftrag: die Bekämpfung von Schleuser- und Schmugglernetzwerken im Rahmen der Europäischen Operation Sophia.

Gemessen an der Zahl, der durch die Bundeswehr aus Seenot geretteten war der Karsamstag 2017 einer der Höhepunkte der vierjährigen Operation Sophia, an der neben dem Tender Rhein auch die Fregatten Augsburg, Mecklenburg-Vorpommern, sowie andere Schiffe der Bundeswehr beteiligt waren. In ihrem Verlauf wurden 50 000 Menschen durch europäische Streitkräfte gerettet. Etwa 22 500 Menschen durch die Bundeswehr. [WDR MONITOR 21.02.2019]

Die Rettung in Seenot geratener Menschen ist natürlich nicht das vorrangige Ziel von Streitkräften. Daher stelle ich zunächst die limitierenden und fundamentalen Rahmenbedingungen für die „Friedensarbeit der Bundeswehr“ dar.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee.

Die freie Wahl ermöglicht den Wahlberechtigten eine Einflussnahme auf die Regierungs- und Oppositionsarbeit.

Die Bundeswehr führt als Exekutivorgan der Bundesrepublik Deutschland rechtmäßige Aufträge aus. Daher ist jede Friedensarbeit der Bundeswehr ein Teil der Friedensarbeit der Bundesrepublik Deutschland, eingebettet in die Außen- und Sicherheitspolitische Strategie der Bundesregierung.

Das Weißbuch 2016 erläutert dazu:

„Die objektive Richtschnur für die Formulierung unserer nationalen Interessen bilden

- die Werteordnung des Grundgesetzes, insbesondere die Menschenwürde und die sonstigen Grundrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie
- die Bestimmungen des europäischen Rechts und des Völkerrechts, insbesondere zum Schutz universaler Menschenrechte und zur Wahrung des Friedens.“ [Weißbuch 2016]

Das Fundament der nationalen Interessen bilden also Recht und Gesetz. Wenn Soldaten für diese Interessen eingesetzt werden und kein persönliches Versagen vorliegt, ist ihr Handeln im juristischen Sinne richtig. Dies gilt im Besonderen, wenn im Extremfall Menschen zu Schaden kommen oder ihr Leben verlieren.

Die Bundeswehr ist im internationalen Umfeld, außerhalb Deutschlands, das primäre Exekutivorgan, das die deutschen Interessen verteidigt und durchsetzt.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland regelt dies in Paragraph 87a.

~~~

Lassen Sie mich eine persönliche These aufstellen:

„Als Christ trete ich für eine Welt ohne Gewalt ein, für eine friedliche Welt. Und doch bin ich mit einer unfriedlichen Wirklichkeit konfrontiert, mit Konflikten, Gewalt und Kriegen.

Daher bedeutet "Frieden zu schaffen", "pacem facere" - "Pazifismus", Verantwortung für den Frieden zu übernehmen.

Im Einzelfall kann, ja muss legitime Gewalt als ultima ratio dem Rad des Bösen in die Speichen fallen.

Ohne legitime Gewalt, ohne das Gewaltmonopol des Staates, zerfällt die Zivilgesellschaft, zerbricht der Frieden, beginnt die Herrschaft der Starken über die Schwachen.

Der Abbau von Exekutivorganen kann daher nur in einem von langer Hand angelegten und weltweiten Friedensprozess auf allen Seiten, bei staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren, erfolgen.

**Dennoch ist die beachtenswerte und auch erstrebenswerte Friedenslogik nach Frau Hanne-Margret Birckenbach eine realistische und zukunftsfähige Perspektive.**

Sie bedarf aber des gemeinsamen Willens und des gegenseitigen Vertrauens. Darüber hinaus erfordert sie ethisch integre und außenpolitisch erfahrene Akteure ohne verborgene Machtinteressen auf allen Kommunikationsebenen.“

~~~

Nach dieser Hinführung in das Thema, nun zur Frage nach der tatsächlich geleisteten Friedensarbeit der Bundeswehr:

Am 12. November 1955 erhielten die ersten Soldaten der Bundeswehr ihre Ernennungsurkunden. Morgen sind es 64 Jahre Frieden in Deutschland. Ein Frieden, für den auch die Bundeswehr Verantwortung trägt.

~~~

Das Zusammenwachsen von Ost und West wurde nach dem Mauerfall 1989 auch dadurch unterstützt, dass junge Männer aus Ostdeutschland im Rahmen der Wehrpflicht mit ihren westdeutschen Kameraden gemeinsam ausgebildet wurden. Latente wie auch offene Feindbilder und Vorurteile wurden abgeschafft. Im Rahmen der Stationierung haben junge Menschen die jeweils fremde Hälfte der Bundesrepublik Deutschland kennengelernt. Ein System, das seit 1956 dazu beitrug, dass junge Männer aus dem Süden den Norden der Republik kennenlernen und umgekehrt.

Auch heute und in Zukunft werden deutsche Soldaten ohne Unterscheidung von Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Religion gemeinsam ausgebildet und eingesetzt. Die Kameradschaft, die im gemeinsamen Dienen entsteht, kann gesellschaftlich zu einem friedlichen Miteinander in Deutschland beitragen. Radikalismus und Hass haben in der Bundeswehr keinen Platz – wir gehen entschieden und transparent dagegen vor.

~~~

Legt man den Paragraphen 87 a des Grundgesetzes sehr eng aus und beschränkt sich auf den ersten Satz,

„Der Bund stellt Streitkräfte zur *Verteidigung* auf“,

wären am Karsamstag 2017 binnen 14 Stunden 1181 Menschen ertrunken.

1962 wären in Hamburg mehrere Tausend Menschen gestorben. Damals war der Einsatz der

Bundeswehr zur Katastrophenhilfe noch ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Im Nachgang wurde die Katastrophenhilfe explizit erlaubt. Heute ist sie gerade bei Hochwassern zu einer regelmäßigen Hilfsleistung geworden. Zum inneren Frieden hat die Hilfe 1962 mit Sicherheit ebenso beigetragen, wie die Hilfe bei der Oderflut im Jahr 1997.

Zum Glück für **alle** betroffenen Menschen darf die Bundeswehr auch über die reine Verteidigung hinaus eingesetzt werden. Das Grundgesetz lässt dies ausdrücklich zu.

~~~

Im Ausland war die Bundeswehr seit 1960 an mehr als 130 humanitären Hilfseinsätzen beteiligt. In knapp 60 Jahren sind das durchschnittlich mehr als 2 humanitäre Hilfseinsätze pro Jahr.

[Quellen: <https://bw-feldpost-portal.de/Chronik-der-Hilfseinsaetze-1960-2005>; [https://de.wikipedia.org/wiki/Auslandseins%C3%A4tze\\_der\\_Bundeswehr#Abgeschlossene\\_Einsätze](https://de.wikipedia.org/wiki/Auslandseins%C3%A4tze_der_Bundeswehr#Abgeschlossene_Eins%C3%A4tze)]

Soldaten werden darauf vereidigt, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen – auch unter Einsatz von Leib und Leben. Eine große Zahl der Soldaten ist für Einsätze kurzfristig verfügbar – und daher wird die Bundeswehr eben auch für humanitäre Einsätze oft gewählt.

Bei den Beispielen, die ich im Folgenden nenne, ist es mir wichtig, dass es keinen Wettkampf um den besten Friedensarbeiter oder humanitären Helfer gibt. Jede Organisation, die dem Frieden dient, ist wichtig.

Eine Organisation die humanitäre Hilfe besser oder ökonomischer als die Bundeswehr leisten kann, sollte bevorzugt genutzt werden – solange sie der Bundesrepublik Deutschland vorbehaltlos zur Verfügung steht und sich an Recht und Gesetz hält.

Als 1976 sechshundert deutsche Soldaten zur Katastrophenhilfe im norditalienischen Erdbebengebiet Friaul eingesetzt wurden, waren sich die Einheimischen sicherlich noch des Partisanenkampfes im Jahr 1944 bewusst. Mit Recht wird darauf verwiesen, dass Deutschland und die Deutschen Streitkräfte im zweiten Weltkrieg große Schuld auf Deutschland geladen haben, die als außenpolitische Dimension bis heute nachwirkt. Aber wie 1980 im Erdbebengebiet Materdomini können die eingesetzten deutschen Soldaten eine veränderte Wahrnehmung der Bundesrepublik Deutschland als friedlichen Nachbarn bewirken.

Beim Hilfseinsatz 1988 in Namibia gab es erneut historische Verflechtungen. Der Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Rahmen der Vereinten Nationen war noch umstritten und die sichtbare Truppe vor Ort wurde durch Bundespolizisten gestellt. Im Hintergrund hat die Luftwaffe Versorgungsgüter für den Hilfseinsatz transportiert.

Die Luftwaffe war diese kontinent-übergreifende Hilfe bereits durch die Hilfeleistungen 1960 in Marokko, 1965 in Algerien oder 1984 in Äthiopien gewohnt.

Als 1990, nach der Wiedervereinigung und vor der Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages, deutsche Soldaten zur Erdbebenhilfe in den Iran verlegten, gab es erneut Diskussionen.

Kritische Diskussionen sind gut – aber am besten weit im Vorfeld eines Notfalls und nur, wenn es eine handlungsfähige Alternative gibt.

Zur Erläuterung nationaler Interessen ungeeignet, aber eine persönliche Maxime für mich als Christen finden wir in Jakobus 4 Vers 17: „Wer Gelegenheit hat, Gutes zu tun, und tut es trotzdem nicht, der wird vor Gott schuldig.“ [Hoffnung für Alle] Ein Ertrinkender braucht einen Rettungsring, keine Grundsatzdiskussion.

Und damit sind wir bei der Marine, die ab 1990 im Mittelmeer und später im Persischen Golf

mit bis zu 500 Soldaten, sieben Schiffen und 5 Luftfahrzeugen internationale Seestraßen von Minen befreit und gesichert hat, sodass Güter und Passagiere ungefährdet transportiert werden können. Diese Seestraßen werden überwiegend zivil – nicht zuletzt von internationalen Hilfsorganisationen genutzt.

~~~

Zu der Geschichte internationaler Friedenseinsätze gehört aber auch, dass diese unter dem Eindruck der Massaker 1994 in Ruanda und 1995 in Srebrenica zu einer Neuausrichtung geführt haben. Das Blaue Barett der Soldaten konnte dem Morden nicht Einhalt gebieten. Internationale Hilfsorganisationen mussten ohnmächtig zusehen oder fliehen.

In den folgenden Jahren wurde durch robuste Mandate in vielen Einsatzgebieten der Waffengebrauch zur Durchsetzung des Einsatzauftrags explizit erlaubt. Wo Unrecht herrscht, tragen die Waffen neutraler Kräfte zur Sicherheit bei, sie trennen Konfliktparteien, schützen Schwache und verhindern sinnloses Morden. Während sieben Einsatzverwendungen unter robustem Mandat habe ich dies persönlich erlebt, wenn die Waffen nach objektiven Einsatzgrundsätzen durch entschlossene Soldaten geführt werden. Und dann haben diese Waffen zumindest regional und temporär offene Feindseligkeit verhindert. – Aber Waffen können keine unerreichbaren politischen Ziele militärisch herbeizwingen. **Das Primat der Politik ist gefordert, die politischen Ziele mit den geeigneten Mitteln zu erreichen.**

~~~

Der persönliche Einsatz der Soldaten geht oft über die reine Auftragserfüllung hinaus, wie ich Ihnen an zwei Beispielen zeigen werde:

Im Kosovo wie in Afghanistan erlebte ich, dass Soldaten Produkte gekauft haben, die in Witwenhäusern gefertigt wurden. Durch den Kauf der Waren wird den Frauen ein würdiges Leben von eigener Hände Arbeit ermöglicht. Solche Projekte werden von Hilfsorganisationen begonnen und durch die Finanzkraft der vor Ort befindlichen Soldaten essentiell unterstützt.

Seit ihrer Aufstellung unterstützt die Bundeswehr den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge bei seiner Arbeit. Soldatinnen und Soldaten erhöhen durch das Pflegen der Soldatengräber im In- und Ausland ihre interkulturelle Kompetenz.

Sie entwickeln durch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Form der Kriegsgräberfürsorge ein angemessenes Traditionsverständnis und können erkennen, dass das Vermächtnis von Millionen Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft alle Völker zu Verständigung und Frieden mahnt. Die Kriegsgräberfürsorge ebnet den Weg zu den ehemaligen Gegnern und ist einer der Ankerpunkte in der Tradition der Bundeswehr. [A-2640/24]

~~~

Nachdem ich nun ausführlich über die Friedensarbeit der Bundeswehr gesprochen habe, möchte ich zum Abschluss die Bedeutung der Militärseelsorge für den Frieden hervorheben.

Soldaten erhalten durch die Teilnahme am Lebenskundlichen Unterricht, die für alle Soldaten verpflichtet ist, entscheidende Impulse zur **Gewissensbildung eines Waffenträgers**. Die Militärpfarrer erreichen alle Soldaten und können einen offenen Gedankenaustausch über ethische Grundfragen führen.

Soldaten erleben durch die Militärseelsorge die gelebte Ökumene der beiden großen Konfessionen. Sie versöhnt viele überzeugte Christen in Uniform mit „ihrer“ Kirche, wenn vereinzelte Aussagen offizieller Amtsträger die Brüder und Schwestern in der Bundeswehr verschrecken.

Vor allem stellt Sie aber die Hirten, die die gefleckte Herde durch die Dornen begleitet. Während eines 4-monatigen Einsatzes 2003 in Afghanistan durfte ich bei 4 Erwachsenentaufen und einer kirchlichen Hochzeit deutscher Soldaten beiwohnen.

Wenn Soldaten sich unter erheblicher Bedrohung für Leib und Leben im Einsatzland befinden und von engagierten Seelsorgern begleitet werden, dann lernen sie oft zu beten. Das kann prägend für das weitere Leben sein und schockierenden Einsatzerfahrungen diametral entgegenwirken.

Und auch wenn Einsätze der Bundeswehr natürlich nicht aus diesem Grund beschlossen werden, so erlauben Sie mir zum Abschluss noch einmal eine ganz persönliche Aussage: „Kann es für einen Christen eine größere Friedensarbeit als die bewusste und überzeugte Taufe eines neuen Christen geben!“ Denn: „Christus ist unser Friede.“ Epheser 2 Vers 14.

Vielen Dank.



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 7

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

E I N B R I N G U N G

des

Kundgebungsentwurfs
zum Schwerpunktthema

Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens

Renke Brahms
Friedensbeauftragter des Rates der EKD

- Es gilt das gesprochene Wort -

„Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“

Sehr geehrte Frau Präses, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder!

Ihnen liegt unter der Drucksache VI/1 der Kundgebungsentwurf zum Schwerpunktthema der Synode vor. „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“.

Ich möchte nach einigen Vorbemerkungen den einzelnen Abschnitten des Entwurfs entlanggehen, Ihnen jeweils einige Erläuterungen dazu geben und auf den Zusammenhang mit dem friedentheologischen Lesebuch hinweisen, in dem Sie weitere inhaltliche Vertiefungen erhalten haben.

1. Vorbemerkung

Es ist ein langer Text. Das ist der Komplexität des Themas geschuldet und auch einer intensiven Vorbereitung, in der viele Perspektiven eingeflossen sind. Kürzer ging es nicht. Ich bitte Sie herzlich, sich auf diesen Weg der inhaltlichen Herausforderung einzulassen. Und wir aus dem Themenausschuss sind erwartungsfroh, dass die hier versammelten Kompetenzen in der Diskussion und Überarbeitung den Text nur besser machen können.

2. Vorbemerkung

Immer wieder wird die Frage diskutiert, an wen sich eine Kundgebung der Synode wendet. In der Vorbereitung haben wir deutlich gesehen, dass sich ein solcher Text sowohl nach innen als auch nach außen wendet. Es gehört beides zusammen, wenn wir als Kirche mit diesem Thema glaubwürdig sein wollen. Selbstvergewisserung und Selbstverpflichtung gehören genauso dazu wie Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Diskurs.

3. Vorbemerkung

Was für den Frieden als Prozess und Weg insgesamt gilt, gilt auch für einen solchen Text: wir sind auf dem Weg. Wir ringen um die richtigen Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen. Wir werden intensiv diskutieren und sogar streiten – das können wir uns nur wünschen – aber wir werden das in gewaltfreier, konstruktiver Weise tun – davon bin ich überzeugt. Als Kirche sollten wir gerade in den aktuellen Kontexten einen Raum für eine konstruktive Auseinandersetzung bieten und damit auch die Demokratie stärken.

Ich gehe nun den einzelnen Abschnitten des Kundgebungsentwurfs entlang.

Ausgehend von der Jahreslosung erinnert der Entwurf zu Beginn an die positiven Erfahrungen der friedlichen Revolution vor 30 Jahren, die noch heute viele Menschen als ein großes Geschenk und Wunder empfinden und aus der viele auch Hoffnung für den Frieden schöpfen.

Dennoch gilt es wahrzunehmen, dass sich viele Hoffnungen nicht erfüllt haben. Einer Überwindung des Kalten Krieges stand auf der anderen Seite der Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit allen seinen Langzeitfolgen als ein Beispiel der brüchigen Entwicklung und der Konflikte gegenüber. Zusammen mit dem Krieg in Afghanistan und dem Einsatz der Bundeswehr und

auch dem Engagement der Nichtregierungsorganisationen standen friedensethische Fragestellungen an, die die Denkschrift des Rates aus dem Jahr 2007 zu beantworten versuchte. Das Leitbild des gerechten Friedens, die enge Verbindung von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht, der Vorrang der zivilen und gewaltfreien Instrumente der Konflikttransformation und der Einsatz militärischer Mittel als äußerstes Mittel (ultima ratio) unter engen Kriterien prägen diese Denkschrift.

Aber auch seit 2007 hat sich die Welt und damit die friedensethische Herausforderung schon wieder verändert. Stichworte sind: Krise des Multilateralismus, Terrorismus, Bürgerkriege, gravierende Menschenrechtsverletzungen, hybride Kriegsführung, Kriegsführung im Cyberraum, Entwicklung autonomer und teilautonomer Waffensysteme, Konflikte in Folge des Klimawandels – aber auch eine Ernüchterung angesichts militärischer Interventionen oder auch eine wachsende Erfahrung und Kompetenz in ziviler Konfliktbearbeitung gehören zu diesen Entwicklungen.

Zur Analyse verweise ich in diesem Zusammenhang auf die Artikel von Michael Haspel, Ruth Gütter, Hanne-Margret Birkenbach, Reiner Anselm und Friedrich Lohmann im friedens theologischen Lesebuch.

Es folgt eine zugegeben knappe Erinnerung an grundlegende biblisch-theologische Einsichten, um deutlich zu machen, woher wir kommen und was uns motiviert. Dabei wird deutlich gemacht, dass die Bibel uns in die Spannung zwischen Vorletztem und Letztem stellt und wir die biblischen Einsichten in unserem jeweiligen Kontext zu verantworten und zu gestalten haben – der Frieden Gottes aber vollendet wird in seinem Reich. Frieden ist ein Weg, den wir mit der weltweiten Ökumene gehen wollen und uns auch selbst verpflichten, unsere Arbeit daran auszurichten.

Zur theologischen Grundlage verweise ich in diesem Zusammenhang auf die Texte von Klara Butting, Walter Dietrich und Martin Leiner im friedens theologischen Lesebuch – und zu den Artikeln über die geistlichen Praktiken des Friedens im Kapitel V. des Lesebuches.

Die Kundgebung fokussiert sich auf fünf Themenbereiche – wohl wissend, dass damit nicht alle Themen und Fragen aufgenommen werden können.

1. Der Weg der Gewaltfreiheit

Bei den fünf Schwerpunkten setzt der Kundgebungsentwurf bei der Gewaltfreiheit ein. Der Text macht damit deutlich, dass wir ausgerichtet am Leitbild des gerechten Friedens auch angesichts neuer und sich verschärfender Konflikte am Vorrang des Zivilen und dem Weg der Gewaltfreiheit als vorrangigem Weg unbedingt festhalten. Diese Haltung nährt sich auch durch Erfahrungen aus Gesellschaften und Staaten, in den eine gewaltfreie Konflikttransformation gelungen ist. Es gibt Forschungen, die belegen, dass gewaltfreier Widerstand weitaus erfolgreicher ist als solcher mit Gewalt (Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J. (2011): Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict. New York). Der Zivile Friedensdienst feiert in diesem Jahr sein 20jähriges Bestehen und stellt eine Erfolgsgeschichte dar.

So muss es darum gehen, militärische Gewalt und kriegерische Mittel Schritt für Schritt zu überwinden, den eindeutigen Schwerpunkt auf die Prävention zu legen und dafür die notwendigen Mittel bereitzustellen und die Forschung gerade im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen.

Manche hätten sich hier in der Vorbereitung eine eindeutigere Positionierung gewünscht – im Sinne einer ausschließlichen Option für die Gewaltfreiheit und nicht nur des „Vorrangs“. Diese Spannung zwischen unterschiedlichen Positionen in unserer Kirche müssen wir diskutieren, aushalten und konstruktiv nutzen. Ich bin der Überzeugung, dass der Konsens groß genug ist, um gemeinsam für den Vorrang einzutreten und dafür zu arbeiten. Es ist noch genug zu tun.

Ich verweise zur weiteren Diskussion an dieser Stelle auf die Artikel von Stefan Maaß, Martina Fischer, Reiner Anselm und auf die entsprechenden Artikel in Kapitel VI des friedentheologischen Lesebuchs.

2. Gesellschaftlicher Frieden

Im Sinne eines weiten Friedensbegriffes, der auch in unserer Vorbereitungsgruppe nicht unumstritten war, gehört der äußere Frieden und innergesellschaftliche Frieden zusammen. Die Herausforderungen durch gesellschaftliche Spaltungen, Populismus und Extremismus – insbesondere Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – aber auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit werden als friedensethische und friedenspolitische Aufgabe verstanden.

Hier müssen wir bei uns selbst beginnen und klar Stellung beziehen und handeln. Deshalb haben wir an dieser Stelle einige Selbstverpflichtungen formuliert: für unsere Sprache der Verkündigung genauso wie für den Bildungsbereich, mit jungen Menschen, in unseren Kirchengemeinden, in breiten Bündnissen – und dann auch in der Forderung nach mehr Demokratie- und Friedensbildung.

In diesem Abschnitt ist die Rolle der Religionen kurz erwähnt. Wir haben uns schwergetan, diesem Thema nicht mehr Raum zu geben – haben dann aber entschieden, es nicht ausführlicher zu bearbeiten, um die sowieso schon vorhandene Komplexität nicht noch weiter zu steigern. Dass wir es aber im Blick haben, soll hier deutlich werden und das Thema kann natürlich im Zuge der Bearbeitung auch weiter diskutiert werden.

Verweisen will ich in diesem Zusammenhang auf den Artikel von Roger Mielke und die Erfahrungsberichte von Annemarie Müller und Bernd Rieche im friedentheologischen Lesebuch.

3. Die europäische Verantwortung für den Frieden

Die Analyse, dass der Multilateralismus in der Krise ist und den Frieden gefährdet, hat uns in der Vorbereitung sehr beschäftigt. Es ist aber entschieden worden, dass wir nicht die weltweiten Zusammenhänge und Probleme in den Mittelpunkt rücken, sondern die für uns erreichbare Ebene in den Blick nehmen. Deshalb gilt die Konzentration des Abschnitts der europäischen Verantwortung für den Frieden und stärkt das Friedensprojekt Europäische Union im Zusammenhang mit anderen Institutionen wie der UN und der OSZE. Auch hier setzen wir bei den Schritten bei uns selbst und der Stimme der Kirchen in Europa ein. Wenn wir als Kirchen nicht gemeinsam für den Frieden arbeiten, können wir es nicht von den Staaten fordern.

Fordern können wir allerdings im Sinne des Leitbildes des gerechten Friedens auch für Europa den Vorrang der Prävention und der zivilen und gewaltfreien Instrumente – zusammen mit einer Nachbarschaftspolitik, die durch faire Handelsbeziehungen geprägt ist. Die Schutzverantwortung gegenüber Flüchtlingen gehört hier ebenso dazu wie eine restriktive und konsequente Rüstungsexportkontrolle.

Im friedentheologischen Lesebuch finden Sie zu diesen Themen Artikel von Martina Fischer, Dirck Ackermann, Markus Weingardt und Horst Scheffler.

4. Automatisierung, Cyberraum und Atomwaffen

In diesem Abschnitt geht es um neue und alte Waffensysteme und um zweifelsohne komplizierte und komplexe Zusammenhänge. Gerade in den beiden ersten Themen liegen friedensethische Fragen, die sicher noch weiter intensiv zu bearbeiten sind. Die Entwicklungen sind aber so rasant, dass wir in der Vorbereitung entschieden haben, dazu auch einen Beitrag zur Diskussion zu leisten und auf Gefahren hinzuweisen. Die Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft hat sich in ihrem Konsultationsprozess mit diesen Themen in drei gesonderten Schriften beschäftigt.

Bei vielen offenen Fragen erscheint doch die Ächtung sogenannter autonomer Waffensysteme, bei den der Mensch nicht mehr entscheiden oder mitentscheiden kann, angezeigt zu sein – bevor nach Jahrzehnten die Weltgemeinschaft nachträglich und angesichts der Folgen eine Ächtung und ein Verbot erreichen muss.

Auf dem Weg zu den sogenannten autonomen Waffen und angesichts eines exzessiven Gebrauchs bewaffneter Drohnen durch die USA erscheint es uns angemessen, den Vorschlag zu machen, auf dieses System zu verzichten.

Im Bereich des Cyberraums geht es darum, die zivile und militärische Bedrohung wahr- und ernst zu nehmen, aber bei der Abwehr nicht allein auf militärische Strukturen zu setzen, vielmehr zivile Strukturen zu stärken und auch völkerrechtliche Regelungen zu entwickeln.

Die Frage der Atomwaffen hat die Evangelische Kirche in Deutschland seit den 50er Jahren intensiv begleitet und zum Teil fast zerrissen. Hatten die Heidelberger Thesen von 1959 formuliert, dass die Kirche „die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen“ muss, so hat die Friedensdenkschrift von 2007 betont, dass die „Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung“ betrachtet werden kann. Politisches Ziel muss deshalb ein Global Zero sein: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Es ist an der Zeit, aus der friedensethischen Einschätzung heraus auch politisch einen weiteren Schritt zu gehen. So erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Bereitschaft zur Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen und des von 122 Staaten verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrages die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Über die vorgeschlagenen konkreten Schritte dahin werden wir sicher intensiv diskutieren.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Artikel von Ines-Jacqueline Werkner im friedensethischen Lesebuch – darüber hinaus auch auf die drei Bände aus dem Konsultationsprojekt, die draußen ausliegen.

5. Nachhaltiger Frieden

Der Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung war für die Kirchen im Konziliaren Prozess schon immer wichtig. Angesichts der katastrophalen Folgen der Klimaveränderungen und der Auswirkungen auf eine innergesellschaftliche und weltweite Friedensordnung steht dieses Thema mit großer Dringlichkeit auf der Tagesordnung. Deshalb wir mit dem Vortrag von Frau Dr. Vinke in besonderer Weise auf diese Zusammenhänge hinweisen wollen.

Die 2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals bilden dabei einen geeigneten Rahmen, um den engen Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu gestalten. Das Engagement für die Erhaltung der Schöpfung geschieht zum einen um ihrer selbst willen, weil sie Gottes Schöpfung und nicht unser Besitz ist. Es geschieht um der zukünftigen Generationen willen, weil sie eine Lebensgrundlage behalten sollen. Es geschieht um der Gerechtigkeit willen, weil der Kampf um Ressourcen Gewinner und Verlierer, d.h. Opfer erzeugt und wir an der Seite der Opfer zu stehen haben. Es geschieht um des Friedens willen, weil es um Ursachenbekämpfung vieler Konflikte und Kriege geht.

Auch hier geht es in den Konkretionen um das eigene Handeln und Leben – als Einzelne und als Kirche – und um die Schaffung politischer Rahmenbedingungen, die eine Zukunft ermöglichen. Vielen Dank auch schon hier für die Hinweise gestern in der Aussprache zum Ratsbericht.

Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Bewusst ist der letzte Abschnitt so formuliert. Wunsch und Ziel ist es, dass wir am Ende der Synode eine Klarheit darüber gewonnen haben, dass wir nicht nur auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens sind, sondern uns als Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens verstehen. Das bedeutet, dass wir uns als Teil der weltweiten Ökumene und des Pilgerwegs verstehen und all unser Reden und Handeln danach ausrichten. Es bedeutet nicht automatisch, dass wir uns in allen Fragen einig sind. Der Pluralismus der Meinungen ist kein Defizit, sondern gehört zu einer Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens. Zu ihr gehört eben auch, dass wir mit Unterschieden und Spannungen umgehen können. Wir sind noch auf dem Weg. Man darf und soll uns das Ringen um den richtigen Weg anmerken. Man darf und soll erkennen, dass es für uns ein friedensspiritueller, ein friedensethischer, friedenspolitischer und friedenspraktischer Weg ist und wir im Gebet, täglichem Handeln und politischer Beteiligung auf Gott vertrauen, der unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 1

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

K U N D G E B U N G S E N T W U R F

zum

Schwerpunktthema

**Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens**

Vorlage des Vorbereitungskreises
zum Schwerpunktthema

Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens

**Lass ab vom Bösen und tue Gutes;
suche Frieden und jage ihm nach! (Ps 34,15)**

Vor 30 Jahren fand die gewaltfreie Revolution in Ostdeutschland statt, mit brennenden Kerzen in den Händen und Friedensgebeten in überfüllten Kirchen – friedlich. Die Mauer fiel, die deutsche und europäische Teilung konnte überwunden werden, Demokratie und Freiheit wurden dazugewonnen. Jedoch leben wir heute nicht in friedlichen Zeiten. Die Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit hat sich nicht erfüllt.

Das gemeinsame Haus Europa mit einer gemeinsamen Friedensordnung von Lissabon bis an den Ural und darüber hinaus konnte nicht verwirklicht werden. Der Überwindung der alten militärischen Blockkonfrontation ist eine internationale Weltordnung gefolgt, die bestimmt ist durch eine Multipolarität, in der neben den Großmächten eine Vielzahl weiterer Akteure miteinander konkurrieren. Neue Konfliktlinien entstanden, Kriege wurden geführt und geschürt, zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan, im Irak und im Nahen und Mittleren Osten. Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hintergrund in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“ dem Leitbild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Den Einsatz militärischer Mittel hält sie ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim.

Seitdem hat sich die Situation erneut geändert. Einige Aspekte gegenwärtiger friedenspolitischer Herausforderungen seien exemplarisch benannt:

Aus innerstaatlichen Konflikten entstehen zunehmend Kriege, in die Großmächte und / oder Nachbarstaaten involviert sind. Der internationale Terrorismus verändert und verschärft die Konflikte. Immer wieder sind in Krisengebieten fundamentale Menschenrechtsverletzungen bis hin zur Verfolgung oder Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen oder Ethnien zu beobachten. Der Druck, Ausgaben für Rüstung und Militär deutlich zu erhöhen, wächst. Die Bilanz militärischer Einsätze, die erklärtermaßen mit dem Ziel der Beendigung von Menschenrechtsverletzungen geführt wurden, ist jedoch enttäuschend.

Gleichzeitig stellen hybride Kriege, Kriegsführung im Cyberraum, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und automatisierte und teilautonome Waffensysteme neue Anforderungen und werfen grundlegende ethische Fragen auf. Die Unübersichtlichkeit all dieser Entwicklungen geht einher mit der Krise der regelbasierten multilateralen Weltordnung. So kündigen Großmächte internationale Verträge zur Rüstungskontrolle und stellen internationale Abkommen (etwa zum Klimaschutz) in Frage. Weitere Faktoren wie der Klimawandel und der mit ihm verbundene Migrationsdruck, die infolge der Globalisierung zunehmenden Gefahren durch Pandemien und Seuchen, die Verwundbarkeit der kritischen Infrastrukturen sowie die Erosion staatlicher Souveränität verändern die sicherheitspolitischen Herausforderungen dramatisch.

Diese Kundgebung fokussiert sich auf die Bearbeitung von fünf Themenbereichen: 1. Ausgehend von der grundlegenden Orientierung an der Perspektive der Gewaltfreiheit und des Vorrangs des Zivilen wird 2. der zunehmend dringlicher werdende Bereich des (inner-)gesellschaftlichen Friedens in den Blick genommen. 3. Angesichts wachsender Infragestellung von internationalen Regelungen und Verträgen wird an regel- und vertragsorientierten internationalen politischen Ordnungen als friedenserhaltenden Maßnahmen festgehalten. Hierfür ist

entscheidend, dass Europa seine Verantwortung für die internationale Zusammenarbeit wahrnimmt. 4. Dem Blick auf verschiedene neue oder neu zu diskutierende Möglichkeiten gegenwärtiger Kriegsführung (Autonomisierung, den Cyberraum und Atomwaffen betreffend) folgt 5. mit einem Abschnitt zum Thema Nachhaltigkeit die umfassende Einsicht, dass die Fragen von Frieden und Gerechtigkeit nicht mehr ohne diejenigen der Bewahrung der Schöpfung, des Klimaschutzes und des gerechten Umgangs mit den Ressourcen unseres Planeten zu bearbeiten sind. Nur das Zusammenwirken aller fünf Aspekte konturiert eine verantwortliche friedensethische Arbeit für die Zukunft.

In dieser Situation vielfältiger Friedensgefährdungen und Friedensherausforderungen hören wir neu auf die biblischen Texte, ihre Weisheit und Weisungen.

Der umfassende Frieden im Sinne des biblischen Schalom führt in die Gottesbeziehung als Quelle des Friedens und weist uns ein in den Zusammenhang von Gerechtigkeit, Recht und Frieden sowie Solidarität mit der gesamten Schöpfung. Das Gebot der Nächstenliebe richtet unsere Blicke und unser Handeln auf den nahen und fernen Nächsten und seine unverlierbare Würde – bis hin zur Feindesliebe, die den Weg zu Verständigung und Überwindung des Trennenden sucht. Jesu Botschaft von der Gewaltfreiheit fordert uns heraus, selbst den Weg der Gewaltfreiheit zu gehen und Gewalt zu überwinden. Die Versöhnung, die in Jesus Christus geschehen ist, ermutigt uns zu Schritten der Versöhnung zwischen Menschen, Völkern und Nationen.

Wir vertrauen darauf, dass die Bibel uns Menschen auf eine zukünftige Welt des umfassenden Friedens im Reiche Gottes verweist und damit einen Horizont letzter Dinge eröffnet, der unserem Handeln heute schon Orientierung gibt. Damit stellt uns die Bibel in die Spannung von Letztem und Vorletztem. In dieser Spannung zu handeln und das Leitbild des Gerechten Friedens in zivilgesellschaftliches und politisches Handeln umzusetzen, gehört zu den Aufgaben evangelischer Verantwortung. Mit der weltweiten ökumenischen Bewegung wollen wir Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens sein und verpflichten uns, unsere gesamte Arbeit darauf auszurichten.

1. Der Weg der Gewaltfreiheit

Aus Erfahrung wissen wir, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Nachkriegssituationen. Als Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens wollen wir alle Anstrengungen für gewaltfreies Handeln stark machen.

- Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt vorrangig auf die Gewaltfreiheit als *prima ratio*. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegsrische Mittel Schritt für Schritt zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz „*si vis pacem, para pacem*“ (wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor) zu befolgen und sich mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt einzusetzen.

- Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir, mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes für entwicklungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen einzusetzen.
- Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung fordern wir einen Ausbau der Friedensforschung, insbesondere im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung, und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung.

2. Gesellschaftlicher Frieden

Wir begreifen den Umgang mit gesellschaftlicher Spaltung, Populismus und Extremismus - insbesondere mit dem zurzeit zunehmenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus - als eine friedensethische und politische Aufgabe. Antisemitismus und Islamfeindlichkeit belasten zunehmend das gesellschaftliche Klima. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe. Deshalb treten wir für die Unteilbarkeit der Menschenrechte an allen Orten ein. Verbale und physische Verrohung und Gewalt sind keine Mittel der politischen, weltanschaulichen und religiösen Auseinandersetzung. Die Sprache der Verkündigung sowie die pastorale und diakonische Arbeit sind der Friedfertigkeit und der Versöhnung verpflichtet. Wir setzen uns dafür ein, das Gespräch und Begegnungen zwischen politischen Lagern, sozialen Milieus sowie Angehörigen verschiedener Religionen und Weltanschauungen zu fördern. Religionen dürfen kein Anlass für Hass, Unfrieden und Krieg sein, vielmehr sind die Friedenspotentiale der Religionen auszuschöpfen, damit sie als Werkzeuge des Friedens dienen können.

- Zur Stärkung des gesellschaftlichen Friedens verpflichten wir uns, Initiativen im Bereich der Friedenspädagogik, zivilen Konfliktbearbeitung und der politischen Bildung zu unterstützen und dabei gerade dem politischen Engagement, den Kompetenzen und Anliegen junger Menschen Raum zu geben.
- Wir ermutigen unsere Kirchengemeinden, breite Bündnisse zu schließen und den Dialog und die Zusammenarbeit mit anderen Religionen zu verstärken, um den gesellschaftlichen Frieden zu fördern.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Friedensbildung ein fester Bestandteil der kirchlichen Aus- und Weiterbildung wird.
- Wir fordern einen Ausbau der Friedens- und Demokratiebildung in Schulen und Bildungseinrichtungen, zum Beispiel durch den Dienst von Friedensfachkräften.

3. Die europäische Verantwortung für den Frieden

Die Europäische Union (EU) hat als Wertegemeinschaft, die sich der Achtung der Menschenwürde und der Wahrung der Menschenrechte, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet hat (Lissabon-Vertrag, 2007), maßgeblich zu Frieden und Aussöhnung zwischen ehemals verfeindeten Staaten in Europa beigetragen. Wir unterstützen alle Kräfte, die der EU als Projekt des Friedens und der Aussöhnung verpflichtet sind, im Inneren wie auch jenseits ihrer Grenzen. Wir sagen „Ja zu einem Europa in weltweiter Solidarität, das Gleichgültigkeit und Eigeninteressen überwindet, Frieden und Gerechtigkeit übt und sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzt.“ (Kundgebung der EKD-Synode 2016) Die Stärke der EU sehen wir darin, mit zivilen, diplomatischen Mitteln Krisen vorzubeugen, zur Beilegung von

Gewaltkonflikten beizutragen und kriegszerstörte Gesellschaften im Wiederaufbau zu unterstützen. Wir halten daran fest, dass internationaler Frieden als Rechtsordnung zu gestalten ist, die das Recht des Stärkeren durch die Herrschaft des international gültigen Rechts ersetzt. Wir gehen davon aus, dass dauerhafter Frieden nur zu erreichen ist, wenn auch die Sicherheit anderer in den Blick genommen wird. Vertrauensbildende Maßnahmen spielen dabei eine entscheidende Rolle.

- Wir brauchen dringend eine klar vernehmbare kirchliche europäische Stimme für den Frieden. Wir wollen dazu mit den anderen Kirchen in Europa zusammenarbeiten und sie im Einsatz für dieses gemeinsame Anliegen aktiv unterstützen. Wir setzen uns in den europäischen kirchlichen Vereinigungen wie GEKE und KEK für diese Ziele ein.
- Wir fordern, dass vor allem die politischen Bündnisse, die der Friedensförderung dienen, von der EU in Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat weiterentwickelt werden und dass die Instrumente für Mediation, Gewaltprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Nachsorge, sowie für den Friedensaufbau systematisch ausgebaut und finanziell noch besser ausgestattet werden.
- Wir fordern, dass die EU-Nachbarschaftspolitik durch faire Handelsbeziehungen, eine gerechte Agrarpolitik sowie glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik friedensverträglich und im Sinne globaler Solidarität gestaltet wird. Frieden ist nur möglich, wenn ein Mindestmaß an nationale Grenzen überschreitender Gerechtigkeit gewährleistet ist.
- Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. Es müssen sichere und legale Wege für Schutzsuchende in die EU sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung und möglichst hohen Verfahrens- und Aufnahme Standards geschaffen werden. Das in der EU-Grundrechtecharta verankerte Recht auf Asyl muss garantiert werden. EU-Missionen zur Seenotrettung sind dringend erforderlich. Migrationspolitische Fragen sollten im Rahmen des Globalen UN-Migrationspaktes gemeinsam geregelt werden.
- Wir fordern, dass die Regeln der EU zur Rüstungsexportkontrolle im Gemeinsamen Standpunkt restriktiver umgesetzt werden und deren Einhaltung effektiver überwacht wird. Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert, ihre nationale Gesetzgebung und Kontrollinstanzen entsprechend auszurichten. Exporte in Krisenregionen wie auch militärische Kooperationen mit Drittstaaten außerhalb der Nato, die Menschenrechte und Demokratie missachten, untergraben die internationale Friedensordnung.

4. Autonomisierung, Cyberraum und Atomwaffen

Automatisierung und Teilautonomisierung von Waffen

Automatisierte, teilautonome und unbemannte Waffensysteme werden zur Aufklärung und Gefahrenabwehr, zur Absenkung von Reaktionszeiten und zur Steigerung der Effizienz eingesetzt. Mit ihnen verbinden sich vielfältige Gefahren: ein Absinken der Hemmschwelle zum militärischen Einsatz, eine Entgrenzung des völkerrechtlich eingegrenzten Krieges oder auch die völlig ungelösten Fragen der Kontrolle und Verantwortung für die Folgen einer militärischen Aktion. Mit steigendem Autonomisierungsgrad werden diese Risiken größer und betreffen im Falle autonomer und teil-autonomer Systeme auch elementare Fragen der Menschenwürde. Zu wenig sind diese Risiken bisher Gegenstand einer breiten ethischen Debatte.

- Wir treten ein für eine völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffen und appellieren an die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen

174 Waffensystemen einzusetzen. Wir unterstützen die internationale Kampagne „Stop Kil-
175 ler Robots“ zur Ächtung sog. Killerroboter.

- 176 • Wir unterstreichen angesichts der Probleme bei der Zuschreibung von Verantwortung
177 sowie ihrer Rolle als Vorreiter auf dem Weg zu autonomen Waffensystemen die For-
178 derung, auf bewaffnete Drohnen konsequent zu verzichten.

179 *Cyberraum*

180 Der sogenannte Cyberwar unterscheidet sich fundamental von herkömmlichen Formen der
181 Kriegsführung. Er findet scheinbar „vollkommen blutlos“ im virtuellen Raum statt, kann aber
182 dramatische Wirkungen zeitigen, insbesondere, wenn Angriffe vitale Infrastrukturen wie
183 Strom- oder Wasserversorgung treffen. Viele Staaten, auch Deutschland, reagieren darauf mit
184 der Einrichtung von militärischen Cyberkommandos. Ihre Bindung an rechtsstaatliche Verfah-
185 ren, ihre Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Verbindung mit nichtmilitärischen
186 Einrichtungen der Aufklärung und Gefahrenabwehr ist zu stärken. Ausschließlich auf militäri-
187 sche Mittel der Cybersicherheit zu setzen hilft nicht, Gefahren für zivile Infrastrukturen zu re-
188 duzieren. Entscheidend ist unter anderem die „Resilienz“, das heißt die Schaffung sicherer
189 und widerstandsfähiger IT- Infrastrukturen. Diese einzurichten und weiterzuentwickeln, ist eine
190 zuvorderst zivile Aufgabe. Statt offensiv auf Cyberangriffe zu reagieren, ist die Defensive zu
191 stärken: also zu rüsten ohne aufzurüsten.

- 192 • Wir sprechen uns dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem auf zivile Strukturen zu
193 setzen, keine rein militärische Struktur zu entwickeln und defensive Maßnahmen zu
194 stärken.

- 195 • Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung bzw. Regelung von Konflikten im Cyber-
196 raum ein internationales Cyberrecht auf völkerrechtlicher Ebene zu entwickeln und ein-
197 zuführen. Deutschland sollte sich im Rahmen der UN dafür einsetzen.

198 *Atomwaffen*

199 Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine Bedrohung des gesamten menschli-
200 chen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 hat betont, dass die Drohung mit
201 Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden kann. Po-
202 litisches Ziel muss deshalb ein Global Zero sein: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses
203 Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns die Einsicht
204 unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen den notwendigen
205 Druck aufbaut, Atomwaffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Denn mehrmals stand die
206 Welt während des Kalten Krieges durch riskante politische Entscheidungen, technische Fehler
207 oder Fehlfunktionen von Frühwarnsystemen kurz vor einem Atomkrieg. Angesichts der Multi-
208 polarität in der internationalen Weltordnung und der Vermehrung von Atommächten erscheint
209 uns auch eine Strategie der Abschreckung nicht mehr als wirksam. Die Aufkündigung des INF-
210 Vertrages erhöht noch einmal das Risiko einer nuklearen Aufrüstung. Je länger Atomwaffen
211 produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist
212 die Gefahr, dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall
213 kommt. Überdies ist die Behauptung, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventio-
214 nellen Waffen schützt, durch mehrere Kriege zwischen den Atomwaffenstaaten Indien und
215 Pakistan längst widerlegt. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf
216 der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des

217 Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt eindeutig, dass der Atomwaffenverbotsvertrag
218 überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN- Generalversammlung ausgehandelt
219 wurde.

- 220 • Wir fordern, dass die Bundesregierung konkrete Schritte einleitet, den Atomwaffenver-
221 botsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren und sich darüber hinaus – auch in der
222 NATO, EU und OSZE – dafür einsetzt, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen.
- 223 • Wir fordern, dass die Bundesregierung im Rahmen des NATO-Bündnisses als ersten
224 Schritt konkrete Verhandlungen über den Abzug der Atomsprengköpfe aus Büchel be-
225 ginnt.

226 **5. Nachhaltiger Frieden**

227 Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden! Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und die
228 katastrophalen Folgen der Klimaveränderungen gefährden weltweit innergesellschaftliche wie
229 zwischenstaatliche Friedensverhältnisse. Die internationale Friedensordnung ist bedroht.

230 Wir verweisen darauf, dass die von der UN Vollversammlung 2015 verabschiedeten 17 Ziele
231 für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sämtlich eine friedens-
232 ethische Funktion haben. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat bereits in den letzten
233 Jahren ihr Handeln maßgeblich an diesen Zielen ausgerichtet und stellt auch ihre friedensethi-
234 sche Arbeit in diesen Rahmen. Die Kirchen können damit an vieles anknüpfen, wofür sie im
235 Ökumenischen Rat der Kirchen seit über 40 Jahren im Rahmen des Konziliaren Prozesses für
236 Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eintreten. Wir sprechen uns angesichts
237 der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und deren lebensbedroh-
238 licher Folgen (Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Zunahme von Migration und von Konflik-
239 ten um die verbleibenden Ressourcen) für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirt-
240 schaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus. Wirk-
241 samer Klimaschutz ist auch ein Beitrag zur Krisenprävention. Die meisten Bürgerinnen und
242 Bürger in den Industrieländern des globalen Nordens sowie die Eliten in den Ländern des
243 globalen Südens verbrauchen mehr Ressourcen als mittel- und langfristig zur Verfügung ste-
244 hen. Damit werden die bestehenden globalen Ungleichheiten vergrößert und künftigen Gene-
245 rationen die Lebensgrundlagen geraubt.

- 246 • Wir schauen kritisch auf uns selbst und verpflichten uns, als Kirche unser Klimaschutz-
247 handeln noch konsequenter weiterzuentwickeln.
- 248 • Wir fordern wirksame Schritte zur verbindlichen Erreichung der von den Vereinten Na-
249 tionen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele. Alle Gesetzesvorhaben sind auf ihren
250 Beitrag zur Erreichung dieser Klimaziele hin zu prüfen. Insbesondere fordern wir wirk-
251 same Maßnahmen wie:
 - 252 - im Energiesektor: einen schnelleren und konsequenten Ausstieg aus der Kohle und
253 die Einführung einer sozialverträglichen CO₂-Bepreisung.
 - 254 - im Verkehrssektor: die vorrangige Förderung von Maßnahmen zur klimaschonenden
255 Mobilität.
 - 256 - im Landwirtschafts- und Ernährungssektor: z.B. die Förderung der ökologischen
257 Landwirtschaft und die Einführung eines verbindlichen Tierwohllabels zur Reduzie-
258 rung des Konsums von Billigfleisch.

259 • Wir treten mit Nachdruck ein für eine Ethik, einen Lebensstil und eine Ökonomie des
260 Genug und für eine enge Verzahnung von Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskursen in
261 Kirche und Gesellschaft.

262 • Wir fordern die Bundesregierung auf, mit den zuvor beschriebenen Maßnahmen ihr
263 Klimaschutzhandeln zu verstärken und zu beschleunigen, um damit nachhaltige Bei-
264 träge zur weltweiten Krisenprävention zu leisten. Das Vorhaben, Ursachen und Be-
265 kämpfung des Klimawandels in den UN-Sicherheitsrat einzubringen, ist ein Schritt in
266 die richtige Richtung.

267 ***Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens***

268 Als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sind wir mit den Kirchen weltweit verbunden
269 und folgen dem Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), an dem Ökumenischen
270 Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens teilzunehmen. Wir verpflichten uns, in unseren
271 eigenen Strukturen und Veränderungsprozessen, in unserem täglichen Handeln sowie in den
272 gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen um Gottes Frieden zu bitten, ihn be-
273 ständig zu suchen und für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Wir wissen, dass wir unter-
274 wegs sind. Wir sind unterwegs in dem Vertrauen, dass Gott unsere Füße auf den Weg des
275 Friedens richtet (Lukas 1,79).



Geschäftsstelle der Synode

Drucksache

VI / 10

6. Tagung der 12. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
10. bis 13. November 2019
in Dresden

B E S C H L U S S V O R S C H L A G

des

Themenausschusses

für eine Kundgebung
zum Schwerpunktthema

Auf dem Weg zu einer Kirche
der Gerechtigkeit und des Friedens

1 Die Synode möge beschließen:
2

3 Als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes
4 stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein. Sie bildet den
5 Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen
6 in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.
7

8 Der Friede Gottes ist umfassend; unsere Umsetzungen sind partikular. Gottes Frieden umfasst
9 ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den
10 Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt.
11 Die grundlegende Differenz zwischen dem, was wir für den Frieden tun, und dem Frieden
12 Gottes führt uns in das Lob Gottes. Diese Differenz wehrt jeder Sakralisierung politischer Po-
13 sitionen, auch unserer eigenen. Sie begrenzt unsere menschlichen Auseinandersetzungen
14 heilsam. Sie fördert nüchterne Unterscheidungen und ermöglicht Selbstkritik und Gelassen-
15 heit.
16

17 Der Friede Gottes überwindet Grenzen, Mächte und Gewalten und steht den Opfern bei. Das
18 geschieht aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern durch Überwindung der Logik
19 der Gewalt: indem Gott Mensch wird und sich in Christus selbst verwundbar macht. Der neue
20 Himmel und die neue Erde, in der sich Gerechtigkeit und Friede küssen, liegen uns noch vo-
21 raus. Aber wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und
22 Mut eine Friedensordnung. Christus ist unser Friede (Eph 2,14). Christus richtet uns durch
23 seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und
24 mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi
25 gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden
26 zu übernehmen.
27

28 Vor 30 Jahren fand die friedliche Revolution in der DDR statt, mit brennenden Kerzen in den
29 Händen und Friedensgebeten in überfüllten Kirchen – gewaltfrei. Das empfinden wir nach wie
30 vor dankbar – in Ost wie in West – als ein großes Geschenk. Die Mauer fiel, die deutsche und
31 europäische Teilung konnte überwunden werden, Demokratie und Freiheit wurden dazuge-
32 wonnen. Jedoch sind nicht alle Mauern in Köpfen und Herzen überwunden worden, neue wer-
33 den errichtet.
34

35 Der Überwindung der alten Blockkonfrontation ist eine internationale Weltordnung gefolgt, die
36 bestimmt ist durch eine Multipolarität, in der neben den Großmächten eine Vielzahl weiterer
37 Akteure miteinander konkurrieren. Neue Konfliktlinien entstanden, Kriege wurden geführt und
38 geschürt. Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hinter-
39 grund in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“ dem Leit-
40 bild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile
41 Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Sie betont den engen Zusammenhang
42 von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht. Den Einsatz militärischer Mittel hält
43 sie ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwo-
44 gen werden darf, unter engen Kriterien für legitim. Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Nie-
45 derlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien
46 Konfliktlösung getan haben.
47

Seit der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 hat sich die Situation erneut geändert:

- Der Klimawandel entzieht Menschen die Lebensgrundlagen. Das führt zunehmend zu gewaltsamen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten und Migrationsdruck.
- Die globalen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten vergrößern sich.
- Aus innerstaatlichen Konflikten entstehen zunehmend Kriege, in die Großmächte und/oder Nachbarstaaten involviert sind.
- Der internationale Terrorismus verändert und verschärft die Konflikte.
- Die Ausgaben für Rüstung und Militär steigen deutlich.
- Die Bilanz militärischer Einsätze, die zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen führen sollen, ist enttäuschend.
- Hybride Kriege, Kriegsführung im Cyberraum, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und automatisierte sowie teilautonome Waffensysteme werfen grundlegende ethische Fragen auf.
- Die regelbasierte multilaterale Weltordnung ist in der Krise. Großmächte kündigen internationale Verträge zur Rüstungskontrolle und stellen internationale Abkommen in Frage.
- Der zunehmende Zerfall von Staatlichkeit in vielen Regionen der Welt verändert die sicherheitspolitische Herausforderung.
- Das gesellschaftliche Klima wird rauer, Reden und Handeln werden gewaltförmiger.

Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten. Vor allem aber bedürfen sie der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Die Gemeinschaft in der Ökumene hilft uns, zum Aufbau des Vertrauens beizutragen. Deshalb sind wir gemeinsam mit Kirchen aus aller Welt auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.

1. Der Weg der Gewaltfreiheit

Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.

- Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegsartige Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden

vor.“ Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein.

- Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung stärken wir die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und fordern den Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung.
- Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats – mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes – für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen.

2. Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden

Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) beschlossen. Der aktuelle Stand der Umsetzung gibt Anlass zur Besorgnis: Wenn wir als Weltgemeinschaft so weitermachen wie bisher, werden von den 169 Unterzielen nur drei erreicht werden. Auch vom Erreichen des Zieles Nr. 16 „Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ sind wir weit entfernt. Noch immer sind zwei Milliarden Menschen nicht ausreichend ernährt, verbrauchen wir besonders im Globalen Norden mehr Ressourcen als wir zur Verfügung haben, leben wir auf Kosten des fernen Nächsten und kommender Generationen.

Die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels wirken als Konfliktbeschleuniger, sie verstärken bestehende Problemlagen wie Hunger oder extreme Wetterereignisse und treffen insbesondere diejenigen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen. Wir werden dem Anspruch der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen („leave no one behind“), nicht gerecht. Weil wir die nachhaltigen Entwicklungsziele nicht konsequent umsetzen, sind wir auf dem Weg in eine noch unfriedlichere Welt. Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden.

Die Kirchen können an vieles anknüpfen, wofür sie sich seit Jahren im konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung engagieren. Wir sprechen uns für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus. Wirksamer Klimaschutz ist auch ein Beitrag zur Krisenprävention.

Für den Frieden in der Welt ist Klimagerechtigkeit eine unabdingbare Voraussetzung. Es ist deshalb ein Ausdruck des christlichen Friedenszeugnisses, sich als Kirche sowohl für das Erreichen der von den Vereinten Nationen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele einzusetzen als auch das eigene kirchliche Klimaschutzhandeln konsequent weiterzuentwickeln.

- Wir treten ein für eine Ethik, eine Ökonomie und einen Lebensstil des Genug und für eine Verzahnung von Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskursen in Kirche und Gesellschaft.
- Wir unterstützen die weltweiten Partnerkirchen und -projekte darin, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag gesetzten Klimaschutzziele endlich entschieden umzusetzen. Die bislang getroffenen Maßnahmen, verab-

schiedeten Gesetze wie auch die Absichtserklärungen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie reichen bei weitem nicht aus.

- Wir unterstützen die Absicht der Bundesregierung, globalen Klimaschutz als Beitrag zur Krisenprävention zum Schwerpunkt ihrer Zeit als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu machen. Sie sollte dazu neue Allianzen suchen und innovative Formate der multilateralen Kooperation nutzen.
- Weiterhin muss die Bundesregierung ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und dauerhaft ausreichende Mittel für die internationale Klimafinanzierung, insbesondere für die Kompensation von klimabedingten Schäden und Verlusten, zur Verfügung stellen.

3. Gesellschaftlicher Frieden

Wir nehmen eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich und soziale Benachteiligung wahr. Lohndumping und die Verlagerung von Arbeitsplätzen, sowie Altersarmut und steigende Mieten wecken zunehmend Ängste. Die Kirche hat hier die Aufgabe, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, um damit auch verkürzenden populistischen Argumentationen, Extremismus und Gewaltbereitschaft vorzubeugen. Dafür müssen Räume für konstruktive Lösungen geöffnet werden. Zunehmend belasten auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus das gesellschaftliche Klima. Dem muss entgegengetreten werden: Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der Würde des Menschen. Verbale und physische Verrohung und Gewalt dürfen keine Mittel der politischen, weltanschaulichen und religiösen Auseinandersetzung sein.

Wir ermutigen Kirchengemeinden und andere kirchliche Einrichtungen als Orte der Reflexion und des Dialogs zur Verfügung zu stehen, Menschen zur friedfertigen Durchsetzung ihrer Interessen zu befähigen und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, gerade auch im ländlichen Raum zu schaffen. Bündnisse zur Lösung relevanter sozialer Probleme und zur Überbrückung gesellschaftlicher Spaltung sind zu fördern und eine Haltung zu entwickeln, die es ermöglicht, gegen verbale und physische Gewalt einzutreten. Christliche Gemeinden, Verbände und Initiativen können Impulsgeber und Freiräume sein für soziale Gemeinschaft bildende Aktivitäten. Alle Aktivitäten, die es in diesem Sinne bereits gibt, verdienen mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Sie sind die Bündnispartner zur Gestaltung des Gemeinwesens.

- Wir verpflichten uns, Initiativen im Bereich der Friedenspädagogik, zivilen Konfliktbearbeitung und der politischen Bildung zu unterstützen und dabei gerade dem politischen Engagement, den Kompetenzen und Anliegen junger Menschen Raum zu geben.
- Wir fordern einen Ausbau der Friedens- und Demokratiebildung in Schulen und Bildungseinrichtungen.
- Wir empfehlen, die pädagogische Arbeit zur Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit Hate-Speech und Mobbing in der analogen und digitalen Kommunikation zu intensivieren.

4. Die europäische Verantwortung für den Frieden

Die Europäische Union (EU) hat sich als Wertegemeinschaft der Achtung der Menschenwürde und der Wahrung der Menschenrechte, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet (Lissabon-Vertrag, 2007). Sie hat maßgeblich zu Frieden und Versöhnung

zwischen ehemals verfeindeten Staaten in Europa beigetragen und einen historisch einmaligen Stabilitätsraum geschaffen. Wir unterstützen alle Kräfte, die der EU als Projekt des Friedens und der Versöhnung verpflichtet sind. Wir sagen „Ja zu einem Europa in weltweiter Solidarität, das Gleichgültigkeit und Eigeninteressen überwindet, Frieden und Gerechtigkeit übt und sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzt.“ (Kundgebung der EKD-Synode 2016). Die Stärke der EU sehen wir darin, mit zivilen, diplomatischen Mitteln Krisen vorzubeugen, zur Beilegung von Gewaltkonflikten beizutragen und kriegszerstörte Gesellschaften im Wiederaufbau zu unterstützen. Dauerhafter Frieden ist nur zu erreichen, wenn auch die Sicherheit anderer in den Blick genommen wird. Vertrauensbildende Maßnahmen und eine internationale gültige Rechtsordnung spielen dabei eine entscheidende Rolle.

- Gemeinsam mit den anderen Kirchen in Europa wollen wir eine klar vernehmbare Stimme für den Frieden sein. Wir setzen uns in den europäischen kirchlichen Vereinigungen wie Gemeinschaft Europäischer Kirchen in Europa (GEKE) und Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) für diese Ziele ein, wie sie z. B. in der „Charta Oecumenica“ (2001) beschrieben sind.
- Wir fordern, dass die EU vor allem die Institutionen unterstützt, die der Friedensförderung dienen. In Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat sollte sie die Instrumente für Mediation, Gewaltprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Nachsorge sowie für den Friedensaufbau systematisch ausbauen und finanziell deutlich besser ausstatten.
- Wir fordern, dass die EU-Nachbarschaftspolitik durch faire Handelsbeziehungen, eine gerechte Agrarpolitik sowie glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik friedensverträglich und im Sinne globaler Solidarität ausgestaltet wird.
- Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. EU-Missionen zur Seenotrettung sind dringend erforderlich. Es müssen sichere und legale Wege für Schutzsuchende in die EU sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung und möglichst hohen Verfahrens- und Aufnahme Standards geschaffen werden. Das in Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta verankerte Recht auf Asyl muss garantiert werden. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, im europäischen Zusammenhang für den Globalen UN-Migrationspakt als Rahmen für eine gemeinsame Regelung migrationspolitischer Fragen zu werben.
- Wir fordern, dass die Regeln der EU zur Rüstungsexportkontrolle - im Einklang mit dem „Gemeinsamen Standpunkt der EU“ von 2008 - restriktiver umgesetzt werden und deren Einhaltung effektiver überwacht wird. Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert, ihre nationale Gesetzgebung und Kontrollinstanzen entsprechend auszurichten. Wir bitten die Bundesregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz in Deutschland vorzulegen und im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft glaubwürdig dafür zu werben. Sowohl Exporte in Krisenregionen als auch militärische Kooperationen mit Drittstaaten außerhalb der Nato, die Menschenrechte und Demokratie missachten, untergraben die internationale Friedensordnung.

5. Herausforderungen durch Autonomisierung, Cyberraum und Atomwaffen

Autonomisierung und Teilautonomisierung von Waffen

Eine neue friedensethische Herausforderung stellen *automatisierte, teilautonome und unbemannte Waffensysteme* dar, die zur Gefahrenabwehr und damit zum Schutz nicht nur von Soldatinnen und Soldaten, sondern auch von Zivilisten und Zivilistinnen eingesetzt werden.

Gleichzeitig gibt es vielfältige Risiken: ein Absinken der Hemmschwelle zum militärischen Einsatz, eine Entgrenzung des Krieges oder auch die völlig ungelösten Fragen der Kontrolle und Verantwortung für die Folgen einer militärischen Aktion. Mit steigendem Autonomisierungsgrad werden diese Risiken größer und betreffen im Falle autonomer und teil-autonomer Systeme auch elementare Fragen der Menschenwürde.

- Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein und appellieren an die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen einzusetzen.
- Wir unterstützen die internationale Kampagne „Stop Killer Robots“ zur Ächtung sogenannter Killerroboter.

Cyberraum

Cyberangriffe unterscheiden sich fundamental von herkömmlichen Formen der Kriegführung. Sie finden scheinbar „vollkommen blutlos“ im virtuellen Raum statt, können aber dramatische Wirkungen zeitigen, insbesondere, wenn sie vitale Infrastrukturen wie Strom- oder Wasserversorgung treffen. Viele Staaten, auch Deutschland, reagieren darauf mit der Einrichtung von militärischen Cyberkommandos. Ihre Bindung an rechtsstaatliche Verfahren, ihre Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Verbindung mit nichtmilitärischen Einrichtungen der Aufklärung und Gefahrenabwehr ist zu sichern und zu stärken. Entscheidend ist unter anderem die Resilienz, das heißt die Schaffung sicherer und widerstandsfähiger Infrastrukturen und Vorkehrungen für deren Wiederherstellung. Diese einzurichten und weiterzuentwickeln, ist zuvörderst eine Aufgabe für Politik und Wirtschaft.

- Wir sprechen uns dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem zivile Strukturen und defensive Maßnahmen zu stärken.
- Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung bzw. Regelung von Konflikten im Cyberraum auf der Grundlage ethischer Kriterien ein völkerrechtlich verbindliches Cyberrecht zu entwickeln und einzuführen. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der UN dafür einsetzen.

Atomwaffen

Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine existentielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 betont, dass die „Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung“ betrachtet werden kann. Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Die Aufkündigung des INF-Vertrages erhöht noch einmal das Risiko einer nuklearen Aufrüstung. Je länger Atomwaffen produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist die Gefahr, dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall kommt. Es hat sich gezeigt, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventionellen Waffen nicht schützt. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung ausgehandelt wurde.

Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Dies setzt Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE voraus, :

- über eine Weiterentwicklung des Atomwaffenverbotsvertrages - besonders der Überprüfungsmechanismen,
- über ein weltweites Moratorium zur Modernisierung der Atomwaffen,
- über eine Initiative zu negativen Sicherheitsgarantien, d.h. Verpflichtungen der Nuklearwaffenstaaten, keine Nuklearwaffen gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten einzusetzen oder mit ihnen zu drohen, über neue Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Vertrauen ist die Grundlage jeder Friedenspolitik und der Schlüssel zu nuklearer Abrüstung.

Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sind wir mit den Kirchen weltweit verbunden und folgen dem Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), an dem Ökumenischen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens teilzunehmen. Als Teil der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein verpflichten wir uns, in unseren eigenen Strukturen und Veränderungsprozessen, in unserem täglichen Handeln sowie in den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen um Gottes Frieden zu bitten, ihn beständig zu suchen und für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Wir sind unterwegs in dem Vertrauen, dass Gott unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet (Lk 1,79).

KUNDGEBUNG

der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland
auf ihrer 6. Tagung

Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Lass ab vom Bösen und tue Gutes;
suche Frieden und jage ihm nach! (Ps 34,15)

Als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein. Sie bildet den Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.

Der Friede Gottes ist umfassend; unsere Umsetzungen sind partikular. Gottes Frieden umfasst ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt. Die grundlegende Differenz zwischen dem, was wir für den Frieden tun, und dem Frieden Gottes führt uns von der Klage in das Lob Gottes. Diese Differenz wehrt jeder Sakralisierung politischer Positionen, auch unserer eigenen. Sie begrenzt unsere menschlichen Auseinandersetzungen heilsam. Sie fördert nüchterne Unterscheidungen und ermöglicht Selbstkritik und Gelassenheit.

Der Friede Gottes überwindet Grenzen, Mächte und Gewalten. Gott steht den Opfern bei. Das geschieht aber nicht durch eine Steigerung der Gewalt, sondern durch Überwindung der Logik der Gewalt: indem Gott Mensch wird und sich in Christus selbst verwundbar macht. Der neue Himmel und die neue Erde, in der sich Gerechtigkeit und Friede küssen, liegen uns noch voraus. Aber wir gestalten schon im Hier und Jetzt mit Hoffnung und Ausdauer, mit Klarheit und Mut eine Friedensordnung. Christus ist unser Friede (Eph 2,14). Christus richtet uns durch seine Gerechtigkeit auf und nimmt uns mit auf seinen Weg. Wir sind gerufen, uns aufrecht und mündig mit unseren Kompetenzen und Ressourcen, auch mit unseren Schwächen, an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen.

Vor 30 Jahren fand die friedliche Revolution in der DDR statt, mit brennenden Kerzen in den Händen und Friedensgebeten in überfüllten Kirchen – gewaltfrei. Das empfinden wir nach wie vor dankbar – in Ost wie in West – als ein großes Geschenk. Die Mauer fiel, die deutsche und europäische Teilung konnte überwunden werden, Demokratie und Freiheit wurden dazugewonnen. Jedoch sind nicht alle Mauern in Köpfen und Herzen überwunden worden, neue werden errichtet.

Der Überwindung der alten Blockkonfrontation ist eine internationale Weltordnung gefolgt, die bestimmt ist durch eine Multipolarität, in der neben den Großmächten eine Vielzahl weiterer Akteure miteinander konkurrieren. Neue Konfliktlinien entstanden, Kriege wurden geführt und geschürt. Im Jahr 2007 hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland vor diesem Hintergrund in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“ dem Leitbild des Gerechten Friedens verpflichtet und sich für einen klaren Vorrang für gewaltfreie, zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Sie betont den engen Zusammenhang

von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht. Den Einsatz militärischer Mittel hält sie ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, die als äußerstes Mittel (ultima ratio) erwogen werden darf, unter engen Kriterien für legitim. Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Niederlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben.

Seit der Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007 hat sich die Situation erneut geändert:

- Der Klimawandel entzieht Menschen die Lebensgrundlagen. Das führt zunehmend zu gewaltsamen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten und Migrationsdruck.
- Die globalen sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten vergrößern sich.
- Aus innerstaatlichen Konflikten entstehen zunehmend Kriege, in die Großmächte und/oder Nachbarstaaten involviert sind.
- Der internationale Terrorismus verändert und verschärft die Konflikte.
- Die Ausgaben für Rüstung und Militär steigen deutlich.
- Die Bilanz militärischer Einsätze, die zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen führen sollen, ist enttäuschend.
- Hybride Kriege, Kriegsführung im Cyberraum, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und automatisierte sowie teilautonome Waffensysteme werfen grundlegende ethische Fragen auf.
- Die regelbasierte multilaterale Weltordnung ist in der Krise. Großmächte kündigen internationale Verträge zur Rüstungskontrolle und stellen internationale Abkommen in Frage.
- Der zunehmende Zerfall von Staatlichkeit in vielen Regionen der Welt verändert die sicherheitspolitische Herausforderung.
- Das gesellschaftliche Klima wird rauer, Reden und Handeln werden gewaltförmiger.

Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten. Vor allem aber bedürfen sie der Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Die Gemeinschaft in der Ökumene hilft uns, zum Aufbau des Vertrauens beizutragen. Deshalb sind wir gemeinsam mit Kirchen aus aller Welt auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.

1. Der Weg der Gewaltfreiheit

Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.

- Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle. Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegsrische Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“ Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein.
- Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung stärken wir die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und fordern den Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung und die verlässliche Bereitstellung der dafür notwendigen finanziellen Ausstattung.
- Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats – mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes – für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen.

2. Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden

Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) beschlossen. Der aktuelle Stand der Umsetzung gibt Anlass zur Besorgnis: Wenn wir als Weltgemeinschaft so weitermachen wie bisher, werden von den 169 Unterzielen nur drei erreicht werden. Auch vom Erreichen des Zieles Nr. 16 „Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ sind wir weit entfernt. Noch immer sind zwei Milliarden Menschen nicht ausreichend ernährt, verbrauchen wir besonders im Globalen Norden mehr Ressourcen als wir zur Verfügung haben, leben wir auf Kosten des fernen Nächsten und kommender Generationen.

Die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels wirken als Konfliktbeschleuniger, sie verstärken bestehende Problemlagen wie Hunger oder extreme Wetterereignisse und treffen insbesondere diejenigen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen. Wir werden dem Anspruch der Agenda 2030, niemanden zurückzulassen („leave no one behind“), nicht gerecht. Weil wir die nachhaltigen Entwicklungsziele nicht konsequent umsetzen, sind wir auf dem Weg in eine noch unfriedlichere Welt. Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden.

Die Kirchen können an vieles anknüpfen, wofür sie sich seit Jahren im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung engagieren. Wir sprechen uns für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus. Wirksamer Klimaschutz ist auch ein Beitrag zur Krisenprävention.

Für den Frieden in der Welt ist Klimagerechtigkeit eine unabdingbare Voraussetzung. Es ist deshalb ein Ausdruck des christlichen Friedenszeugnisses, sich als Kirche sowohl für das Erreichen der von den Vereinten Nationen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele einzusetzen als auch das eigene kirchliche Klimaschutzhandeln konsequent weiterzuentwickeln.

- Wir treten ein für eine Ethik, eine Ökonomie und einen Lebensstil des Genug und für eine Verzahnung von Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskursen in Kirche und Gesellschaft.

- Wir unterstützen die weltweiten Partnerkirchen und -projekte darin, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag gesetzten Klimaschutzziele endlich entschieden umzusetzen. Die bislang getroffenen Maßnahmen, verabschiedeten Gesetze wie auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie reichen bei weitem nicht aus.
- Wir unterstützen die Absicht der Bundesregierung, globalen Klimaschutz als Beitrag zur Krisenprävention zum Schwerpunkt ihrer Zeit als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu machen. Sie sollte dazu neue Allianzen suchen und innovative Formate der multilateralen Kooperation nutzen.
- Weiterhin muss die Bundesregierung ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und dauerhaft ausreichende Mittel für die internationale Klimafinanzierung, insbesondere für die Prävention vor und die Kompensation von klimabedingten Schäden und Verlusten, zur Verfügung stellen.

3. Gesellschaftlicher Frieden

Wir nehmen eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich und soziale Benachteiligung wahr. Lohndumping und die Verlagerung von Arbeitsplätzen, sowie Altersarmut und steigende Mieten wecken zunehmend Ängste. Die Kirche hat hier die Aufgabe, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, um damit auch verkürzenden populistischen Argumentationen, Extremismus und Gewaltbereitschaft vorzubeugen. Dafür müssen Räume für konstruktive Lösungen geöffnet werden. Zunehmend belasten auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus das gesellschaftliche Klima. Dem muss entgegengetreten werden: Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und der Würde des Menschen. Verbale und physische Verrohung und Gewalt dürfen keine Mittel der politischen, weltanschaulichen und religiösen Auseinandersetzung sein. Religionen dürfen kein Anlass für Hass, Unfrieden und Krieg sein, vielmehr sind die Friedenspotentiale der Religionen auszuschöpfen, damit sie als Werkzeuge des Friedens dienen können.

Wir ermutigen Kirchengemeinden und andere kirchliche Einrichtungen, als Orte der Reflexion und des Dialogs zur Verfügung zu stehen, Menschen zur friedfertigen Durchsetzung ihrer Interessen zu befähigen und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, gerade auch im ländlichen Raum, zu schaffen. Bündnisse zur Lösung relevanter sozialer Probleme und zur Überbrückung gesellschaftlicher Spaltung sind zu fördern und eine Haltung zu entwickeln, die es ermöglicht, gegen verbale und physische Gewalt einzutreten. Christliche Gemeinden, Verbände und Initiativen können Impulsgeber und Freiräume sein für soziale Gemeinschaft bildende Aktivitäten. Alle Aktivitäten, die es in diesem Sinne bereits gibt, verdienen mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Sie sind die Bündnispartner zur Gestaltung des Gemeinwesens.

- Wir verpflichten uns, Initiativen im Bereich der Friedenspädagogik, zivilen Konfliktbearbeitung und der politischen Bildung zu unterstützen und dabei gerade dem politischen Engagement, den Kompetenzen und Anliegen junger Menschen Raum zu geben.
- Wir fordern einen Ausbau der Friedens- und Demokratiebildung in Schulen und Bildungseinrichtungen.
- Wir empfehlen, die pädagogische Arbeit zur Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit Hate-Speech und Mobbing in der analogen und digitalen Kommunikation zu intensivieren.

4. Die europäische Verantwortung für den Frieden

Die Europäische Union (EU) hat sich als Wertegemeinschaft der Achtung der Menschenwürde und der Wahrung der Menschenrechte, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet (Lissabon-Vertrag, 2007). Sie hat maßgeblich zu Frieden und Versöhnung zwischen ehemals verfeindeten Staaten in Europa beigetragen und einen historisch einmaligen Stabilitätsraum geschaffen. Wir unterstützen alle Kräfte, die der EU als Projekt des Friedens und der Versöhnung verpflichtet sind. Wir sagen „Ja zu einem Europa in weltweiter Solidarität, das Gleichgültigkeit und Eigeninteressen überwindet, Frieden und Gerechtigkeit übt und sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzt.“ (Kundgebung der EKD-Synode 2016). Die Stärke der EU sehen wir darin, mit zivilen, diplomatischen Mitteln Krisen vorzubeugen, zur Beilegung von Gewaltkonflikten beizutragen und kriegszerstörte Gesellschaften im Wiederaufbau zu unterstützen. Dauerhafter Frieden ist nur zu erreichen, wenn auch die Sicherheit anderer in den Blick genommen wird. Vertrauensbildende Maßnahmen und eine internationale gültige Rechtsordnung spielen dabei eine entscheidende Rolle.

- Gemeinsam mit den anderen Kirchen in Europa wollen wir eine klar vernehmbare Stimme für den Frieden sein. Wir setzen uns in den europäischen kirchlichen Vereinigungen wie Gemeinschaft Europäischer Kirchen in Europa (GEKE) und Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) für diese Ziele ein, wie sie z. B. in der „Charta Oecumenica“ (2001) beschrieben sind.
- Wir fordern, dass die EU vor allem die Institutionen unterstützt, die der Friedensförderung dienen. In Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat sollte sie die Instrumente für Mediation, Gewaltprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Nachsorge sowie für den Friedensaufbau systematisch ausbauen und finanziell deutlich besser ausstatten.
- Wir fordern, dass die gesamte EU-Politik und insbesondere die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) durch faire Handelsbeziehungen, eine gerechte Agrarpolitik sowie glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik friedensverträglich und im Sinne globaler Solidarität ausgestaltet werden.
- Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. EU-Missionen zur Seenotrettung sind dringend erforderlich. Es müssen sichere und legale Wege für Schutzsuchende in die EU sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung und möglichst hohen Verfahrens- und Aufnahme Standards geschaffen werden. Das in Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta verankerte Recht auf Asyl muss garantiert werden. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, im europäischen Zusammenhang für den Globalen UN-Migrationspakt als Rahmen für eine gemeinsame Regelung migrationspolitischer Fragen zu werben.
- Wir fordern, dass die Regeln der EU zur Rüstungsexportkontrolle - im Einklang mit dem „Gemeinsamen Standpunkt der EU“ von 2008 - restriktiver umgesetzt werden und deren Einhaltung effektiver überwacht wird. Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert, ihre nationale Gesetzgebung und Kontrollinstanzen entsprechend auszurichten. Wir bitten die Bundesregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz in Deutschland vorzulegen und im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft glaubwürdig dafür zu werben. Sowohl Exporte in Krisenregionen als auch militärische Kooperationen mit Drittstaaten außerhalb der Nato, die Menschenrechte und Demokratie missachten, untergraben die internationale Friedensordnung.

5. Herausforderungen durch Autonomisierung, Cyberraum und Atomwaffen

Autonomisierung und Teilautonomisierung von Waffen

Eine neue friedensethische Herausforderung stellen *automatisierte, teilautonome und unbemannte Waffensysteme* dar, die auch zur Gefahrenabwehr und damit zum Schutz nicht nur von Soldatinnen und Soldaten, sondern auch von Zivilisten und Zivilistinnen eingesetzt werden. Gleichzeitig gibt es vielfältige Risiken: ein Absinken der Hemmschwelle zum militärischen Einsatz, eine Entgrenzung des Krieges oder auch die völlig ungelösten Fragen der Kontrolle und Verantwortung für die Folgen einer militärischen Aktion. Mit steigendem Autonomisierungsgrad werden diese Risiken größer und betreffen im Falle autonomer und teil-autonomer Systeme auch elementare Fragen der Menschenwürde.

- Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein und appellieren an die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen einzusetzen.
- Wir unterstützen die internationale Kampagne „Stop Killer Robots“ zur Ächtung sogenannter Killerroboter.

Cyberraum

Cyberangriffe unterscheiden sich fundamental von herkömmlichen Formen der Kriegführung. Sie finden scheinbar „vollkommen blutlos“ im virtuellen Raum statt, können aber dramatische Wirkungen zeitigen, insbesondere wenn sie vitale Infrastrukturen wie Strom- oder Wasserversorgung treffen. Viele Staaten, auch Deutschland, reagieren darauf mit der Einrichtung von militärischen Cyberkommandos. Ihre Bindung an rechtsstaatliche Verfahren, ihre Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Verbindung mit nichtmilitärischen Einrichtungen der Aufklärung und Gefahrenabwehr ist zu sichern und zu stärken. Entscheidend ist unter anderem die Resilienz, das heißt die Schaffung sicherer und widerstandsfähiger Infrastrukturen und Vorkehrungen für deren Wiederherstellung. Diese einzurichten und weiterzuentwickeln, ist zuvorderst eine Aufgabe für Politik und Wirtschaft.

- Wir sprechen uns dafür aus, bei der Cyber-Abwehr vor allem zivile Strukturen und defensive Maßnahmen zu stärken.
- Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung bzw. Regelung von Konflikten im Cyberraum auf der Grundlage ethischer Kriterien ein völkerrechtlich verbindliches Cyberrecht zu entwickeln und einzuführen. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der UN dafür einsetzen.

Atomwaffen

Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen und eine existentielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums. Schon die Friedensdenkschrift von 2007 betont, dass die „Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung“ betrachtet werden kann. Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. Der Bruch des Budapester Memorandums zu Lasten der Ukraine ist ein massiver Rückschlag im Bemühen um weitere atomare Abrüstung. Die Aufkündigung des INF-Vertrages erhöht noch einmal das Risiko einer nuklearen Aufrüstung. Je länger Atomwaffen produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist die Gefahr,

dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall kommt. Es hat sich gezeigt, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventionellen Waffen nicht schützt. Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung ausgehandelt wurde.

Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Dies setzt Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE voraus:

- über eine Weiterentwicklung des Atomwaffenverbotsvertrages - besonders der Überprüfungsmechanismen,
- über ein weltweites Moratorium der Modernisierung der Atomwaffen,
- über eine Initiative zu negativen Sicherheitsgarantien, d.h. Verpflichtungen der Nuklearwaffenstaaten, keine Nuklearwaffen gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten einzusetzen oder mit ihnen zu drohen,
- über neue Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Vertrauen ist die Grundlage jeder Friedenspolitik und der Schlüssel zu nuklearer Abrüstung.

Ökumenischer Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens

Dankbar erinnern wir uns an die Ökumenische Versammlung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ 1989 in Dresden. Als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sind wir mit den Kirchen weltweit verbunden. Auf dem Weg zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 2021 in Karlsruhe folgen wir seinem Aufruf, an dem Ökumenischen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens einschließlich des Ökumenischen Pilgerweges für Klimagerechtigkeit teilzunehmen. Als Teil der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein verpflichten wir uns, in unseren eigenen Strukturen und Veränderungsprozessen, in unserem täglichen Handeln sowie in den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen um Gottes Frieden zu bitten, ihn beständig zu suchen und für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Wir sind unterwegs in dem Vertrauen, dass Gott unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet (Lk 1,79).

Dresden, den 13. November 2019

Die Präses der Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Irmgard Schwaetzer

EKD-Synode 2019 in Dresden

Übersicht zu den Meldungen von epd und dpa

epd-Meldung vom 7. November 2019:

Dem Frieden nachjagen - Die EKD berät über ihre Rolle als Friedensstifterin

Von Franziska Hein (epd)

Frieden ist in diesem Jahr das Schwerpunktthema der EKD-Synode. Doch auf der Agenda stehen auch wichtige Hausaufgaben aus dem vergangenen Jahr wie die Aufarbeitung des Missbrauchs und die Digitalisierung.

Dresden (epd). Besser hätte man es nicht planen können: Die Friedens-Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) findet 30 Jahre nach der friedlichen Revolution rund um den 9. November in Dresden statt. Die Jahrestagung steht noch dazu unter dem Leitwort der biblischen Jahreslosung aus Psalm 34: „Suche Frieden und jage ihm nach“. Es ist ein günstiger Zufall: „Es hat sich so gefügt“, sagt Renke Brahms, EKD-Friedensbeauftragter. Frieden ist das Thema der diesjährigen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die vom 10. bis 13. November in Dresden tagt.

Frieden ist seit jeher ein Thema des christlichen Glaubens, und die Kirche hat es sich zur Aufgabe gemacht, für Frieden einzutreten, wo immer sie kann. Aber Friede bleibt auch Utopie - das wissen Christen und hoffen auf das Reich Gottes. „Doch wir können uns nicht auf der Ewigkeit ausruhen, wir müssen uns im Hier und Jetzt für den Frieden einsetzen“, sagt Brahms.

Spätestens seit der Denkschrift zum Frieden im Jahr 2007 vertritt die EKD einen positiven Friedensbegriff. „Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg“, sagt Brahms. Ein positiver Friedensbegriff beinhaltet, dass auf jegliche Gewalt verzichtet wird - physisch wie psychisch. Auch in einer modernen westlichen Gesellschaft würde dann erst Frieden herrschen, wenn für Rassismus, Antisemitismus und Hate Speech kein Platz mehr ist. Wie sich die Kirche in der Friedensbildung und Demokratieförderung engagieren kann, wird ein Thema der Synode sein.

Am Ende der Synode soll ein Kundgebungstext verabschiedet werden, der sich für den Vorrang ziviler und gewaltfreier Mittel der Konfliktlösung einsetzt und gleichzeitig auch den inneren Frieden der Gesellschaft in den Blick nimmt. Bis dahin dürfte viel debattiert werden - etwa über das jeher innerevangelisch umstrittene Thema der atomaren Bewaffnung.

Doch die Synode muss sich auch mit Hausaufgaben aus dem vergangenen Jahr beschäftigen. Auf der Synode 2018 in Würzburg waren die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in der Kirche und Digitalisierung zentrale Themen. Der Beauftragtenrat wird berichten, welche Fortschritte mit dem im vergangenen Jahr beschlossenen Elf-Punkte-Plan erzielt wurden.

Doch auch die Frage der Beteiligung Betroffener ist einer der zentralen Punkte für die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt, der noch nicht geklärt ist. Eine Übereinkunft mit dem Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, steht noch aus. Das soll bis zum Ende des Jahres geschehen, hieß es Anfang September. Die Zusammenarbeit mit dem Missbrauchsbeauftragten ist für die geplante Dunkelfeldstudie von Bedeutung, die EKD hofft, dass sich der Unabhängige

Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs in Berlin an einer breiten Untersuchung beteiligen könnte, die verdeckten Missbrauch in Kirchen, Schulen und Sport untersucht.

Für Diskussion unter den Synodalen dürfte auch die geplante Neuregelung der Entschädigungsleistungen für Opfer sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche sorgen. Nach einem Vorschlag, der auf der Herbst-Vollversammlung der Bischöfe Ende September diskutiert wurde, stehen Summen bis zu 400.000 Euro je nach Fall im Raum. Insgesamt könnten Entschädigungsleistungen in Höhe von einer Milliarde Euro auf die Bistümer zukommen. Davor hat man auch in der EKD mit Blick auf die Kirchenfinanzen Respekt.

Auch beim Thema Digitalisierung muss die Synode hinschauen. Im vergangenen Jahr hatte sie rund eine Million Euro für einen Innovationsfonds zur Verfügung gestellt. Bislang wurde jedoch nur ein Bruchteil der Mittel abgerufen: 4.000 Euro (Stand Ende Oktober). Ein Vergabegremium, das über die Anträge entscheidet, hat erst kurz vor der Synode seine Arbeit aufgenommen. Die Stabstelle Digitalisierung im EKD-Kirchenamt ist jedoch mittlerweile komplett.

Ob die Synode Beratungsbedarf zum Thema Seenotrettung anmeldet, wird sich erst während der Tagung zeigen. Das geplante Rettungsschiff, das die EKD zusammen mit einem Verein anschaffen möchte, war das beherrschende Kirchen-Thema des Sommers. Zwar muss die Synode kein Geld dafür bewilligen, doch eine inhaltliche Aussprache zu dem Thema ist wahrscheinlich.

epd-Meldung vom 8. November 2019:

EKD-Militärbischof Rink begrüßt Synodendebatte über Frieden

Oberursel (epd). Der evangelische Militärbischof Sigurd Rink hat sich lobend über die geplante Diskussion pazifistischer Positionspapiere auf der diesjährigen EKD-Synode geäußert. „Es braucht das Wächteramt der Kirche, die sagt: Die zunehmende Militarisierung entspricht nicht Gottes Willen“, sagte der Bischof der Zeitschrift „Publik-Forum“ (Ausgabe 8. November). Eine Synodendebatte halte er daher für „äußerst wertvoll“.

„Wir haben in den Kirchen noch nicht genug bedacht, was es heißt, dass künftige Waffen mithilfe von künstlicher Intelligenz autonom und automatisiert eingesetzt werden können“, sagte Rink. Dazu brauche es Übereinkünfte und eine zeitgemäße Ethik des Militärwesens. „Daran mitzuarbeiten ist auch Aufgabe der Kirchen“, sagte er.

Die Synode der EKD kommt vom 10. bis 13. November zu ihrer Jahrestagung in Dresden zusammen. Unter dem Leitwort „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ soll über friedensethische Fragen gesprochen und eine Positionierung der Synode angesichts neuer Formen der Kriegsführung und der Aufkündigung internationaler Abkommen beschlossen werden. Auf der Tagesordnung stehen außerdem die Beteiligung junger Menschen, Haushaltsberatungen und sexualisierte Gewalt in der Kirche.

epd-Meldung vom 10. November 2019:

Frieden suchen in schwieriger Zeit

Von Franziska Hein (epd)

Die evangelische Kirche sucht in Dresden Antworten auf drängende Fragen der Gegenwart: Wie kann Frieden in der Welt werden? Wie lässt sich Hass in der Gesellschaft stoppen? Wie sollte die Kirche auf sinkende Mitgliedszahlen reagieren?

Dresden (epd). Es sind keine einfachen Zeiten, in denen die Vertreter der evangelischen Kirche in Dresden zusammenkommen. Der Krieg in Syrien, der Anschlag auf die Synagoge in Halle, der Rücktritt des sächsischen Landesbischofs Carsten Rentzing wegen nationalistischer Äußerungen in dessen Studentenzeit: Wo auch immer die Kirche im Äußeren und Inneren hinblickt, sieht sie Konflikte.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, führt am Sonntag in die diesjährige Jahrestagung der Protestanten in Deutschland zum Schwerpunktthema Friedensethik ein: In einer Zeit, in der zahlreiche kriegsähnliche Konflikte weltweit die Hoffnung auf friedlichere Zeiten in die Ferne haben rücken lassen, trifft sich die Synode der EKD in einer Stadt, die selbst für Zerstörung und Wiederaufbau steht. Und sie kommt einen Tag nach dem 9. November zusammen - einem Tag des Gedenkens, nicht nur an die friedliche Revolution und den Mauerfall, sondern auch an die Ermordung von Millionen Juden.

Vom Tagungszentrum ist es nicht weit bis zur evangelischen Frauenkirche, die nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg mit Hilfe privater Spenden wiederaufgebaut wurde. Gerade die ostdeutschen Landeskirchen hätten ihm in den vergangenen Monaten Hoffnung „für eine aus dem Vertrauen lebende, ausstrahlungsstarke Kirche der Zukunft“ gegeben, sagt Bedford-Strohm vor der Synode in seinem Bericht. Sie sind schon jetzt stärker als andere Landeskirchen im Westen vom Strukturwandel betroffen, der die Kirche als Ganzes betrifft, und doch lassen sich laut Bedford-Strohm viele Beispiele dafür finden, wie sich Gemeinden nicht aus der Wahrnehmung der Öffentlichkeit verdrängen lassen.

Der Ratsvorsitzende lobt etwa das kirchliche Netzwerk nach dem Anschlag in Halle. Der Landesbischof der mitteldeutschen Kirche, Friedrich Kramer, hatte seine Bischofskollegen alarmiert und Menschenketten initiiert, die sich am Freitag nach dem Anschlag vor Synagogen in ganz Deutschland bildeten.

Kirche muss sichtbar sein, das ist die Überzeugung des Ratsvorsitzenden - und sie müsse sich positionieren, ob es um Klimawandel, Flucht und Migration, Seenotrettung oder das gesellschaftliche Miteinander geht. Nur dann sei Kirche auch attraktiv und möglicherweise wieder anschlussfähig für Menschen, die sich abgewandt haben. Für das geplante Rettungsschiff, das die EKD mit einem Verein der Seenotrettungsorganisation Sea-Watch zur Verfügung stellen will, habe die evangelische Kirche so viele Spenden- und Unterstützungsangebote erhalten wie noch bei keinem anderen Projekt, erzählt Bedford-Strohm. Er verschweigt aber auch die Kritik nicht, die es von jenen gibt, denen das konkrete Handeln der Kirche anstelle der Staaten der Europäischen Union zu weit geht.

Doch vergeblich habe man bislang immer wieder legale und sichere Zugangswege für Schutzsuchende gefordert. Deswegen sei das Seenotrettungsschiff ein Zeichen zur richtigen Zeit, dafür, dass die Kirche da ist und sich in Liebe für den Nächsten für Leben und Rechte der Schwächsten einsetzt.

Eine Kirche, die lebendig ist und sich engagiert, wünscht sich auch der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Trotz andauernder Koalitionsverhandlungen mit SPD und Grünen in Sachsen ist er am Sonntagmorgen im Eröffnungsgottesdienst der Synode in der Dresdener Kreuzkirche erschienen und spricht später ein Grußwort zu den Synodalen. Der Staat lebe von Voraussetzungen, die er alleine nicht schaffen könne, sagt Kretschmer. Er lebe eben nicht nur von Recht und Gesetz, sondern auch von Werten und Normen, für die gerade die Kirchen eintreten und die sie vorleben sollen.

Friedensbanner, gemalt von Kindern und Jugendlichen aus Chemnitz, hatten zuvor im Gottesdienst die Kirche geschmückt. Auf einem steht in großen Lettern „Hass kann man nur durch Liebe überwinden“. Christen fühlen sich angesichts von Feindschaft und Gewalt nicht machtlos, das wird an diesem Tag, an diesem Ort deutlich. Aber auch, dass die Hoffnung auf Frieden unvollendet bleibt: „Verleih' uns Frieden gnädiglich!“ Auch dieser Ruf ist an diesem Tag zu hören.

epd-Meldung vom 10. November 2019:

Evangelische Kirche berät über Positionen zu Krieg und Frieden - Bedford-Strohm kritisiert Syrien-Politik der USA

Angesichts weltweiter Krisen und Konflikte ist die evangelische Kirche auf der Suche nach friedlichen Lösungen. Seit Sonntag berät sie in Dresden - auch über den Frieden im Inneren.

Dresden (epd). Frieden und Flüchtlingsschutz, Klimapolitik und Kampf gegen rechts: Mit Aufrufen zu mehr Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit hat am Sonntag in Dresden die Synodentagung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) begonnen. Schwerpunktthema der diesjährigen Beratungen ist die Friedensethik. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm kritisierte die Syrien-Politik der USA. Der AfD warf er vor, rechtsradikales Gedankengut in der Partei zu dulden. Von der Bundesregierung verlangte er Nachbesserungen beim Klimapaket. Die Pläne zur CO₂-Bepreisung reichten nicht aus.

Zur Lage in Syrien sagte Bedford-Strohm: „Gegenwärtig erleben wir, dass ein Mitglied des Nato-Bündnisses, dem unser eigenes Land angehört, in ein Nachbarland einmarschiert und damit grundlegende Normen des Völkerrechts verletzt.“ Dass die Kurden im Norden Syriens, die maßgeblich zur wirksamen Bekämpfung der IS-Terrormilizen beigetragen hätten, von ihrem Partner USA fallengelassen würden, sei „eine Niederlage einer an Recht und an der Ethik orientierten internationalen Politik“. Nordsyrien werde Russland, der Türkei und dem syrischen Machthaber Baschar al-Assad überlassen.

Die Präses der Synode, Irmgard Schwaetzer, betonte, dass es der Kirche auch um den Frieden innerhalb der eigenen Gesellschaft gehe. Ohne die AfD namentlich zu nennen, übte der bayerische Landesbischof Bedford-Strohm scharfe Kritik an der rechtskonservativen Partei. „Wenn im Bundestag und in den Landtagen vertretene Parteien rechtsradikale Ideen in ihren Reihen dulden, dann disqualifizieren sie sich im demokratischen Diskurs“, sagte der oberste Repräsentant der deutschen Protestanten.

Schwaetzer und Bedford-Strohm forderten „Klarheit der eigenen Position“ auch in der evangelischen Kirche selbst. In der sächsischen Landeskirche, dem Gastgeber der Synode, war kürzlich Landesbischof Carsten Rentzing zurückgetreten. Im Nachhinein bekanntgewordene Texte wertete die Landeskirche unter anderem als elitär und nationalistisch.

Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) ermutigte die evangelische Kirche in einem Grußwort, sich noch stärker für die Gesellschaft zu engagieren. Der Staat lebe von Voraussetzungen, die er nicht allein schaffen könne: nicht allein von Gesetzen und Rechten, sondern auch von Normen und Werten, sagte der CDU-Politiker.

Konkretisiert wurden in Dresden die Pläne für das Seenotrettungsschiff der EKD. Bedford-Strohm kündigte an, dass am 3. Dezember ein Aufruf des Bündnisses „United 4 Rescue“ („gemeinsam retten“) gestartet werden soll. Unter dem Hashtag #WirschickeneinSchiff sei eine Online-Spendenkampagne geplant, sagte er. Bis dahin soll ein Verein gegründet werden, der das Schiff kauft. Bedford-Strohm zufolge soll möglichst im Januar genug Geld für den Erwerb eines Schiffes zusammen sein. Wegen der Spendenfinanzierung könne man das aber nicht genau sagen.

Im September hatte die EKD bekanntgegeben, dass sie mit einem Verein die Seenotrettungsorganisation „Sea-Watch“ beauftragen will, ein Schiff ins Mittelmeer zu schicken. Der Beschluss geht auf eine Initiative des evangelischen Kirchentags im Juni zurück.

Das EKD-Kirchenparlament mit Delegierten aus allen 20 Landeskirchen berät bis Mittwoch in Dresden. Am Samstag waren die Beratungen der lutherischen Landeskirchen und der Union Evangelischer Kirchen (UEK) zu Ende gegangen. Die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) beschloss eine stärkere Mitwirkung junger Menschen in ihren Gremien. Künftig sollen mindestens acht von 50 Synodalen zu Beginn der Amtszeit unter 27 Jahren alt sein. Auch die Synode der EKD muss über eine Verfassungsänderung ihrer Grundordnung für mehr Beteiligung junger Menschen abstimmen. Die Vollkonferenz der UEK beschloss eine Trauende für gleichgeschlechtliche Ehepaare.

epd-Meldung vom 11. November 2019:

Landesbischof Cornelius-Bundschuh fordert mehr Friedenswirken der EU

Dresden (epd). Bei den Beratungen über die friedensethische Position der evangelischen Kirche hat der badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh die EU zu mehr Engagement für gewaltfreie Konfliktlösungen aufgefordert. „Als Kirchen setzen wir uns für einen Vorrang des Zivilen als Grundlage europäischer Politik ein“, sagte Cornelius-Bundschuh am Montag vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Dresden. Das „Wettrennen um militärische Potenziale“ sei kritisch zu hinterfragen, sagte er.

Der badische Bischof sagte, wer sich nach außen für militärische Macht einsetze, müsse bedenken, dass das auch Wirkung nach innen habe. „Wer Zivilität, Gewaltfreiheit im Inneren will, wird darüber noch einmal nachdenken müssen“, sagte er. Europa müsse mehr Verantwortung für Frieden übernehmen, sagte Cornelius-Bundschuh und forderte unter anderem eine bessere Ausstattung von Friedensmissionen.

Das Thema Frieden ist der Schwerpunkt der EKD-Synode in diesem Jahr. Der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahm, sagte am Montag zu Beginn der Beratungen, es gehe um eine Positionsbestimmung. Eine intensive Friedensdiskussion und Friedenspraxis seien aktuell nötig.

Im Entwurf für eine Kundgebung, die der Synode zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt wird, wird unter anderem gefordert, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für zivile Konfliktlösung und

Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden - und damit genauso viel wie im sogenannten Nato-Ziel für die militärische Ausstattung angestrebt wird. Gefordert wird darin auch eine völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffen. Zudem wird unter dem Thema Frieden auch die Spaltung innerhalb der Gesellschaft in Deutschland und Europa diskutiert.

epd-Meldung vom 11. November 2019:

Klimaforscherin: Ohne Klimaschutz kein Frieden

Dresden (epd). Die Klimaforscherin Kira Vinke hat die evangelische Kirche zu einem entschiedenen Eintreten für Klimaschutz aufgefordert. Die Reichen auf der Welt produzierten mehr als die Hälfte der CO₂-Emissionen, die Armen lebten CO₂-neutral, sagte die Wissenschaftlerin vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung am Montag vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Dresden. Die Armen seien aber diejenigen, die wegen der Folgen der Klimaveränderungen ihre Heimat verlassen müssten.

„Ohne Klimaschutz kein Frieden und ohne Klimaschutz keine Gerechtigkeit“, sagte Vinke, die auch dem Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung angehört. Daher müsse die evangelische Kirche dafür eintreten, sagte sie vor den Haupt- und Ehrenamtlichen der Kirche.

Die EKD-Synode beriet am Montag in Dresden über das Schwerpunktthema Frieden. Dabei geht es um Konfliktprävention, die ethische Bewertung moderner Kriegsführung, den Klimawandel als Ursache für neue Konflikte und Spannungen im Inneren der deutschen Gesellschaft.

epd-Meldung vom 11. November 2019:

Evangelische Kirche fordert von EU mehr Einsatz für Frieden

Das Thema Frieden steht in diesem Jahr im Mittelpunkt der Synode der evangelischen Kirche. Ihre Wunschliste ist lang: Mehr Geld für Friedensmissionen, ein Verbot autonomer Waffensysteme und mehr Klimaschutz als Konfliktprävention.

Dresden (epd). Mit der Forderung nach mehr zivilen Konfliktlösungen hat die Synode der evangelischen Kirche am Montag in Dresden ihre Beratungen fortgesetzt. Der badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh forderte die EU zu mehr Engagement für gewaltfreie Konfliktlösungen auf. „Als Kirchen setzen wir uns für einen Vorrang des Zivilen als Grundlage europäischer Politik ein“, sagte er vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Klimaforscherin Kira Vinke forderte mehr Aufmerksamkeit für das Konfliktpotenzial des Klimawandels.

Cornelius-Bundschuh sagte, das „Wettrennen um militärische Potenziale“ in der EU sei kritisch zu hinterfragen. Wer sich nach außen für militärische Macht einsetze, müsse bedenken, dass das auch Wirkung nach innen habe. „Wer Zivilität, Gewaltfreiheit im Inneren will, wird darüber noch einmal nachdenken müssen“, sagte der Bischof. Er forderte unter anderem eine bessere Ausstattung von Friedensmissionen.

Im Entwurf einer Kundgebung, die der Synode zur Beratung und Abstimmung vorgelegt wurde, wird die EU aufgefordert, Organisationen wie die Vereinten Nationen und die OSZE stärker bei zivilen

Konfliktlösungsversuchen zu unterstützen. Zudem wird eine restriktivere Rüstungsexportkontrolle gefordert.

Auch der Klimaschutz wird im Papier thematisiert. Gefordert wird unter anderem ein schnellerer Kohleausstieg. An die Kirchen selbst ist der Appell formuliert, eigenes Handeln stärker am Klimaschutz auszurichten.

Die Klimaforscherin Vinke wies auf das Konfliktpotenzial des Klimawandels hin. Immer mehr Menschen müssten ihre Heimat wegen der Veränderungen verlassen, vor allem aus armen Regionen, sagte die Wissenschaftlerin vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. „Ohne Klimaschutz kein Frieden und ohne Klimaschutz keine Gerechtigkeit“, sagte Vinke, die auch dem Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung angehört.

Das Thema Frieden ist der Schwerpunkt der EKD-Synode in diesem Jahr. Der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahms, sagte am Montag zu Beginn der Beratungen, es gehe um eine Positionsbestimmung der Kirche. Im Entwurf der Kundgebung wird gefordert, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für zivile Konfliktlösung und Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden - und damit genauso viel wie im sogenannten Nato-Ziel für die militärische Ausstattung angestrebt wird. Gefordert wird darin auch eine völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffen.

„Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt vorrangig auf die Gewaltfreiheit als prima ratio“, unterstreicht der Kundgebungsentwurf die friedensethische Haltung der evangelischen Kirche. Der Bundeswehr-Oberstleutnant Mathias Meierhuber sagte vor der Synode, dass manchmal aber auch Gewalt als ultima ratio dem Bösen „als Rad in die Speichen fallen“ müsse. „Als Christ trete ich für eine Welt ohne Gewalt ein“, sagte er vor der Synode und ergänzte: „Und doch bin ich mit einer unfriedlichen Wirklichkeit konfrontiert.“

Die Synode berät noch bis Mittwoch in Dresden. Am Dienstag steht der Umgang der Kirche mit sexuellem Missbrauch auf der Tagesordnung. Am Montag sollte zudem noch über den Haushalt der EKD beraten werden.

epd-Meldung vom 11. November 2019:

Evangelische Kirche fordert Vorrang des Zivilen in Konflikten

Die Synode der evangelischen Kirche diskutiert derzeit in Dresden über Frieden. Sie fordert einen Vorrang des Zivilen. Das ist an sich nichts Neues. „Es ist aber notwendig, in diesen Tagen das zu sagen“, sagt der Friedensbeauftragte.

Dresden (epd). Angesichts einer wachsenden Zahl bewaffneter Konflikte in der Welt hat die evangelische Kirche ihre Forderung nach nicht-militärischen Lösungen bekräftigt. Die Kirche halte am Weg der Gewaltfreiheit, dem Vorrang des Zivilen fest, sagte der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, am Montag in Dresden. „Es ist notwendig, in diesen Tagen das zu sagen“, ergänzte er. In Dresden berät derzeit die Synode der EKD. Eines ihrer Schwerpunktthemen ist die Friedensethik.

Die EKD hatte sich 2007 in einer Denkschrift zum Thema positioniert. Betont wird darin der Vorrang ziviler Konfliktlösungen. Gewalt wird als äußerstes Mittel zur Vermeidung schlimmerer Verbrechen aber nicht komplett abgelehnt. Brahms sagte, diese Position gelte noch. Zwölf Jahre später müsse es

aber eine Weiterentwicklung geben. Die Vize-Präses der Synode, Elke König, sagte: „Sonst sind wir keine Kirche, wenn wir das Friedensthema nicht in den Mittelpunkt stellen.“

Eine notwendige Weiterentwicklung der Friedensethik sieht Brahms nach eigenen Worten durch das Thema Nachhaltigkeit. Bei der Synode wies die Klimaforscherin Kira Vinke auf das Konfliktpotenzial des Klimawandels hin. Immer mehr Menschen müssten ihre Heimat wegen der Veränderungen verlassen, vor allem aus armen Regionen, sagte die Wissenschaftlerin vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. „Ohne Klimaschutz kein Frieden und ohne Klimaschutz keine Gerechtigkeit“, sagte Vinke, die auch dem Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung angehört.

Ob durch die bei der Synode angestoßene Diskussion eine neue Denkschrift entstehe, sei dann zu klären, sagte Brahms. Zunächst gehe es darum, dass sich die Kirche neu mit Herausforderungen beschäftige. Dazu zählt nach seinen Worten unter anderem die ethische Bewertung autonomer Waffensysteme.

Der badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh forderte die EU bei der Synode zu mehr Engagement für gewaltfreie Konfliktlösungen auf. „Als Kirchen setzen wir uns für einen Vorrang des Zivilen als Grundlage europäischer Politik ein“, sagte er. Das „Wettrennen um militärische Potenziale“ in der EU sei kritisch zu hinterfragen. Wer sich nach außen für militärische Macht einsetze, müsse bedenken, dass das auch Wirkung nach innen habe, sagte er mit Blick auf Spannungen in der Gesellschaft.

Im Entwurf einer Kundgebung, die der Synode zur Beratung und Abstimmung vorgelegt wurde, wird die EU aufgefordert, Organisationen wie die Vereinten Nationen und die OSZE stärker bei zivilen Konfliktlösungsversuchen zu unterstützen. Zudem wird eine restriktivere Rüstungsexportkontrolle gefordert. Im Bereich Klimaschutz fordert das Papier unter anderem einen schnelleren Kohleausstieg. An die Kirchen selbst ist der Appell formuliert, eigenes Handeln stärker am Klimaschutz auszurichten.

Der Bundeswehr-Oberstleutnant Mathias Meierhuber sagte vor der Synode, dass trotz Vorrang des Zivilen auch Gewalt als Ultima Ratio dem Bösen „als Rad in die Speichen fallen“ müsse. „Als Christ trete ich für eine Welt ohne Gewalt ein“, sagte er vor der Synode und ergänzte: „Und doch bin ich mit einer unfriedlichen Wirklichkeit konfrontiert.“

Die Synode berät noch bis Mittwoch in Dresden. Am Dienstag steht der Umgang der Kirche mit sexuellem Missbrauch auf der Tagesordnung. Am Montag sollte noch über den Haushalt der EKD beraten werden.

epd-Meldung vom 13. November 2019:

Evangelische Kirche dringt auf Klimaschutz zur Friedenssicherung

Dresden (epd). Klimaschutz ist nach Auffassung der evangelischen Kirche notwendig zur Friedenssicherung und Konfliktprävention. „Für Frieden in der Welt ist Klimagerechtigkeit eine unabdingbare Voraussetzung“, heißt es in einem am Mittwoch auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Dresden verabschiedeten Kundgebungstext. Darin fordert das höchste Gremium der evangelischen Kirche die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag gesetzten Klimaschutzziele entschieden umzusetzen. Die diesjährige Jahrestagung der Protestanten hatte sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Friedensethik befasst. Sie endete am Mittwoch.

Der Klimawandel entziehe Menschen die Lebensgrundlagen, heißt es in dem Text. Das führe zunehmend zu gewaltsamen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten sowie Migrationsdruck. „Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte“, erklärte das Kirchenparlament. Die Fokussierung auf die Klimagerechtigkeit sei notwendig, sagte die Präses der Synode, Irmgard Schwaetzer, am Mittwoch vor Journalisten.

Die Kundgebung hält am Grundsatz der evangelischen Friedensethik fest, zivilen und gewaltfreien Mitteln der Konfliktlösung den Vorrang vor militärischen Lösungen zu geben. „Der Begriff des 'gerechten Friedens' trägt weiterhin“, sagte Schwaetzer. Der Text spreche sich sehr klar für Gewaltfreiheit aus.

Das Dokument enthält zudem die Forderung an die Bundesregierung, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts für entwicklungspolitische Maßnahmen auszugeben. Die Forderung orientiert sich an dem Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes für Verteidigung auszugeben. US-Präsident Donald Trump hatte die Deutschen in der Vergangenheit immer wieder dazu gedrängt, das auch umzusetzen.

An die EU appellierte die EKD-Synode, eine neue Mission zur Seenotrettung zu starten. Die EKD selbst plant zusammen mit einem Verein, im kommenden Jahr ein Schiff zur Seenotrettung ins Mittelmeer zu schicken. Die Seenotrettungsorganisation Sea-Watch soll das Schiff im Auftrag des Vereins betreiben. Am 3. Dezember startet eine Spendenaktion für das Schiff.

dpa-Meldung vom 10. November 2019:

Evangelische Kirche berät über Gerechtigkeit und Frieden

Dresden (dpa) - Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) setzt am Montag (09.00 Uhr) ihre Synodentagung in Dresden mit Beratungen zum Schwerpunktthema Gerechtigkeit und Frieden fort. Neben dem gesellschaftlichen Frieden in Deutschland treiben die Kirche Bedrohungen des globalen Friedens um: durch Kriege, Rüstungsexporte, Flüchtlingsströme sowie den Klimawandel.

Bereits in seiner Eröffnungsrede hatte der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm zur Frage von Militärinterventionen betont, dass die Kirche sich nicht auf eine Moral zurückziehen könne, die nur dann funktioniere, wenn man sie nicht auf konkrete Situationen anwenden müsse. Die Kirche müsse auch ethische Maßstäbe zum Umgang mit den durch das Versagen von Prävention faktisch entstandenen Gewaltsituationen entwickeln.

Auch aus christlicher Perspektive lasse sich die Anwendung militärischer Gewalt nicht kategorisch ausschließen, etwa wenn es darum gehe, einen Völkermord wie in Ruanda 1994 zu verhindern, sagte Bedford-Strohm. Die Kirche müsse aber zugleich Gründe des Versagens von Prävention benennen, zu denen auch der von Deutschland betriebene weltweite Waffenhandel gehöre.

Im weiteren Verlauf des Jahrestreffen des Kirchenparlaments geht es zudem um das Aufarbeiten von sexuellem Missbrauch, den es auch in der evangelischen Kirche in Hunderten Fällen gegeben hat. Die EKD ist der oberste Dachverband der gut 21 Millionen evangelischen Kirchenmitglieder in Deutschland.

dpa-Meldung vom 11. November 2019:

Friedensbeauftragter: Kirche hält an Weg der Gewaltfreiheit fest

Dresden/Bonn (epd). Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, sieht keinen Grund für eine grundlegende neue Position seiner Kirche in der Friedensethik. Auch angesichts mancher militärischer Entwicklung halte die Kirche am Weg der Gewaltfreiheit fest, sagte Brahms am Montag in Dresden. „Es ist notwendig, in diesen Tagen das zu sagen“, sagte Brahms mit Blick auf die zunehmende Zahl gewaltsamer Konflikte in der Welt.

Die EKD-Synode berät in Dresden derzeit über Friedensethik. 2007 hat die EKD ihre Position in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“ dargelegt. Betont wird darin der Vorrang ziviler Konfliktlösungen. Gewalt wird als äußerstes Mittel zur Vermeidung schlimmerer Verbrechen aber nicht komplett abgelehnt.

Brahms sagte, die Position zum Vorrang des Zivilen gelte noch immer. Dennoch sei es zwölf Jahre später Zeit, über neue Herausforderungen, beispielsweise durch autonome Waffensysteme, zu diskutieren. Ob daraus eine neue Denkschrift entstehe, sei dann zu klären, sagte der Friedensbeauftragte.

Eine Erweiterung sieht Brahms auch durch das Thema Nachhaltigkeit. Die EKD-Synode besprach am Montag in Dresden den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Konflikten. Zudem verlangte Brahms eine weitergehende Forderung beim Thema Atomwaffen. Die Drohung mit Nuklearwaffen sei bereits 2007 von der Kirche als unethisch beurteilt worden. Jetzt sprach sich Brahms für die Forderung nach einer Ächtung und einem Verbot von Atomwaffen aus.

dpa-Meldung vom 11. November 2019:

Evangelische Kirche fordert Abkehr von militärischer Gewalt

Schon lange mahnt die evangelische Kirche zum Frieden und hadert mit Militäreinsätzen. Auf ihrer Tagung in Dresden fordert die EKD nun mehr friedliche Konfliktbewältigung. Zugleich aber verschließt sie vor der Wirklichkeit nicht die Augen.

Dresden (dpa) - Angesichts immer neuer Kriege und Formen von Gewalt fordert die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mehr Einsatz für eine friedliche Beilegung internationaler Konflikte. Auf ihrer Jahrestagung mit dem Schwerpunktthema Gerechtigkeit und Frieden beriet die EKD-Synode am Montag in Dresden über eine entsprechende Resolution. Es müsse darum gehen, „militärische Gewalt und kriegsgerische Mittel Schritt für Schritt zu überwinden, den eindeutigen Schwerpunkt auf die Prävention zu legen und dafür die notwendigen Mittel bereitzustellen und die Forschung gerade im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen“, sagte der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm.

Umstritten bleibt dabei in der Kirche, ob ein kompletter Pazifismus gefordert werden soll, oder ob aus humanitären Gründen auch Militäreinsätze ethisch zulässig sind. Mancher hätte sich bei der Vorbereitung der Resolution eine eindeutige Positionierung gewünscht, im Sinne einer ausschließlichen Option für die Gewaltfreiheit, räumte Brahm vor dem Kirchenparlament ein. Die Spannung zwischen unterschiedlichen Positionen müsse die Kirche aber aushalten.

Der EKD-Friedensbeauftragte verwies auf das letzte Grundsatzpapier der EKD zum „gerechten Frieden“, in dem 2007 Militäreinsätze als äußerstes Mittel gebilligt wurden. Auslandseinsätze der Bundeswehr kritisierte die EKD anschließend dennoch - Ende 2009 sorgte die damalige EKD-Chefin Margot Käßmann mit ihrer Äußerung „nichts ist gut in Afghanistan“ für Wirbel.

Auf der Tagung in Dresden hatte der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm bereits in seiner Eröffnungsrede am Sonntag zur Frage von Militärinterventionen betont, dass die Kirche sich nicht auf eine Moral zurückziehen könne, die nur dann funktioniere, wenn man sie nicht auf konkrete Situationen anwenden müsse. Die Kirche müsse auch ethische Maßstäbe zum Umgang mit den durch das Versagen von Prävention faktisch entstandenen Gewaltsituationen entwickeln.

Auch aus christlicher Perspektive lasse sich die Anwendung militärischer Gewalt nicht kategorisch ausschließen, etwa wenn es darum gehe, einen Völkermord wie in Ruanda 1994 zu verhindern, sagte Bedford-Strohm. Die Kirche müsse aber zugleich Gründe des Versagens von Prävention benennen, zu denen auch der von Deutschland betriebene weltweite Waffenhandel gehöre.

Ihre aktuelle Resolution zum Thema Frieden möchte die EKD am Mittwoch zum Abschluss ihrer viertägigen Beratungen in Dresden verabschieden. Die EKD ist der oberste Dachverband der gut 21 Millionen evangelischen Kirchenmitglieder in Deutschland.

dpa-Meldung vom 13. November 2019:

EKD fordert von Regierung mehr Geld für zivile Friedenssicherung

Dresden (dpa) - Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat von der Regierung mehr Mittel im Bundeshaushalt für die zivile Friedenssicherung verlangt. Mindestens zwei Prozent des

Bruttoinlandprodukts sollten für entwicklungspolitische Maßnahmen, Krisenprävention, Konfliktbewältigung und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen reserviert werden, hieß es in einer Resolution zum Abschluss der EKD-Jahrestagung am Mittwoch in Dresden. Prävention sei die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. „Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegsrische Mittel zu überwinden“, hieß es in dem Appell.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten forderte die EKD auf, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. EU-Missionen zur Seenotrettung von Flüchtlingen im Mittelmeer seien dringend erforderlich. Es müssten sichere und legale Wege für Flüchtlinge sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung geschaffen werden. Frieden und Gerechtigkeit waren der Schwerpunkt des viertägigen Jahrestreffens des EKD-Kirchenparlaments. Die EKD ist der oberste Dachverband der gut 21 Millionen evangelischen Kirchenmitglieder, die den 20 Landeskirchen in Deutschland angehören.

Renke Brahms: EKD betont den Primat der Gewaltfreiheit

Der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, hat die Kundgebung „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“, die heute von der EKD-Synode in Dresden verabschiedet wurde, begrüßt. „In dieser Kundgebung betont die EKD eindeutig den Primat der Gewaltfreiheit und des Zivilen und zeigt auch, wie dies konkret aussehen kann“, machte der EKD-Friedensbeauftragte in Dresden deutlich. Und er fügt hinzu: „Dies ist ein wichtiger Schritt für die Friedensarbeit in der EKD.“

Ebenso erfreut zeigte sich Renke Brahms, dass die EKD-Synode sich deutlich zum Zusammenhang von Frieden und Klimagerechtigkeit bekenne. „Die EKD spricht sich hier für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus, die ökologischen Grenzen unserer Erde einzuhalten. Dabei werden auch die in Paris beschlossenen Klimaziele unterstützt“, macht er klar. Damit zeige die EKD, dass sie sich dieser Problematik bewusst sei und dabei auch das eigene Klimaschutzhandeln in den Blick nehme. Es sei auch wichtig, dass sich die EKD den neuen Herausforderungen stelle, vor denen die Friedensethik stehe. „Hierzu gehört die klare Ächtung autonomer Waffen. Hier gibt es nun eine sehr deutliche Position der evangelischen Kirche“, unterstreicht Renke Brahms.

Der EKD-Friedensbeauftragte verwies aber auch auf die breite Beteiligung und den langen Prozess, der dieser Kundgebung vorausgegangen seien. „Hier wurden Kirchen, Wissenschaft, Friedensverbände und die Synode mit einbezogen, hier wurde lange um Formulieren und Positionen gerungen und es wurde gemeinsam ein Weg begangen, der sich gelohnt hat“, macht Renke Brahms deutlich. Und er betont: „Für diese große Beteiligung und die vielen Anregungen bin ich dankbar.“

Gleichzeitig äußerte der EKD-Friedensbeauftragte aber auch Verständnis für Kritik an dieser Kundgebung. „Ich kann verstehen, dass manche hier deutlichere Worte erhofft haben“, meint Renke Brahms. Das gelte gerade auch für eine Positionierung zu Atomwaffen. Aber er betont auch: „Die EKD hat sich klar für die Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen ausgesprochen, ebenso wird der Atomwaffenverbotsvertrag unterstützt.“ Dabei sei klar, dass dies ein langer Weg sei, der mit Geduld gegangen werden müsse.

Dresden, 13. November 2019/dj

Dieter Junker
Öffentlichkeitsarbeit
Tel: 0171 4161087
E-Mail: junker@evangelische-friedensarbeit.de

Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD
Endenicher Str. 41, 53115 Bonn
www.evangelische-friedensarbeit.de

Geschäftsstelle
Tel: 02 28 – 2 49 99-0, Fax: 02 28 – 2 49 99-20
E-Mail: info@evangelische-friedensarbeit.de



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF enttäuscht über Friedens- Kundgebung der EKD-Synode

Bonn, 13. November 2019/dj

Enttäuscht hat die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) auf die Ergebnisse der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die dort beschlossene Kundgebung „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ reagiert. „Wir haben uns in entscheidenden Punkten eine deutlichere Sprache und klarere Aussagen gewünscht“, betonte Christine Busch, die Vorsitzende der AGDF.

Zwar begrüße die AGDF ausdrücklich, dass in der Kundgebung der Primat der Gewaltfreiheit betont werde. Ebenso sei es wichtig, dass die Klimagerechtigkeit als eine unabdingbare Voraussetzung für den Frieden in der Welt genannt werde wie auch die europäische Verantwortung für den Frieden. Aber gerade in Bezug auf ein Verbot und die Ächtung von Atomwaffen habe die EKD-Synode enttäuscht, meint Christine Busch.

Die AGDF hatte die Synode im Vorfeld aufgefordert, einen Beschluss zur Ächtung von Atomwaffen zu fassen und die Bundesregierung aufzufordern, umgehend den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. „Nun ist nur noch von einer Weiterentwicklung des bereits von vielen Staaten unterzeichneten und ratifizierten Atomwaffenverbotsvertrages und einem weltweiten Moratorium zur Modernisierung der Atomwaffen die Rede. Hier ist die EKD-Synode offensichtlich politisch eingeknickt“, kritisiert AGDF-Geschäftsführer Jan Gildemeister. „Da waren frühere Aussagen der EKD und auch ihrer Repräsentanten viel deutlicher“, so Christine Busch. Auch habe sich die Synode vor einer klaren Forderung nach einem Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland gedrückt, fügt die AGDF-Vorsitzende Busch hinzu.

„Eine EKD, die sich als Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens versteht, müsste sich der Vision eines Lebens ohne Gewalt in der Nachfolge Jesu Christi verpflichtet sehen und alle Anstrengungen für die Prävention von Gewalt und für gewaltloses Handeln unternehmen. Zwei Jahre lang wurde in einem umfangreichen Prozess, für den wir dankbar sind, daran gearbeitet, die Positionen der Friedensdenkschrift von 2007 weiterzuentwickeln. Die jetzige Kundgebung zeigt dies leider nur unzureichend“, bedauerte die AGDF-Vorsitzende Christine Busch.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13, H 0172/70855 37



14.11.2019

Evangelische Kirche fordert deutschen Beitritt zum Atomwaffenverbot

Pressemitteilung von IPPNW und ICAN

EKD-Synode in Dresden

Die Abrüstungsorganisationen IPPNW und ICAN Deutschland begrüßen, dass die EKD-Synode gestern in Dresden die Bundesregierung in ihrer Abschlusserklärung aufgefordert hat, konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Bedauerlich ist allerdings, dass die Synode sich nicht dazu durchringen konnte, auch den Abzug der in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen zu fordern. Die EKD-Synode ist das höchste Gremium der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

„Die Kirchen sind ein wichtiger Bündnispartner für unsere Forderung nach einem Atomwaffenverbot. Daher ist die Abschlusserklärung der EKD ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Beitritt der Bundesregierung zum Atomwaffenverbotsvertrag“, erklärt IPPNW-Vorstandsmitglied Inga Blum. „Der Abzug der US-Atomwaffen ist jedoch die Voraussetzung für eine Unterschrift der Bundesregierung. Daher wäre die Forderung nach einem Abzug der Atomwaffen konsequent gewesen“, so Blum weiter.

„ICAN begrüßt die tiefgehende Auseinandersetzung der evangelischen Kirche mit dem Thema Atomwaffen und nuklearer Abschreckung, die sich auch schon im dreijährigen, interdisziplinären Konsultationsprozess zum gerechten Frieden gezeigt hat. Gerade deshalb wäre eine klare Forderung zum Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wünschenswert gewesen. Der Beschluss der EKD-Synode ist dennoch ein starker Impuls an die Bundesregierung,“ sagt Anne Balzer von ICAN Deutschland.

Am 7. Juli 2019, dem zweiten Geburtstag der Verabschiedung des UN-Vertrages für ein Verbot von Atomwaffen, haben die IPPNW, ICAN und kirchliche Gruppen in Büchel gemeinsam für den Abzug der Atomwaffen protestiert. Die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann hielt dort vor rund 1.000 Menschen eine Predigt. Der kirchliche Aktionstag im nächsten Jahr wird am 6. Juni 2020 in Büchel stattfinden. Annette Kurschus, Stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, wird im nächsten Jahr predigen.

Die Abschlusserklärung der EKD-Synode finden Sie unter www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Kundgebung-Kirche-auf-dem-Weg-der-Gerechtigkeit-und-des-Friedens.pdf

Kontakt:

Angelika Wilmen, Pressesprecherin der IPPNW, Tel. 030-69 80 74-15, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)

Anne Balzer, ICAN, Tel. 030 / 54908340, Email: presse@icanw.de

Die IPPNW ist eine berufsbezogene, friedenspolitische Organisation, die 1981 von einer Gruppe von Ärzten aus den USA und Russland gegründet wurde. Ihre Überzeugung: Als Arzt hat man eine besondere Verpflichtung zu sozialer Verantwortung. Daraus entstand eine weltweite Bewegung, die 1984 den UNESCO-Friedenspreis und 1985 den Friedensnobelpreis erhielt. Heute setzen sich Mediziner und Medizinerinnen der IPPNW in über 60 Ländern auf allen fünf Kontinenten für eine friedliche, atomtechnologiefreie und menschenwürdige Welt ein.

IPPNW - Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung
Deutsche Sektion
Körtestr. 10 | 10967 Berlin
Tel.: 030 / 698 07 40
Fax: 030 / 693 81 66
E-Mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Blog-Beitrag

EKD-Synode: Kirche für Gerechtigkeit und Frieden

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland tagte vom 10. bis 13.11. in Dresden. In der Kundgebung „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ fordert sie größere Anstrengungen für Klimagerechtigkeit, Prävention von Gewaltkonflikten und zivile Friedensförderung.

Von Dr. Martina Fischer am 14.11.2019 - 01:20



Dr. Martina Fischer

Referentin für Frieden und Konfliktbearbeitung

Kontakt

mehr zur Person



Martina Fischer

„Wir merken, dass sich unsere Welt rapide verändert. Die internationale Ordnung gerät ins Wanken, die friedenssichernden Systeme der Vereinten Nationen sind an ihre Grenzen geraten, die Kluft und Ungleichheit zwischen arm und reich wächst weltweit an, neue Waffensysteme machen die Welt unsicherer. Europa ist umgeben von Krisen und Kriegen. Sicherheit erreichen wir nicht durch militärische Gewalt. Es gibt Alternativen – und dafür müssen gerade wir Kirchen eintreten.“

Mit diesen Worten begründete Renke Brahm, Friedensbeauftragter beim Rat der EKD, die inhaltliche Schwerpunktsetzung des diesjährigen Synodentreffens. Die Friedenssynode solle „ein weiterer Schritt dahin sein, das Schlüsselthema Frieden zu diskutieren und mit starker Stimme in die Gesellschaft zu wirken“. Es bestehe ein dringender Bedarf für eine friedenspolitische Positionierung seitens der EKD. Brahm stellte am 11. November einen

Entwurf für die spätere Kundgebung vor, der sich auf die Expertise aus kirchlichen und kirchennahen Forschungsinstituten, Hilfswerken und Friedensnetzwerken stützte, denn die EKD hatte diese in einen zweijährigen Konsultationsprozess eingebunden. Er wies darauf hin, dass sich der Text eng an der Denkschrift der EKD "Aus Gottes Frieden leben - Für gerechten Frieden sorgen" (2007) orientiere. „Das Leitbild des gerechten Friedens, die enge Verbindung von Frieden und Gerechtigkeit und von Frieden und Recht, der Vorrang der zivilen und gewaltfreien Instrumente der Konflikttransformation und der Einsatz militärischer Mittel als äußerstes Mittel (ultima ratio) unter engen Kriterien prägen diese Denkschrift.“ Sie habe 2007 wichtige Grundlagen geliefert, diese müssten jedoch immer wieder neu auf aktuelle politische Herausforderungen bezogen werden. Seither habe sich „die Welt und damit die friedensethische Herausforderung schon wieder verändert“. Eine Kundgebung müsse zu Selbstvergewisserung und Selbstverpflichtung beitragen und sich zugleich in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs einbringen, wenn die Kirche mit diesem Thema glaubwürdig sein wolle. „Was für den Frieden als Prozess und Weg insgesamt gilt, gilt auch für einen solchen Text: wir sind auf dem Weg. Wir ringen um die richtigen Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen. (...) Als Kirche sollten wir gerade in den aktuellen Kontexten einen Raum für eine konstruktive Auseinandersetzung bieten und damit auch die Demokratie stärken.“

Kundgebung: „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“

Zwei Tage lang wurde recht kontrovers debattiert. Auf weite Teile der Kundgebung konnte man sich einigen und hat diese dann vor allem redaktionell geschliffen. Eindeutig verhält sich die Kundgebung zur „Klimagerechtigkeit“, wobei sich die EKD für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ausspricht, die ökologischen Grenzen des Planeten wahrzunehmen und diesen zu schützen. "Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde aller Menschen achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte", so heißt es in der Präambel. Einige Teile des Entwurfs jedoch erwiesen sich als strittig und wurden neu formuliert. Das betraf vor allem die Frage, ob die deutsche Regierung den Atomwaffenverbotsvertrag, der inzwischen von 122 UN-Mitgliedsstaaten getragen wird, ebenfalls unterzeichnen und den Abzug der noch auf deutschem Boden befindlichen Atomwaffen betreiben sollte. Einige kirchliche Gruppen und Organisationen - darunter das ökumenische Netzwerk „Church and Peace“ und die „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ - hatten sich dafür stark gemacht und die Synode aufgerufen, sich zu dieser Frage eindeutig zu verhalten. Die Synodenkundgebung, die nun von der EKD veröffentlicht wurde, hat den Erwartungen aus der kirchlichen Friedensbewegung allerdings nicht entsprochen. Sie enthält zu dem brisanten Thema nur eine unverbindliche Richtungsangabe.

Ächtung von Atomwaffen und Killer-Robotern

In der Kundgebung wird ausgeführt, Atomwaffen seien Massenvernichtungswaffen und damit „eine existentielle Bedrohung des gesamten menschlichen Lebensraums.“ Politisches Ziel bleibe eine Welt ohne Atomwaffen. (...) Je länger Atomwaffen produziert, modernisiert, weiterentwickelt und einsatzbereit gehalten werden, desto größer ist die Gefahr, dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen oder zu einem katastrophalen Unfall kommt. Es hat sich gezeigt, dass der Atomwaffenbesitz vor Angriffen mit konventionellen Waffen nicht schützt. Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16.000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung ausgehandelt wurde.“ Der Text der Kundgebung beschränkt sich auf die Empfehlung an die Bundesregierung, „konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen“. Dies setze „Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE voraus“, über eine Weiterentwicklung des Atomwaffenverbotsvertrags und seine Überprüfungsmechanismen, über ein Aussetzen der Modernisierung, und über neue Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Der letzte Abschnitt der Kundgebung bezieht sich auf neue Waffentechnologien. Hier wünscht sich die EKD eine völkerrechtliche Ächtung von "autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind" und sie appelliert an die Bundesregierung, sich für ein verbindliches Verbot von autonomen Waffensystemen einzusetzen. Außerdem unterstützt sie die internationale Kampagne „Stop Killer Robots“ zur Ächtung sogenannter Killer-Roboter.

Gewaltfreiheit, Nachhaltigkeit und Europäische Verantwortung

Die Kundgebung beginnt mit der Jahreslosung „Lass ab vom Bösen und tue Gutes; suche Frieden und jage ihm nach!“ (Ps 34,15) und stellt fest, "als Christinnen und Christen, die sich im Gottesdienst und im Gebet in den Frieden Gottes stellen, haben wir Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein. Sie bildet den Ausgangspunkt und den Kern der Friedenstheologie und -ethik, die wir als christliche Kirchen in das Ringen um den Frieden in der Welt einbringen.“ Die Präambel umreißt aktuelle Friedensgefährdungen, ethische Prinzipien und spirituelle Herausforderungen, mit denen die Kirche sich und die Gläubigen konfrontiert sieht: die Krise des Multilateralismus, Terrorismus, Bürgerkriege, gravierende Menschenrechtsverletzungen, hybride Kriegsführung, Kriegsführung im Cyberraum, Entwicklung autonomer und teilautonomer Waffensysteme, Konflikte in Folge des Klimawandels, sowie eine starke Ernüchterung angesichts militärischer Interventionen. Aber auch eine wachsende Erfahrung und Kompetenz in ziviler Konfliktbearbeitung gehörten zu diesen Entwicklungen.

In einem Abschnitt zur *Gewaltfreiheit* knüpft die Kundgebung an die Positionen der EKD-Denkschrift von 2007 an. Es wird betont, das Leitbild des Gerechten Friedens setze die Gewaltfreiheit an die erste Stelle: „Das wollen wir im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und

im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben. Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegерische Mittel zu überwinden. Vom Gerechten Frieden her zu denken heißt, den Grundsatz zu befolgen: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“ Deshalb setzen wir uns mit ganzer Kraft für die Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt ein.“ Aufgrund der positiven Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung sollten Ausbildung und Einsatz von Friedensfachkräften gestärkt werden, und für den Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung müsste die dafür notwendige finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Weiterhin heißt es: „Prävention ist die nachhaltigste Form der Friedenssicherung. Deshalb fordern wir die Priorisierung von Haushaltsmitteln des Bundesetats – mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes – für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen.“

Im Abschnitt *Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz* heißt es, die Kirche müsse sich für das Erreichen der von den Vereinten Nationen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele einsetzen und auch „das eigene kirchliche Klimaschutzhandeln“ konsequent weiter entwickeln. Die Kirche engagiere sich für eine Ethik, eine Ökonomie und einen Lebensstil des Genug und für eine Verzahnung von Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskursen in Kirche und Gesellschaft. Die Bundesregierung wird aufgefordert, „die im Koalitionsvertrag gesetzten Klimaschutzziele endlich entschieden umzusetzen. Die bislang getroffenen Maßnahmen, verabschiedeten Gesetze wie auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie reichen bei weitem nicht aus. (...) Weiterhin muss die Bundesregierung ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und dauerhaft ausreichende Mittel für die internationale Klimafinanzierung, insbesondere für die Prävention vor und die Kompensation von klimabedingten Schäden und Verlusten, zur Verfügung stellen.“ Im Abschnitt zum *gesellschaftlichen Frieden* wird ein entschiedenes Vorgehen gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung gefordert und auf die Friedenspotenziale der Religionen hingewiesen. Die Kirche verpflichte sich selbst, Initiativen im Bereich der Friedenspädagogik, zivilen Konfliktbearbeitung und politischen Bildung zu ergreifen, und fordere entsprechende Anstrengungen für einen Ausbau dieser Ansätze in Schulen und Bildungseinrichtungen.

Auch im Hinblick auf die *Europäische Verantwortung für den Frieden* betont die Kundgebung die Notwendigkeit, zivile Ansätze auszubauen: „Die Stärke der EU sehen wir darin, mit zivilen, diplomatischen Mitteln Krisen vorzubeugen, zur Beilegung von Gewaltkonflikten beizutragen und kriegszerstörte Gesellschaften im Wiederaufbau zu unterstützen. Dauerhafter Frieden ist nur zu erreichen, wenn auch die Sicherheit anderer in den Blick genommen wird. Vertrauensbildende Maßnahmen und eine internationale gültige Rechtsordnung spielen dabei eine entscheidende Rolle.“ Gemeinsam mit der Gemeinschaft Europäischer Kirchen in Europa (GEKE) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) setze sich die EKD für die Ziele der Charta Oecumenica“ (2001) ein. Weiterhin wird gefordert, „dass die EU vor allem die Institutionen unterstützt, die der Friedensförderung dienen. In Abstimmung mit den Vereinten

Nationen, der OSZE und dem Europarat sollte sie die Instrumente für Mediation, Gewaltprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Nachsorge sowie für den Friedensaufbau systematisch ausbauen und finanziell deutlich besser ausstatten.“ Zudem solle „die gesamte EU-Politik und insbesondere die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) durch faire Handelsbeziehungen, eine gerechte Agrarpolitik sowie glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik friedensverträglich und im Sinne globaler Solidarität ausgestaltet werden“. Weitere Forderungen richten sich auf einen anderen Umgang mit Flucht und Migration: „Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Schutzverantwortung für Flüchtlinge konsequent wahrzunehmen. EU-Missionen zur Seenotrettung sind dringend erforderlich. Es müssen sichere und legale Wege für Schutzsuchende in die EU sowie ein gemeinsames Asylsystem mit fairer Verteilung und möglichst hohen Verfahrens- und Aufnahme Standards geschaffen werden. Das in Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta verankerte Recht auf Asyl muss garantiert werden. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, im europäischen Zusammenhang für den Globalen UN-Migrationspakt als Rahmen für eine gemeinsame Regelung migrationspolitischer Fragen zu werben.“

Und last but not least wird gefordert, dass Regeln der EU zur Rüstungsexportkontrolle - im Einklang mit dem „Gemeinsamen Standpunkt der EU“ von 2008 - restriktiver umgesetzt werden und deren Einhaltung effektiver überwacht wird: "Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert, ihre nationale Gesetzgebung und Kontrollinstanzen entsprechend auszurichten.“ Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Rüstungsexportkontrollgesetz in Deutschland vorzulegen und im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft 2020 glaubwürdig dafür zu werben. Abschließend wird festgestellt: „Sowohl Exporte in Krisenregionen als auch militärische Kooperationen mit Drittstaaten außerhalb der Nato, die Menschenrechte und Demokratie missachten, untergraben die internationale Friedensordnung.“

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Auch wenn im Text nicht alle Anregungen aus der kirchlichen Friedensbewegung aufgegriffen wurden, so enthält die Synodenkundgebung viele Aussagen, die friedensethische Orientierung bieten und gleichzeitig Empfehlungen für die aktuelle politische Praxis. Sie kann sich somit als wichtiges Referenzdokument für friedenspolitisches Engagement erweisen.

Brot für die Welt trug zur inhaltlichen Vorbereitung der Debatten bei

Brot für die Welt hat sich in vielfältiger Weise an der inhaltlichen Vorbereitung der Synode beteiligt. Das Referat Menschenrechte und Frieden (Dr. Martina Fischer) wirkte mit an der zweijährigen Konsultation, die 2018 zur Vertiefung friedenspolitischer Diskurse vom Friedensbeauftragten ins Leben gerufen wurde und Grundlagen für den Kundgebungstext erarbeitet hat. Eingeladen waren RepräsentantInnen kirchennaher NGOs und Netzwerke, der Landeskirchen, der Evangelischen Akademien und ExpertInnen aus wissenschaftlichen Einrichtungen. Deren Expertise schlug sich auch in einer Buchpublikation "Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens" nieder, die im September 2019 vom EKD-

Kirchenamt veröffentlicht und an die Synodenmitglieder versandt wurde. Dieser Sammelband analysiert aktuelle Friedensgefährdungen und bewertet politische Prozesse aus friedensethischer Perspektive. Bei der Badischen Landeskirche wurde inzwischen ein interaktives Diskussionsforum eingerichtet, damit die Beiträge von einem breiten Publikum diskutiert werden können.

Gleichzeitig wurden von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg in den vergangenen drei Jahren intensive Konsultationen zwischen Menschen aus der Friedensforschung, -praxis und -politik durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in 20 Bänden zu unterschiedlichen friedensethischen Themen dargelegt (Konsultationsprozess Orientierungswissen zum Gerechten Frieden). Auch an diesem Prozess war das Referat Menschenrechte und Frieden von Brot für die Welt mit diversen Beiträgen beteiligt.

Zudem ermöglichte Brot für die Welt einer Reihe von Synodalen Einblicke in die friedens- und entwicklungspolitische Praxis im Rahmen einer *Reise zu Projektpartnern in Kenia*.

Juni 2019: Synodale trafen friedensaktive Partner von "Brot für die Welt" in Kenia

Anlässlich des 60jährigen Jubiläums von Brot für die Welt lud Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt, Mitglieder der EKD-Synode im Vorfeld der „Friedenssynode“ zum Besuch friedensaktiver Partnerorganisationen in Kenia ein. Elf Synodale begaben sich Anfang Juni mit auf die Reise nach Ostafrika. Bei der „Diakonie Katastrophenhilfe“ in Nairobi erhielten sie Informationen zur Situation der Menschen in Flüchtlingslagern (z.B. Dadaab, wo ca. 230.000 Schutzsuchende aus Somalia teilweise in dritter Generation im Provisorium leben) und im Überschwemmungsgebiet Mosambik, wo die Zerstörung von Lebensgrundlagen massive Gesundheitsbedrohungen zur Folge hatte. Ein Workshop, der von Dr. Agnes Abuom (Vorsitzende des Weltkirchenrats) moderiert wurde, vermittelte umfassende Einblicke in das friedenspolitische Engagement christlicher Organisationen auf dem afrikanischen Kontinent. Neben der Hauptstadt besuchten die Synodenmitglieder ländliche Gebiete in der Küstenregion. Der Anglican Development Service“ (ADS Pwani, Entwicklungsabteilung der Anglikanischen Kirche in Kenia), eine langjährige Partnerorganisation von Brot für die Welt, koordiniert dort seit 1991 Gemeindeentwicklungsprojekte in den Bezirken Kwale, Kilifi, Taita-Taveta, Tana River, Mombasa und Lamu.

Entwicklungsdefizite und Gewaltpotenziale

Die Küstenregion Kenias ist besonders benachteiligt und die Infrastruktur jenseits touristischer Einrichtungen äußerst schwach entwickelt. Entwicklungsindikatoren zeigen vor allem beim Zugang zu sozialen Dienstleistungen (Erziehung, Gesundheit und Wasser) große Defizite. Unklare Landrechte und fehlende Rechtstitel an Grund und Boden, Zuwanderung, staatliche An- und Umsiedlung von Menschen aus anderen Landesteilen begünstigen soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Zugang zum „Recht“ wird durch Korruption staatlicher Institutionen und Gerichte erschwert. Seitdem kenianische Truppen 2011 in Somalia intervenierten kommt es immer wieder zu Vergeltungsmaßnahmen somalischer Milizen, häufig auch gegen religiöse Einrichtungen. Misstrauen belastet das Zusammenleben der christlichen und muslimischen Gemeinden. Die Radikalisierung von Jugendlichen trägt zu weiterer Polarisierung zwischen den Religionsgruppen bei. Steigende Unsicherheit und Überfälle haben wirtschaftliche Aktivitäten eingeschränkt und einen Rückgang des Tourismus bewirkt. Armut und Ausgrenzung treffen Jugendliche und Frauen besonders hart. Frauen tragen die Hauptlast als Ernährerinnen der Familien, sie erledigen etwa 80% der landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Auch in anderen produktiven Bereichen ist die Teilnahme der Männer sehr gering.

Kombination von Entwicklungs- und Friedensarbeit

Das Engagement von ADS Pwani zielt auf einkommensschaffende Maßnahmen und eine Verbesserung der Ernährungssituation. Darüber hinaus bemüht man sich, Möglichkeiten der Selbsthilfe – v.a. auch von Frauen und Mädchen – zu stärken und gewaltsame Konfliktaustragung zu reduzieren. In der Gemeinde Garashi engagiert sich ADS mit einer Kombination entwicklungs- und friedenspolitischer Ansätze, die landwirtschaftliche Produktion, Wasserversorgung und Infrastruktur verbessern, den Zusammenhalt in der Gemeinde stärken und Alternativen zum gewaltsamen Konfliktaustrag aufzeigen soll. Es geht auch darum, Gewalt in der Familie und Gewaltkriminalität zu reduzieren. Gemeindemitglieder berichteten vom Rückgang von Gewaltverbrechen, auch von alltäglicher Gewalt gegen Frauen, selbstbewussterem Engagement der Menschen für eigene Rechte und Einsatz für Belange der Gemeinde. Gemeindevertreterinnen aus dem Bezirk Magarini berichteten über die Rekrutierung Jugendlicher durch al-Shabaab Milizen, ethnische Konflikte, genderbasierte Gewalt und interreligiöse Gegensätze. Sie diskutierten Ansätze zur Deeskalation durch Dialog und Möglichkeiten der Herstellung von Resilienz auf Gemeindeebene. Schließlich kam die Reisegruppe noch mit dem „Coast Interfaith Council of Clerics“ (CICC) in Watatu zusammen, um sich über die Aktivitäten von Glaubensgemeinschaften in der Gewaltprävention und in der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten zu informieren. Dieser „Interreligiöse Rat“ wurde von Mitgliedern christlicher und muslimischer Gemeinschaften und traditionellen Glaubensrichtungen angesichts von gewaltsamen Ausschreitungen zwischen christlichen und muslimischen Jugendlichen gegründet. Er bemüht sich um Stärkung der Dorfgemeinschaften und Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungen auf lokaler Ebene in Kombination mit Ernährungssicherung. So konnte der Rat maßgeblich zur Deeskalation der Konflikte beitragen und neuen Gewaltausbrüchen vorbeugen.

Fazit

Die Eindrücke, die von den Reisenden in diversen Reflexionsrunden geteilt wurden, lassen sich ungefähr so zusammenfassen:

- Um gewaltsamer Konfliktaustragung vorzubeugen und den Zusammenhalt in den Gemeinden zu stärken, bedarf es einer Kombination von Maßnahmen für Ernährungssicherheit, für Infrastrukturaufbau und für Bildung; Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit müssen also zusammengebracht werden, um präventive und nachhaltige Wirkung zu erzielen; hier sich hat das Leitbild des „Gerechten Friedens“ in der Praxis manifestiert.
- Maßnahmen zur Gewaltprävention sind dann erfolgversprechend, wenn sie frühzeitig ansetzen und sich auf die Überwindung der Ursachen von Gewaltkonflikten (Konflikttransformation) richten; religiöse WürdenträgerInnen können bei der Transformation von Konflikten eine wichtige Rolle spielen, wenn sie gemeinsam handeln und die Ursachen in den Blick nehmen.
- Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit müssen gender-sensibel gestaltet und Frauen in ihren Potenzialen des Friedenshandelns unterstützt werden.
- Gleichzeitig werden wichtige Erfolge zur Sicherung der Lebensgrundlagen und des Friedens auf lokaler Ebene, die die Gruppe vor Ort erleben konnte, von den Auswirkungen des Klimawandels wieder unterlaufen: die besuchten Regionen sind massiv von außergewöhnlichen Dürren und Ernteaussfällen bedroht.
- Fazit: Zum Handeln für „gerechten Frieden“ gehört untrennbar der Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung, und es ist nötig, die eigenen Anteile an den Strukturen des Unfriedens – z.B. den Beitrag unserer Wirtschaftsweise zum Klimawandel, unfaire Handelsbeziehungen und Agrarpolitik, die zur Verarmung von Gesellschaften im globalen Süden beitragen, zu erkennen, zu skandalisieren und zu überwinden.

Download:

-  Pressemitteilung des EKD-Friedensbeauftragten zur EKD-Synode
-  Pressemitteilung der AGDF zur EKD-Synode

Aktuell



Geteiltes Echo auf EKD-Kundgebung zur Friedensfrage

Debatte über Atomwaffen entbrannt

Stefan Seidel



Pistole mit Knoten im Lauf, Skulptur des Künstlers Carl Fredrik Reuterswärd vor dem UNO Hauptquartier in New York. © Rainer Sturm/pixelio.de

Die von der gestern zu Ende gegangenen EKD-Synode verabschiedete Kundgebung zur Friedensfrage stößt auf unterschiedliche Reaktionen. Während der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahms, die Kundgebung begrüßte, reagierten die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.

(AGDF) sowie die Abrüstungsorganisationen IPPNW und ICAN enttäuscht. Brahms sagte: »In dieser Kundgebung betont die EKD eindeutig den Primat der Gewaltfreiheit und des Zivilen und zeigt auch, wie dies konkret aussehen kann.« Außerdem sei erfreulich, dass die EKD-Synode sich deutlich zum Zusammenhang von Frieden und Klimagerechtigkeit bekannt habe.

Auf Kritik stößt dagegen, dass nicht klar genug der Abzug der in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen gefordert wurde. Die Kundgebung der EKD sei zwar ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Beitritt der Bundesregierung zum Atomwaffenverbotsvertrag, erklärte Inga Blum, Vorstandsmitglied der Abrüstungsorganisation IPPNW. Der Abzug der US-Atomwaffen sei jedoch die Voraussetzung für eine Unterschrift der Bundesregierung. »Daher wäre die Forderung nach einem Abzug der Atomwaffen konsequent gewesen«, so Blum weiter. Die Synode habe sich vor einer klaren Forderung nach einem Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland gedrückt, sagte auch AGDF-Vorsitzende Christine Busch.

In der Kundgebung der EKD-Synode mit dem Titel »Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens« heißt es zum Thema Atomwaffen, dass eine Welt ohne Atomwaffen das politische Ziel bleibe. Angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und Verbreitung der Atomwaffen erscheine die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaue, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen. »Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen. Die Tatsache, dass es noch immer ca. 16 000 Atomsprengköpfe auf der Welt gibt und in den vergangenen Jahren keine Abrüstung im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages gelungen ist, zeigt, dass der Atomwaffenverbotsvertrag überfällig ist, der 2017 aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung ausgehandelt wurde.« Die Bundesregierung wird aufgefordert, Gespräche über eine Weiterentwicklung des Atomwaffenverbotsvertrages mit den Partnern in der NATO, EU und OSZE zu führen.

Dazu erklärte der EKD-Friedensbeauftragte: »Ich kann verstehen, dass manche hier deutlichere Worte erhofft haben.« Aber er betonte auch: »Die EKD hat sich klar für die Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen ausgesprochen, ebenso wird der Atomwaffenverbotsvertrag unterstützt.« Dabei sei klar, dass dies ein langer Weg sei, der mit Geduld gegangen werden müsse.

Mit der Kundgebung zur Friedensfrage wollte die EKD-Synode auf aktuelle Entwicklungen reagieren, die sich seit der letzten EKD-Friedensdenkschrift von 2007 ergeben haben. Darin wird das Leitbild des Gerechten Friedens betont, das die Gewaltfreiheit an erste Stelle setzt. »Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden.« Konkret wird der Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung gefordert. Für entwicklungspolitische Maßnahmen, für die Bekämpfung von Gewaltursachen und für gewaltfreie Konfliktbearbeitung sollte die Bundesregierung mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes verwenden.

Außerdem wird der konsequente Einsatz für Klimagerechtigkeit als Voraussetzung für den Frieden angemahnt. »Es ist deshalb ein Ausdruck des christlichen Friedenszeugnisses, sich als Kirche sowohl für das Erreichen der von den Vereinten Nationen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele einzusetzen als auch das eigene kirchliche Klimaschutzhandeln konsequent weiterzuentwickeln.«

Zum angespannten gesellschaftlichen Klima heißt es: »Zunehmend belasten auch Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus das gesellschaftliche Klima. Dem muss entgegnet werden: Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot

der Nächstenliebe und der Würde des Menschen.« Kirchgemeinden und kirchliche Einrichtungen werden ermutigt, als Orte der Reflexion und des Dialogs zur Verfügung zu stehen, Menschen zur friedfertigen Durchsetzung ihrer Interessen zu befähigen und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe, gerade auch im ländlichen Raum, zu schaffen. Bündnisse zur Überbrückung gesellschaftlicher Spaltung seien zu fördern.

www.ekd.de/kundgebung-ekd-synode-frieden-2019-51648.htm

Mehr zum Thema



Aktuell



Hoffen auf Frieden in der Landeskirche

Thilo Daniel hält die Eröffnungspredigt der EKD-Synode und hofft auf Frieden in Sachsen **Mehr ...**

ZWISCHEN MULDE UND PLEISSE [Die Kreuze von heute – und eine Hoffnung](#)

IM BLICKPUNKT [Gibt es gerechte Kriege?](#)

QUELLE

VERÖFFENTLICHT AM 14.11.2019

TAGS

[EKD-Synode](#), [Kundgebung](#), [Frieden](#), [Friedensethik](#), [Renke Brahms](#), [Atomwaffen](#), [Büchel](#)

Artikel drucken

Weitere Artikel in diesem Ressort:

[Es war ein »chaotischer Tag«](#)

[Erklärung der Landeskirche zum Rücktritt](#)

[Kirche verteilt Kerzen](#)

Die evangelische Kirche diskutiert über den Frieden

Schlecht für's Klima, schlecht für den Frieden

Der Klimawandel wird weltweit zu Konflikten und Kriegen führen, sagen Experten voraus. Was will die Kirche dagegen tun?

Die evangelische Kirche arbeitet an einem Update ihrer friedensethischen Positionen. Die aktuellste EKD-Friedensdenkschrift stammt aus dem Jahr 2007, und seitdem ist viel passiert: Terrorismus, neue Formen der Cyberkriegsführung, Rechtsextremismus und der Klimawandel bedrohen den Frieden im Inneren und Äußeren in einer Weise, wie man es vor 15 Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Deshalb hat auch die EKD-Synode auf ihrer diesjährigen Tagung in Dresden den Frieden in den Mittelpunkt gestellt.

CLAUDIA KELLER



Kira Vinke vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zeigte den 120 Synodalen am Montag sehr eindrücklich, wie der Klimawandel in der Subsahara und Südostasien zu neuen politischen Konflikten führt – besonders in Ländern mit vielen verschiedenen ethnischen Gruppierungen. Die durch Hitze und Dürren verschärfte Konkurrenz um Weideplätze und Anbauflächen aufgrund des Klimawandels verwandele dann schwelende Krisen in bewaffnete Konflikte. Hurrikane zerstörten ganze Regionen dauerhaft. Der Klimawandel vertieft außerdem die Kluft zwischen Arm und Reich. Vinke zitierte eine Studie von Oxfam, wonach die weltweit 26 reichsten Personen genauso viel besäßen wie die 3,8 Milliarden armer Menschen.

Weltweit werden immer mehr Menschen fliehen

Die Folge: Immer mehr Menschen seien gezwungen, ihre Länder zu verlassen. Auch die Erfolge von jahrzehntelanger Entwicklungsarbeit würden vernichtet. "Das ist schon in vollem Gange", sagte Cornelia Füllkrug-Weitzel, die Präsidentin des Werkes "Brot für die Welt".

Dass der Klimawandel aufgehalten werden muss, darauf konnten sich die Synodalen schnell einigen. Kontroverser ging es bei der Frage zu, wie gerechtfertigt militärische Einsätze sind, um Frieden zu sichern.

Ein Oberstleutnant stellte klar, dass die militärischen Einsätze der Bundeswehr vom Bundestag gewollt sind und auf dem Fundament des Grundgesetzes erfolgen. Außerdem übernehme die Bundeswehr viele zivilgesellschaftliche Aufgaben von der Katastrophenhilfe bis zur Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer. Doch seine Rechtfertigungen überzeugte die Pazifisten im Kirchenparlament nicht.

Verbot von Atomwaffen

Der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm hatte in seinem Rechenschaftsbericht am Sonntag deutlich gemacht, "dass es Situationen gibt, in denen die Ablehnung militärischer Gewalt ebenso unter ethischem Rechtfertigungszwang steht wie deren Bejahung." Mit zivilen Mitteln Konflikte zu verhindern und zu entschärfen, habe eindeutig Vorrang in der evangelischen Friedensethik, betonte Renke Brahm, der Friedensbeauftragte der EKD. Die Anwendung von Gewalt bleibe Ultima Ratio, aber sie bleibe ein legitimes Mittel. Das war auch 2007 Konsens.

Was soll sich ändern? Die wichtigsten Anregungen aus dem Kundgebungsentwurf der Synode:

Erstens: Die Kirche will sich dafür einsetzen, dass Atomwaffen völkerrechtlich geächtet und verboten werden. Die Friedensdenkschrift von 2007 hatte auch schon betont, dass die Kritik an der Abschreckungsstrategie zugenommen habe. Doch konnte man sich damals noch nicht darauf einigen, dass sich die Kirche für ein Verbot einsetzt.

Zweitens: Die Kirche will noch mehr für den Klimaschutz tun und die Politik drängen, die Pariser Klimaziele einzuhalten.

Drittens: Die Kirche will auch auf europäischer Ebene eine "klar vernehmbare Stimme für den Frieden" werden.

Viertens: Die Erziehung zum Frieden soll in der kirchlichen Aus- und Weiterbildung ein größeres Gewicht bekommen. Auch will man sich dafür einsetzen, dass Schulen die Friedenserziehung noch wichtiger nehmen und zum Beispiel Friedensfachkräfte einbeziehen.

Fünftens: Kirchengemeinden sollen breite Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Religionen schließen, um gemeinsam Konflikte zu lösen.

Sechstens: Kirchengemeinden sollten mehr Formate für "anstößige Begegnungen" entwickeln. Das forderte der badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh. So solle ermöglicht werden, dass sich beispielsweise ein traumatisierter Soldat, eine Mitarbeiterin im Rüstungskonzern und ein Pazifist treffen, um den jeweils anderen besser verstehen zu lernen.

Siebtens: Jede Christin und jeder Christ kann zum Frieden beitragen. Zum Beispiel der Handwerksmeister, indem er geduldig ist mit dem syrischen Flüchtling. Nachbarn, indem sie Streitigkeiten so lösen, dass sich alle hinterher noch in die Augen schauen können. "Man kann lernen, selbst mit Feinden zu leben, auch wenn man ihre Interessen ablehnt." (Landesbischof Cornelius-Bundschuh)

Wörterschlacht um den Frieden

Die EKD-Synode tut sich bei ihrem Schwerpunktthema schwer

Von Philipp Gessler

Auf der EKD-Synode in Dresden wird um das Thema Frieden gerungen. Ein zwei Jahre lang aufwändig erarbeiteter Entwurf für eine Kundgebung zum Thema finden manche Synodale kaum gelungen, auch wenn das wenige so deutlich sagen. Umstritten ist unter anderem die Frage, ob Atomwaffen so wie chemische Waffen grundsätzlich geächtet werden sollten.

Matthias Rogg, geboren 1963 im niedersächsischen Wittmund, ist eine schillernde Gestalt. Der Bundeswehroffizier hat über das Bild des Soldaten im 16. Jahrhundert eine prämierte Dissertation geschrieben, leitete einige Jahre das Militärgeschichtliche Museums der Bundeswehr in Dresden und arbeitet seit zwei Jahren an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Daneben ist er Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der dortigen Bundeswehr-Universität – und zusätzlich Mitglied der derzeitigen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Und in dieser Funktion ließ er am Dienstagnachmittag auf der Sitzung des Kirchenparlaments in Dresden eine – hier passt das Bild – Bombe platzen: Der Oberst forderte vor den 120 Synodalen, den Kundgebungsentwurf zum Schwerpunkt-Thema „Frieden“ auf der Kirchenversammlung grundlegend zu überarbeiten. Auf Deutsch: in die Tonne mit dem Papier!

Nun kann man jedes Papier überarbeiten und verbessern, auch grundlegend. Aber an diesem Entwurf haben mehrere Evangelische Akademien, elf Landeskirchen und fast alle Friedens-Fachleute im Raum der EKD zwei Jahre lang intensiv gearbeitet – so lange wie noch an keiner anderen Kundgebung in der viele Jahrzehnte alten Geschichte der EKD-Synoden. Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) hat zur Vorbereitung des Schwerpunkt-Themas der Synode „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ nicht weniger als zwanzig Bände zu Fragen der Friedens-Problematik heraus gegeben. Und das soll nun nach dem Willen von Oberst Rogg, der in Uniform vor den Synodalen stand, alles noch mal grundlegend überarbeitet werden?

Danach sieht es auf den ersten Blick nicht aus – denn der Kundgebungsentwurf wurde von den Synodalen erst einmal nur an den Themenausschuss verwiesen, der bis Mittwochmittag oder -nachmittag einen neuen Kundgebungsentwurf erarbeiten muss, der dann im besten Fall von den Mitgliedern des Kirchenparlaments abgenickt wird. Um diese Aufgabe, wenn sie denn überhaupt zu schaffen ist, ist das Redaktionsgremium nicht zu beneiden. Denn die Synodalen übten teilweise massive Kritik an dem Kundgebungsentwurf. Und hinter der höflichen Sprache, die üblicherweise auf Synoden gepflegt wird, war in Zwischentönen ein oft grundsätzlicher Zwiespalt untereinander heraus zu hören.

Oft um Frieden gefetzt

Das hat übrigens Tradition. So wie man sich zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses Anfang der Achtziger Jahre in der alten Bundesrepublik und in den Neunziger Jahren zur Frage der Militärseelsorge in den der EKD beitretenden Kirchen Ostdeutschlands gefetzt hat, ging es auf Tagungen der Synoden meistens rund, wenn es um das Friedensthema ging. Aber die große EKD-Denkschrift von 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ hat dann doch zur Befriedung auch der evangelischen Kirche in Deutschland in der Friedensfrage beigetragen. In der Denkschrift hatte sich die EKD klar für den Vorrang gewaltfreier, ziviler Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Unter dem Leitbild eines „Gerechten Friedens“ (im Gegensatz zur alten Lehre vom „Gerechten Krieg“) wurde der Einsatz militärischer Mittel ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, als *ultima ratio*, akzeptiert, und das nach sehr engen und strengen Kriterien. Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brehms, sagte auf der Synode der EKD in Dresden, das Leitbild der zwölf Jahre alten Denkschrift vom „Gerechten Frieden“ habe sich bewährt.

Seitdem ist aber viel Wasser die Elbe hinab geflossen – und es gibt ganz neue Gefährdungen des Friedens in der Welt: Der Klimawandel, der in der Denkschrift von 2007 als Konfliktursache kaum vorkommt, ist immer deutlicher geworden. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Folgen des Klimawandels tatsächlich die Zahl der Konflikte in der Welt ansteigen lässt, wie Kira Vinke vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), die zugleich im Beirat zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung sitzt, auf der Synode eindrucksvoll darstellte. Auch die Gefahren für den Frieden in aller Welt etwa durch die Automatisierung des Krieges (Beispiel: Drohnen) und neue Formen der digitalen Kriegsführung im Cyberraum waren angesichts des mehr als zweifelhaften „Fortschritts“ bei diesen modernen Waffen in der alten Denkschrift noch nicht so offensichtlich wie heutzutage.

Viel Expertise, viele Kompromisse

Die geplante Kundgebung der Dresdner Synode sollte das auffangen – und man sieht dem sechseinhalbseitigen Papier an, dass darin viel Expertise, aber auch viele Kompromisse Eingang gefunden haben. Das mag nicht zuletzt darin liegen, dass die Kundgebung neben dem äußeren Frieden auch dem inneren, also gesellschaftlichen Frieden viel Platz einräumt. Und wer wollte bestreiten, dass beides am Ende zusammen hängt? Nur macht es die Fülle an unfriedlichen Situationen in aller Welt und in der deutschen Gesellschaft ziemlich schwer, daraus einen knackigen Text zu formulieren, der auch außerhalb der Kirche noch für Aufmerksamkeit sorgen könnte. Überschriften nach dem Motto, die EKD ist für inneren und äußeren Frieden, dürften nicht wahnsinnig viele Menschen in Deutschland vom Hocker reißen.

Immerhin, Oberst Rogg ist es zu verdanken, dass die Synode nun vor klaren Alternativen steht. Der Bundeswehr-Offizier sprach sich etwa dafür aus, das im Kundgebungsentwurf empfohlene Verbot von autonomen Waffensystemen nicht zu unterstützen, da die Bundeswehr diese System in bestimmten Situationen noch brauchen könne, vor allem offenbar zum Selbstschutz. Auch die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen (Stichwort: „global zero“) sei nicht anzuraten, denn: „Wäre die Welt ohne Atomwaffen wirklich sicherer?“, fragte Rogg. Ebenso hätten die Fälle des Völkermords in Ruanda vor 25 Jahren und der Kampf gegen die

Terrormiliz IS in Syrien gezeigt, dass man sich von der auch militärischen Schutzpflicht („responsibility to protect“) für bedrohte Menschengruppen nicht verabschieden dürfe.

Es war der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford- Stroh, der Rogg höflich, aber deutlich in vielen Punkten widersprach. So plädierte der bayerische Landesbischof etwa dafür, dass sich die Kirche für einen Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag ausspricht – schon 122 Staaten haben ihn unterschrieben. Die weltweit immer noch rund 16.000 Atom-Sprengköpfe müssten perspektivisch reduziert werden, so wie es gelungen sei, die Zahl der Chemie-Waffen durch ihre Ächtung über Jahrzehnte massiv zu verringern. Andere Synodale sparten nicht mit Kritik am Kundgebungsentwurf. Sie kritisierten unter anderem, dass es dem Entwurf noch an theologischer Tiefe fehle, dass er insgesamt zu lang sei oder sich passagenweise in militärischen Einzelheiten verliere, die zu beurteilen nicht Aufgabe der Kirche sei.

So wird der Entwurf der Kundgebung zum Frieden in Dresden in den kommenden Stunden wohl noch massiv redigiert und verändert werden. Ob es dabei gelingt, die ziemlich widerstreitenden Wünsche an die Kundgebung bis Mittwoch harmonisch zu kombinieren und einen lesbaren und bestenfalls aufrüttelnden Text zu verfassen – das wird man sehen. Klar ist nur: Sollte es gelingen, werden die Synodalen, denen das glückt, als die wahren Heldinnen und Helden die Wörterschlacht an der Elbe verlassen.

Gewaltlos in einer Zuckerwattewelt

Die Fehler in der Kundgebung der EKD-Synode zu Frieden und Gerechtigkeit

Von Johannes Fischer

Die Kundgebung der EKD-Synode in Dresden zum Thema Frieden setzt konsequent auf Gewaltlosigkeit. Doch in welcher Welt leben diejenigen, die das beschlossen haben? Das fragt Johannes Fischer, Professor emeritus für Theologische Ethik an der Universität Zürich.

Bei ihrer Tagung im November 2019 in Dresden hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland eine „Kundgebung“ zum Thema „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ beschlossen. Die Synodalen knüpften an die EKD-Denkschrift zum Thema Frieden aus dem Jahr 2007 an, in dem das Leitbild des „Gerechten Friedens“ den friedensethischen Fokus bildete. Die aktuelle Kundgebung legt sich allerdings im Unterschied zur Denkschrift auf einen konsequenten „Weg der Gewaltfreiheit“ fest. Die damit verbundene Vorstellung eines christlichen Pazifismus, so wie er in der Kundgebung beschrieben wird, muss sich aber nicht nur den Vorwurf gefallen lassen, die Welt schön zu reden. Er ist zudem die Folge einer fundamentalen theologischen Verirrung.

Die Denkschrift aus dem Jahr 2007 reagierte auf die veränderte Situation nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West, mit der sich auch der Auftrag der Bundeswehr gewandelt hatte. An die Stelle der militärischen Abschreckung eines potenziellen Gegners waren Einsätze wie im Kosovo und in Afghanistan getreten, die in der deutschen Öffentlichkeit umstritten waren und neue friedensethische Fragen aufwarfen. Die Denkschrift lehnte derartige Einsätze nicht generell ab, zog ihnen aber enge Grenzen. Sie trat für einen unbedingten Vorrang gewaltfreier, ziviler Formen der Konfliktbearbeitung ein, schloss aber den Einsatz militärischer Mittel im Sinne „rechtserhaltender Gewalt“ als *ultima ratio* nicht aus.

Die Kundgebung der EKD-Synode begründet ihre eigene Veranlassung damit, dass sich die Situation seit der Friedensdenkschrift von 2007 erneut verändert habe, und sie verweist dazu auf eine Reihe von globalen, regionalen und gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen. In ihrer Reflexion darauf knüpft sie einerseits an die Friedensdenkschrift an, rückt aber andererseits auch von ihr ab. Sie knüpft an sie an, indem sie das Leitbild des Gerechten Friedens aufnimmt, dabei aber den Akzent auf diese Entwicklungen legt, durch die Gerechtigkeit und Frieden gefährdet sind. Dazu gehören der Klimawandel mit der Folge von Migrationsdruck und zwischenstaatlichen Konflikten, aber auch die wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit im globalen und nationalen Maßstab. Auch das Ringen um gesellschaftlichen Frieden, die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit werden von der Kundgebung in den weiteren Zusammenhang des Bemühens um Gerechtigkeit und Frieden eingeordnet.

Verpflichtung auf Gewaltfreiheit

In einem entscheidenden Punkt allerdings rückt die Kundgebung von der Friedensdenkschrift von 2007 ab, ohne dass dies ausdrücklich gesagt wird, eben in ihrer Festlegung auf einen konsequenten „Weg der Gewaltfreiheit“. Vom Einsatz militärischer Mittel im Sinne rechtserhaltender Gewalt ist jedenfalls nirgendwo die Rede. Vielmehr wird das Leitbild des Gerechten Friedens im Sinne der Verpflichtung auf Gewaltfreiheit interpretiert: „Das Leitbild des Gerechten Friedens setzt die Gewaltfreiheit an die erste Stelle.“ Am Klarsten kommt die friedensethische Position der Kundgebung wohl in folgendem Zitat zum Ausdruck:

„Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.“

Der erste Satz dieses Zitats besteht in einer empirischen Behauptung, mit der die Weichen gestellt werden in Richtung auf die Selbstverpflichtung auf den Weg der Gewaltlosigkeit. Daher hängt viel davon ab, ob diese Behauptung wahr ist. Gewiss gibt es Beispiele dafür, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage waren, Konflikte auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Doch lässt sich das für alle Konflikte „in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens“ verallgemeinern? Zeigt die Erfahrung nicht mindestens ebenso, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten dazu *nicht* in der Lage waren und sind? Welche „erprobten Konzepte und Instrumente“ hätte es gegeben, um mit dem menschenverachtenden Terrorregime des Islamischen Staats (IS) im Irak und in Syrien „Wege aus Gewalt und Schuld zu finden“ und „Versöhnungsprozesse zu gestalten“? Und was wären die „Konzepte und Instrumente“ am Vorabend des Zweiten Weltkriegs im Blick auf Hitler-Deutschland gewesen?

Dem Dilemma nicht ausweichen

Es ist diese empirische Behauptung über die Beschaffenheit der Welt, an die sich die Selbstbekundung der in Dresden Versammelten anschließt, dass sie „Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit“ hören und Jesus folgen wollen, der Gewalt mit aktivem Gewaltverzicht begegnet sei. Das verbindet sich mit dem Appell an die „politisch Verantwortlichen ..., militärische Gewalt und kriegerische Mittel zu überwinden“.

Wenn die Welt so beschaffen ist, wie es hier behauptet wird, dann ist das alles vollkommen konsequent. Aber was ist, wenn die Welt nicht so beschaffen ist, sondern vielmehr so, wie Dietrich Bonhoeffer dies in seiner *Ethik* im Kapitel über die „Struktur verantwortlichen Lebens“ reflektiert, nämlich dass Menschen in Situationen verstrickt werden können, in denen jede Entscheidung Schuld bedeutet, sowohl die Anwendung von Gewalt mit all ihren

Folgen als auch der Verzicht darauf, einem Aggressor mit Gewalt zu widerstehen, um Menschen vor Misshandlung, Vergewaltigung, Folter, Gewissensterror oder Mord bis hin zum Genozid zu retten? Bonhoeffer insistierte darauf, dass eine christliche Ethik sich vor einem solchen Dilemma nicht drücken dürfe, sondern dass sie dem Kriterium der „Wirklichkeitsgemäßheit“ genügen müsse. „Kein Mensch hat den Auftrag, die Welt zu überspringen und aus ihr das Reich Gottes zu machen.“ Für Bonhoeffer gehört daher zur Struktur verantwortlichen Lebens „die Bereitschaft zur Schuldübernahme“, und er schreibt dies gerade mit Blick auf das Problem der Gewalt.

In der Kundgebung der EKD-Synode trifft man nirgendwo auch nur im Ansatz auf eine derartige Reflexion. Der Eindruck drängt sich auf, dass man sich hier die Welt so zurechtlegt, wie es das Ethos konsequenter Gewaltfreiheit erfordert: Alle Probleme und Konflikte lassen sich konstruktiv und gewaltfrei lösen. Man fragt sich, in welcher Welt diejenigen leben, die das beschlossen haben.

Theologische Verirrung

Letztlich beruht all das auf einer fundamentalen theologischen Verirrung. Es fehlt in der Kundgebung der EKD-Synode an einer theologisch-sachgemäßen Unterscheidung zwischen dem Frieden Gottes und dem Frieden in der Welt. Letzterer besteht in bestimmten gesellschaftlichen und politischen *Zuständen*, die im menschlichen Handeln angestrebt und bewirkt werden. Als solche Zustände kann man zum Beispiel auflisten: „ein Leben in Würde, den Schutz vor Gewalt, die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, den Abbau von Ungerechtigkeit und Not, die Stärkung von Recht, Freiheit und kultureller Vielfalt.“ In der Kundgebung freilich dient genau diese Auflistung dazu, *den Frieden Gottes* zu charakterisieren, nämlich im Hinblick darauf, was er alles umfasst. Dazu heißt es: „Der Friede Gottes ist umfassend, unsere Umsetzungen sind partikular.“ Die leitende Vorstellung ist offensichtlich, dass Christen mit ihrem Handeln den Frieden Gottes in die Welt hinein „umsetzen“, indem sie diejenigen weltlichen Zustände schaffen, die der Friede Gottes umfasst. In dieser Weise haben sie an der „Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein“ teil. Da aber der Friede Gottes auch die Gewaltfreiheit umfasst, muss die Schaffung dieser weltlichen Zustände gewaltfrei geschehen. Das freilich setzt voraus, dass diese Zustände – z.B. der „Schutz vor Gewalt“ – gewaltfrei geschaffen werden *können*. Also muss die Welt so beschaffen sein, dass dies gewährleistet ist. So kommt es zu jener erstaunlichen Behauptung über die Beschaffenheit der Welt.

Christlicher Pazifismus, der diesen Namen verdient, ist immer etwas anderes gewesen. Er ist nicht darauf gerichtet, durch menschliches Handeln bestimmte innerweltliche Zustände zu bewirken, sondern vielmehr darauf, den *Geist des Friedens* in die Welt hinein zu tragen, und zwar durch ein Handeln, das diesen Geist an sich selbst bezeugt und so in die Welt hinein vermittelt. Denn für den christlichen Pazifisten ist der Gegensatz zwischen Frieden und Unfrieden von geistlicher Art. Der Geist des Friedens (Gal 5,22) steht hier gegen den Ungeist des Hasses, des Fanatismus, der Menschenverachtung, der Gier und der Gewalt. Und so ist auch der Friede Gottes von geistlicher Art, nämlich Präsenz des Ewigen in den zeitlichen Verhältnissen der Welt: Wo immer Gewaltverzicht geübt und dem Gebot der Feindesliebe entsprechend gehandelt wird, da *ist* Gottes *Schalom* inmitten einer friedlosen Welt *gegenwärtig*. In diesem Sinne zielt das christlich-pazifistische Handeln statt auf die Herstellung bestimmter innerweltlicher Zustände auf das Gegenwärtigwerden des Ewigen im

Zeitlichen, des Geistes des Friedens in einer von Unfrieden und Gewalt zerrissenen Welt. Darin liegt der Sinn des Gewaltverzichts.

Gewiss greift auch das christlich-pazifistische Handeln in den innerweltlichen Zusammenhang ein. Der Verzicht auf Gewalt hat Folgen. Aber christlicher Pazifismus beruht nicht auf einem konsequentialistischen Kalkül, wonach Gewaltlosigkeit unterm Strich gerechnet letztlich gute Folgen hat und sich somit auszahlt. Schon gar nicht beruht er auf empirischen Annahmen über die Beschaffenheit der Welt, wonach alle Konflikte, welcher Art auch immer sie seien, gewaltlos gelöst werden können. Ganz im Gegenteil gibt sich der christliche Pazifist keinerlei Illusionen hin über das abgrundtief Böse in der Welt. Für ihn resultiert aus ihm die Frage, aus welchem Geist Menschen letztlich leben können und leben wollen. Es ist die Antwort auf diese Frage, in welcher sein Pazifismus begründet ist. Dabei ist er sich dessen bewusst, dass angesichts des Zustands der Welt der Weg der Gewaltlosigkeit auch ins Martyrium führen kann. So wurden im Deutschland des Zweiten Weltkriegs Menschen hingerichtet, wenn sie den Dienst mit der Waffe verweigerten.

Fehlende geistliche Dimension

Es dürfte mit dem Gesagten deutlich geworden sein, dass die Unterscheidung zwischen dem Frieden Gottes und dem Frieden in der Welt die Unterscheidung zwischen zwei Arten des Handelns nach sich zieht. Bei der ersten zielt das Handeln darauf, den Geist des Friedens in die Welt hinein zu vermitteln, indem es diesen an sich selbst vergegenwärtigt und bezeugt. Bei der zweiten zielt das Handeln darauf, bestimmte Zustände in der Welt zu bewirken, mit denen Frieden und Gerechtigkeit verwirklicht werden. Der Weg der Gewaltlosigkeit gehört der ersten Art des Handelns zu. In Anbetracht des Bösen in der Welt stößt dieser Weg im Blick auf die zweite Art des Handelns an seine definitiven Grenzen. Oder wäre der islamische Staat (IS) mit Gewaltlosigkeit aufzuhalten gewesen?

Hier liegt die theologische Verirrung der Kundgebung der EKD-Synode. Für sie besteht die Teilhabe „an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein“ nicht darin, Gottes Geist als einen Geist des Friedens in die Welt hinein zu vermitteln, sondern darin, bestimmte innerweltliche Zustände anzustreben und zu verwirklichen, die Frieden bedeuten oder friedensfördernd sind, wie „ein Leben in Würde“, der „Schutz vor Gewalt“ oder der „Abbau von Ungerechtigkeit und Not“. Das alles fällt unter die zweite Art des Handelns. Gleichwohl legt sich die Kundgebung auf den Weg der Gewaltlosigkeit fest. Dazu muss sie sich, wie gesagt, zu der Behauptung versteigen, dass „Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise“ bearbeitet werden können.

In einer Welt, in der es das Böse gibt, ist konsequenter Pazifismus wohl nur in seiner religiösen, geistlichen Gestalt eine mögliche und ehrliche Option. Alle anderen Begründungen des Pazifismus tragen die Tendenz in sich, die Welt schönzureden, damit sie halbwegs plausibel erscheinen. Dafür ist die Kundgebung der EKD-Synode ein Beispiel. Und sie ist ein Dokument einer Theologie, der es am Sinn für die geistliche Dimension christlichen Lebens fehlt und die sich stattdessen in gesellschaftlichem und politischem Aktionismus zu verlieren droht. Gewiss, zum christlichen Handeln gehören essenziell auch Diakonie und politisches Engagement. Aber als *christliches Handeln* zielen auch Diakonie und politisches Engagement nicht einfach darauf ab, die Zustände in der Welt zum Guten zu verändern,

sondern darauf, Gottes Geist in die Welt zu tragen. Selbst noch in einem Handeln, das als *ultima ratio* zum Mittel der Gewalt greift, kann sich dieser Geist bezeugen, wie Bonhoeffer in seiner Ethik reflektiert hat, nämlich wenn es im Wissen um die eigene Angewiesenheit auf Gottes Vergebung und Barmherzigkeit geschieht.

Johannes Fischer (Jahrgang 1947) war von 1993 bis 1997 Professor für Systematische Theologie in Basel und von 1998 bis zu seiner Emeritierung 2012 Professor für theologische Ethik an der Universität Zürich und Leiter des dortigen Instituts für Sozialethik.

Höfliche Schlacht um den Frieden

Zwei Jahre Arbeit – alles für die Katz? Fast. Die Friedenskundgebung der EKD-Synode

PHILIPP GESSLER

Auf der EKD-Synode in Dresden wurde um das Thema Frieden gerungen. Einen zwei Jahre lang aufwändig erarbeiteten Entwurf für eine Kundgebung zum Thema werteten einige Synodale als wenig gelungen. Aber nach heftiger Redaktionsarbeit hinter den Kulissen fand ein neuer Text dann doch die Zustimmung des Kirchenparlaments.

Matthias Rogg, geboren 1963 im niedersächsischen Wittmund, ist eine schillernde Gestalt. Der Bundeswehroffizier hat über das Bild des Soldaten im 16. Jahrhundert eine prämierte Dissertation geschrieben, leitete einige Jahre das Militärgeschichtliche Museum der Bundeswehr in Dresden und arbeitet seit zwei Jahren an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Daneben ist er Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der dortigen Bundeswehr-Universität – und zusätzlich Mitglied der derzeitigen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Und in dieser Funktion ließ er am Dienstag Nachmittag auf der Sitzung des Kirchenparlaments in Dresden eine – hier passt das Bild – Bombe platzen: Der Oberst forderte vor den 120 Synodalen, den Kundgebungsentwurf zum Schwerpunkt-Thema „Frieden“ auf der Kirchenversammlung grundlegend zu überarbeiten. Auf Deutsch: in die Tonne mit dem Papier!

Nun kann man jedes Papier überarbeiten und verbessern, auch grundlegend. Aber an diesem Entwurf haben mehrere Evangelische Akademien, elf Landeskirchen und fast alle Friedens-Fachleute im Raum der EKD zwei Jahre lang intensiv gearbeitet – so lange wie noch an keiner anderen Kundgebung in der viele Jahrzehnte alten Geschichte der EKD-Synoden. Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) hat zur Vorbereitung des Schwerpunkt-Themas der Synode „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ nicht weniger als zwanzig

Bände zu Fragen der Friedens-Problematik herausgegeben. Und dennoch soll nach dem Willen von Oberst Rogg, der in Uniform vor den Synodalen stand, die Kundgebung noch mal grundlegend überarbeitet werden?

So schnell schossen die Preußen und Nicht-Preußen nicht. Der Kundgebungsentwurf wurde von den Synodalen erst einmal nur an den Themenausschuss verwiesen, der innerhalb weniger Stunden einen neuen Text erarbeiten musste, der dann von der Synode doch noch abgenickt werden sollte. Um diese Aufgabe war das Redaktionsgremium nicht zu beneiden. Denn die Synodalen übten teilweise massive Kritik an dem Kundgebungsentwurf. Und hinter der höflichen Sprache, die üblicherweise auf Synoden gepflegt wird, war in Zwischentönen ein oft grundsätzlicher Zwiespalt untereinander heraus zu hören.

Das hat übrigens Tradition. So wie man sich zu Zeiten des NATO-Doppelbeschlusses Anfang der 1980-er-Jahre in der alten Bundesrepublik und in den 1990-er-Jahren zur Frage der Militärseelsorge in den der EKD beitretenden Kirchen Ostdeutschland gefetzt hat, ging es auf den Synoden meistens rund, wenn das Friedenthema aufgerufen wurde. Erst die große EKD-Denkschrift von 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ hat zu einer gewissen Befriedung in dieser Frage beigetragen.

In ihr hatte sich die EKD klar für den Vorrang gewaltfreier, ziviler Instrumente der Konfliktbearbeitung ausgesprochen. Unter dem Leitbild eines „Gerechten Friedens“ (im Gegensatz zur alten Lehre vom „Gerechten Krieg“) wurde der Einsatz militärischer Mittel ausschließlich als „rechtserhaltende Gewalt“, als ultima ratio, akzeptiert, und das nach sehr engen und strengen Kriterien. Der Friedensbeauftragter des Rates der EKD, Renke Brehms, sagte auf der Synode in Dresden, das Leitbild der zwölf Jahre alten Denkschrift vom „Gerechten Frieden“ habe sich bewährt.

Neue Gefährdungen

Seitdem ist aber viel Wasser die Elbe hinab geflossen – und es gibt ganz neue Gefährdungen des Friedens in der Welt: Der Klimawandel, der in der Denkschrift von 2007 als Konfliktursache kaum vorkommt, ist immer deutlicher geworden. Hinzu kommt, dass die Folgen des Klimawandels tatsächlich die Zahl der Konflikte in der Welt ansteigen lässt, wie Kira Vinke vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung auf der Synode eindrucksvoll darstellte. Die Forscherin sitzt zugleich im Beirat *Zivile Krisenprävention und Friedensförderung* der Bundesregierung.

Die geplante Kundgebung der Dresdner Synode sollte das alles auffangen – und man sah dem sechseinhalb-seitigen



Foto: Philipp Gessler

Papier an, dass darin viel Expertise, aber auch viele Kompromisse Eingang gefunden hatten. Das lag auch daran, dass die Kundgebung neben dem äußeren Frieden auch dem inneren, also gesellschaftlichen Frieden viel Platz einräumte. Und wer wollte bestreiten, dass beides am Ende zusammenhängt? Nur machte es die Fülle an unfriedlichen Situationen weltweit und hierzulande schwer, daraus einen knackigen Text zu formulieren.

Oberst Rogg erklärte zudem auf der Synode, die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen (Stichwort: „Global Zero“) sei nicht zu anzuraten, denn wäre die Welt ohne Atomwaffen wirklich sicherer? Dem hielt der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm entgegen, dass sich die Kirche für einen Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotvertrag aussprechen solle – ihn haben schon 122 Staaten unterschrieben. Und dies war nur eine Kritik am Papier auf der Synode.

Aber es half nichts. So wurde eben der Entwurf der Kundgebung zum Frieden in Dresden anderthalb Tage lang hinter den Kulissen noch massiv redigiert – und am Ende von den Synodalen verabschiedet. Eine besonders umstrittene Passage zum Atomwaffenverbotvertrag lautet nun: „Politisches Ziel bleibt deshalb ein Global Zero: eine Welt ohne Atomwaffen. Während dieses Ziel breiter Konsens ist, ist der Weg dorthin umstritten. Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen.“

So landeten insgesamt weichere Formulierungen als im ursprünglichen Entwurf in der Schlussfassung der Kundgebung, was gerade den Friedensfachleuten und -gruppen im Raum der EKD aufstieß. Der EKD-Friedensbeauftragte Brahm zeigte Verständnis für Kritik an der schließlich verabschiedeten Kundgebung. „Ich kann verstehen, dass manche hier deutlichere Worte erhofft haben“, erklärte er. Aber: „Die EKD hat sich klar für die Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen ausgesprochen, ebenso wird der Atomwaffenverbotvertrag unterstützt.“ Klar sei, dass dies ein langer Weg sei. Er müsse eben mit Geduld gegangen werden. ▀

Vom Osten lernen

Die kleiner werdende Kirche der Zukunft wirft große Schatten

STEPHAN KOSCH

Chronos war kein Sympathieträger. In der griechischen Mythologie stand er, später oft dargestellt mit Stundenglas und Sichel, für das unbarmherzige Fortschreiten der Zeit. So gesehen war es ganz passend, dass die Synodalen in Dresden dieser Figur in der Rede des Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm begegneten. Denn die Zeit der Kirche, zumindest so, wie wir sie kennen, läuft ab. Bis 2060 wird die Zahl der Kirchenmitglieder um die Hälfte sinken.

Heinrich Bedford-Strohm setzte dem Prinzip des Chronos das der mythologischen Figur Kairos entgegen, der Jüngling mit Flügeln, der nicht zu fassen und doch so wirkungsvoll ist. Er zündet „göttliche Funken“, die in Gang bringen, was sonst nicht gelingen will. „Für uns als Kirche heißt das: Warten lernen auf solche Kairos-Momente“, mahnte Bedford-Strohm. Denn die größte Herausforderung für die Kirche sei ja nicht, dass sie zu wenig tue, sondern, „dass wir zu wenig hören, auf Gott hören, seinen Wegen nachspüren und unser Tun darauf ausrichten, den Erfolg unseres Tuns in seine Hand legen“. Was aber nicht bedeute, die Hände in den Schoß zu legen. „Niemand sollte Aktivität und Kontemplation gegeneinander ausspielen.“

Der Ratsvorsitzende verwies rhetorisch geschickt auf das Beispiel der Kirchen in der DDR und ihre Rolle bei der politischen Wende vor dreißig Jahren. Die „enge Verbindung von Frömmigkeit und gesellschaftlichem Engagement“ sei eine der wichtigsten Erfahrungen, die die EKD von der Kirche der DDR aufnehmen könne. Eine kleiner werdende Kirche muss nicht an Bedeutung verlieren, so die Botschaft an die Synodalen. Die Präses der Synode, Irmgard

Schwaetzer, nahm den Ball in ihrer Rede auf. „Unsere Kirche wird in zwanzig oder vierzig Jahren sehr anders aussehen. Und wir haben die Möglichkeit, diese Veränderung zu gestalten.“ Das werde zu schwierigen Abschieden führen, denn es betreffe auch „die Strukturen, Gesetze und Formate, die nur noch für einen sehr kleinen Kreis sinnvoll erscheinen, jedoch auf das Ganze des kirchlichen Lebens gesehen keine Resonanz hervorrufen. Wir brauchen Kraft, um uns

davon zu trennen und Freiraum für Neues, Anderes zu schaffen.“ Was das genau bedeutet, soll im kommenden Jahr unter anderem gemeinsam mit dem sogenannten „Z-Team“ erarbeitet werden, das die Erfahrungen aus dem Reformationsjubiläum aufnimmt und in Dresden Grundüberlegungen zur „kleiner werdenden Kirche der Zukunft“ mit den Synodalen teilt. Noch blieb der Bericht schlagwortartig, forderte eine stärkere Vernetzung der kirchlichen Arbeit, ein dynamisches Mitgliedschaftsrecht mit unterschiedlichen finanziellen Belastungen und den „Rückbau von gewachsenen, aber verbrauchten Routinen und resonanzlosen kirchlichen Aktivitäten“. Dem ist schwer zu widersprechen, die Konkretisierung wird aber gewiss zu Konflikten führen. Zumal es ja auch um Geld geht. Die EKD will ihre Ausgaben um ein Drittel bis 2030 senken. Das bedeutet, dass bestimmte Arbeitsbereiche künftig mit deutlich weniger Geld auskommen müssen oder ganz aufgegeben werden. Welche das sein werden, wird schon bald klar gesagt werden müssen. Denn die kommende Synode 2020 in Berlin soll ganz im Zeichen dieser Debatte stehen. ▀



Foto: Ralf Zöllner

Auf dem Weg zur Sekte

Wie sich die evangelische Kirche religionssoziologisch verändert

Von Ulrich H. J. Körtner

Die EKD und ihre Gliedkirchen werden immer mehr zur Sekte, meint der Wiener Systematische Theologe Ulrich Körtner. Sicher nicht im landläufigen dogmatisch-wertenden Sinne des Begriffes, aber in ihrem religionssoziologischen Mustern.

Ob Klimaschutz, Flüchtlings- und Migrationspolitik oder Friedensethik: Die evangelische Kirche entwickelt sich zur Sekte. Diese Feststellung ist nicht dogmatisch-wertend gemeint, sondern als religionssoziologische Beschreibung zu verstehen, die sich der kirchensoziologischen Typologie Ernst Troeltschs bedient.

In seinem 1912 erschienenen Standardwerk über „Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ unterscheidet Troeltsch (1865–1923) drei Haupttypen christlicher Gemeinschaftsbildung oder, wie es sich ausdrückt, „der soziologischen Selbstgestaltung der christlichen Idee: die Kirche, die Sekte und die Mystik“. Während der Typus der Kirche als Heils- und Gnadenanstalt – wir können auch sagen: als Institution der Heilsvermittlung – in Erscheinung tritt, handelt es sich beim Sektentypus um „die freie Vereinigung strenger und bewusster Christen, die als wahrhaft Wiedergeborene zusammentreten, von der Welt sich scheiden, auf kleine Kreise beschränkt bleiben, statt der Gnade das Gesetz betonen und in ihrem Kreise mit größerem oder geringeren Radikalismus die christliche Lebensordnung der Liebe aufrichten, alles zur Anbahnung und in der Erwartung des kommenden Gottesreiches“. Die Mystik schließlich sucht die persönliche Gottunmittelbarkeit in der Innerlichkeit des Individuums.

Zwischen den drei Typen gibt es in Geschichte und Gegenwart Überschneidungen. Auch kommt es immer wieder zu Umformungen, aber als Idealtypen christlicher Gemeinschaftsbildung lassen sie auch heute unschwer erkennen. Alle drei Typen kommen als komplementäre Erscheinungen sowohl im Katholizismus als auch im Protestantismus vor. Die protestantische Sekte wie auch die protestantische Mystik sind aber nicht einfach als Fortsetzung ihrer katholischen Vorgänger zu verstehen, sondern haben sich auf dem Boden des reformatorischen Priestertums aller Gläubigen „und der persönlichen Ueberzeugungsreligion“ (Troeltsch) höchst eigenständig entwickelt.

Historisch findet Troeltsch den protestantischen Sektentypus in der Täuferbewegung des 16. Jahrhunderts, Züge desselben aber auch im Calvinismus mit seiner strengen Kirchenzucht und seinem Streben nach Heiligung. Das eigentliche Wesen des Sektentypus in der Zeit der Reformation war, wie Troeltsch aufzeigt, „die Heiligkeitsgemeinde im Sinne der Bergpredigt und im Sinne der Freiwilligkeitsgemeinde gereifter Christen; die Zurückhaltung von Staat,

Amt, Recht, Gewalt, Eid, Krieg, Blut und Todesstrafe“. Luther hingegen unterschied zwischen dem Ethos der Bergpredigt und dem Naturrecht, das als Erhaltungsordnung der sündigen Welt, sein relatives Recht behält, zwischen Person und Amt, zwischen dem Reich Gottes zur Rechten und zur Linken.

In Troeltschs Augen ist das Ethos, das im neutestamentlichen Evangelium gründet, ein Ideal, das ohne eine neue Welt nicht zu verwirklichen ist, das aber in der fortbestehenden „irdischen Welt ohne Kompromiß nicht durchführbar ist. Daher wird die Geschichte des christlichen Ethos zu einem immer neuen Suchen nach diesem Kompromiß und zu immer neuen Bekämpfungen der Kompromissgesinnung.“

Von solchem Ringen zeugt auch die evangelische Sozialethik im 20. Jahrhundert nicht minder wie synodale Stellungnahmen und Denkschriften zu den großen sozialetischen Themen. Doch in jüngerer Zeit lässt sich eine deutliche Verschiebung der Gewichte zwischen Kirchentypus, Sektentypus und Mystik hin zum Sektentypus mit mystischen Einschlägen beobachten, und zwar nicht nur auf der Ebene von Synoden und Kirchenleitungen, sondern auch in den Gemeinden.

Jüngstes Beispiel ist dafür die friedensethische Kundgebung der EKD-Synode vom 10.-13. November in Dresden, wie Johannes Fischer in seinem zeitzeichen-Kommentar scharfsichtig analysiert hat. Während die Friedensdenkschrift von 2007 noch von militärischer Gewalt als *ultima ratio* spricht und nach dem Vorbild der klassischen Lehre vom gerechten Krieg Kriterien für den ethisch zu rechtfertigenden Einsatz militärischer Mittel als rechtserhaltender oder -wiederherstellender Gewalt aufstellt, nimmt die Kundgebung „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ eine radikalpazifistische Position ein. Fischer hat dazu in seiner Kritik alles Erforderliche gesagt.

Die in der EKD und ihren Gliedkirchen sich breitmachende Sektenmentalität im Sinne Troeltschs trat schon 2013 in der Badischen Landeskirche in Erscheinung, als diese sich zur „Kirche des gerechten Friedens“ erklärte. In der Dresdner Kundgebung heißt es nun: „Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht.“

Demgegenüber heißt es in der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, die heute doch in allen Landeskirchen in Geltung steht: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“

In der Dresdner Kundgebung werden die Themen Klimaschutz und Migrationspolitik mit dem Friedensthema verknüpft und ebenfalls im Sinne eines radikalen Sektenethos behandelt, das sich von der klassischen reformatorischen Zwei-Regimenten-Lehre distanziert. Die evangelische Kirche agiert in einer Weise, die zwar beansprucht, die politische Dimension des Evangeliums ernst zu nehmen, im Ergebnis aber auf eine antipolitische, tendenziell anarchische Haltung hinausläuft, die ein gebrochenes Verhältnis zum Staat und zur staatlichen Gewalt einschließlich militärischer Mittel verrät, ohne die auch der demokratische Rechtsstaat nicht bestehen kann. „In ihrer vermeintlich strukturell

notwendigen und theologisch legitimierten Kompromisslosigkeit ist“ diese Form von politischer Theologie „bereit, den gegenüber der Kirche notwendig antagonistisch strukturierten Raum des genuin Politischen faktisch aufzulösen“, wie der evangelische Theologe Günter Thomas richtig feststellt.

Die Spannungen zwischen dem Kirchentypus und dem Sektentypus sind soziologisch offenkundig. Einerseits sind die evangelischen Kirchen weiterhin als Körperschaften öffentlichen Rechts mit dem Staat interagierende Institutionen und Organisationen. Nur deshalb gibt es weiter konfessioneller Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und Militärseelsorge, Krankenhausseelsorge, kirchliche Vertreter in staatlichen Ethikkommissionen und die Präsenz der Kirchen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Andererseits versteht sich die Kirche zunehmend als eine zivilgesellschaftliche Bewegung, für die der Kirchentag exemplarisch ist. Zwischen diesem und den verfassten Landeskirchen sowie der EKD bestehen enge Verflechtungen. Wie die Grenzen zwischen Institution und Bewegung verschwimmen, lässt sich derzeit gut an der Initiative für ein Rettungsschiff im Mittelmeer studieren.

Interessanterweise ist die Dominanz des Sektentypus keine Frage politischer Präferenzen. Es geht auch nicht um den Gegensatz zwischen liberal-volkskirchlichem und evangelikalem oder pietistisch-konservativem Protestantismus. Schließlich gehört der Sektentypus auch zum Erbe des Pietismus.

Welche Konsequenzen die Dominanz des Sektentypus nicht nur für die Ethik, sondern auch für das Kirchenverständnis und die künftige Gestalt der evangelischen Kirchen hat, scheint mir noch längst nicht ausreichend bedacht. In seinen „Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ schreibt Troeltsch: „Das Problem der Organisation religiöser Gemeinschaften ist heute dunkler als jemals. Die Lage am Anfang der Reformation ist mit der Erstarkung von Sekte und Spiritualismus und mit der Fraglichkeit des Verhältnisses von Kirche und Staat wiedergekehrt.“ Das sind Sätze aus dem Jahr 1912. Auch wenn die heutige politische und gesellschaftliche Lage eine andere ist, besteht das von Troeltsch benannte Kernproblem fort.

Gewaltfrei in einer Welt voller Gewalt

Warum die Friedenskundgebung der EKD im Ansatz richtig ist

Von Christine Busch

Was die Synodalen der EKD in Dresden zum Thema Frieden beschlossen haben, rede die Welt schön und sei Ausdruck einer theologischen Verirrung, kritisierte Johannes Fischer kürzlich an dieser Stelle. Auf ihn reagiert nun Christine Busch, Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, die zur Vorbereitungsgruppe der Friedenskundgebung gehörte.

Gott schafft Frieden, indem er die Logik der Gewalt überwindet - dieser theologische Gedanke trägt die Kundgebung „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ der EKD-Synode 2019. Unter Berufung auf den Frieden Gottes, der Grenzen, Mächte und Gewalten überwindet, und auf das Versprechen eines neuen Himmels und einer neuen Erde entfaltet sie die Aufgabe, Frieden zu gestalten in der unerlösten Welt.

Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ist der ökumenische Referenzrahmen der Kundgebung. Er konkretisiert sich im Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens, zu dem der ÖRK 2013 eingeladen und der sich für die EKD, viele Landeskirchen und Partnerkirchen als Inspiration erwiesen hat. Sein Motiv ist die Suche nach der Einheit des Lebens, die alles Geschaffene, alles Lebendige mit allen Veränderungen umfasst, auch die gewaltige Erschöpfung unserer Erde. Der Pilgerweg ist ein frommer Weg, der tief in die Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung und mit dem Glauben führt. Er schärft das geistliche Profil von Kirche, fordert ihre Sprache und ihre Demut heraus, weil er Leiden, Unfrieden, Gewalt, Erfahrungen des Schmerzes und des Versagens nicht tabuisiert. Als Lernweg und Bußweg zielt er auf die „Entwicklung einer Haltung des gerechten Friedens – so dass wir tatsächlich Christus immer ähnlicher werden könnten“ (F. Enns). Die Perspektive einer transformierenden Spiritualität, die sich im Beten und Handeln ausdrückt, ist der Anspruch, an dem die Kundgebung „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ bzw. die EKD selbst zu messen ist. Schon die mit Dank erinnerte Ökumenische Versammlung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ 1989 in Dresden, die unter der Leitvorstellung „Gerechter Friede“ die klare Absage an „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ beschloss, stellte die Frage, wie sich die Kirche selbst zu verändern habe, um für einen gerechten Frieden glaubwürdig eintreten zu können.

Aktive Gewaltfreiheit

Sie setzt auf das Prinzip der Gewaltfreiheit in einer Welt voller Gewalt, weil wir als Christinnen und Christen an der Friedensbewegung Gottes Anteil haben: dieser Gedanke profiliert die Kundgebung gegenüber der Friedensdenkschrift von 2007, die den klaren

Vorrang der gewaltfreien Konfliktbearbeitung feststellt, doch in dem Verzicht auf Gewalt lediglich eine Option unter anderen sieht. Unter dem Leitbild des Gerechten Friedens bindet sie den Einsatz militärischer Maßnahmen als ultima ratio an enge Auflagen und an das Kriterium der rechtserhaltenden Gewalt. Die Kundgebung jedoch setzt anders an, indem sie die Aufgabe des Friedens im Gottesdienst und im Gebet annimmt. Sie versteht Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit als Einladung, in der Nachfolge Jesu, inspiriert durch seinen aktiven Gewaltverzicht, für einen gerechten Frieden einzustehen. Deshalb gibt sie gerade nicht, wie Johannes Fischer suggeriert, eine Art technische Garantieerklärung ab: „Alle Probleme und Konflikte lassen sich konstruktiv und gewaltfrei lösen“, sondern beruft sich auf die Fähigkeiten von Menschen, Gemeinschaften und Staaten, Konflikte konstruktiv und gewaltfrei in allen gesellschaftlichen und politischen Lebensbereichen zu bearbeiten. Es geht um Kompetenz, die man lernen kann. Die Kundgebung fordert zu Recht, Friedensbildung zu verstärken.

Die Selbstverpflichtungen der Kundgebung stehen unter dem synodalen Versprechen, Gewaltfreiheit „im Gebet, im eigenen Friedenshandeln und im gesellschaftlichen Dialog immer weiter einüben“ zu wollen. Dies ist keine Hybris, sondern signalisiert die spirituelle und die politische Einstellung, die aus dem Geist des göttlichen Friedens erwächst. Sie wird nicht entkräftet durch den Hinweis auf Bonhoeffers Gedanken, wonach zum verantwortlichen Leben die Bereitschaft zur Schuldübernahme gehört, im Gegenteil. Bonhoeffer spricht auf Fanö davon, dass Kämpfe nicht mit Waffen, sondern mit Gott gewonnen werden, und spitzt christologisch zu: „Friede soll sein, weil Christus in der Welt ist“. Für Bonhoeffer sind Kirche und Welt keine getrennten Bereiche; die von Jesus aufgezeigten Lebensmöglichkeiten und Handlungsweisen sind konkrete, zumutbare Herausforderungen an eine Welt, die im Licht der Versöhnung mit Gott steht, aber deren Erlösung noch offen ist, und zugleich spirituelle Orientierung für den Glauben und die Kirche.

Die Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein ist größer als die Bedingungen unseres Lebens, stärker als unsere Verstrickung in Schuld und Sünde; sie ist nachhaltiger als Gewalt, die unter dem Anschein der Unausweichlichkeit oft den Charakter einer „erlösenden Gewalt“ (Walter Wink) trägt. Der aktive Verzicht auf Gewalt, ob er nun eine individuelle Konsequenz des Glaubens ist oder auf einem kollektiven ethischen Verständnis beruht, erfordert professionelle Anstrengungen, große Wachsamkeit und entschiedene Prävention, um die Eskalation von Konflikten zu verhindern und um nicht in eine Ausweglosigkeit zu geraten, die schließlich nur noch die ultima ratio der Gewalt kennt. Mosambik ist ein Beispiel für eine friedliche Konflikttransformation; zwischen 1989 und 1992 hat Sant’Egidio eine Friedensvereinbarung zwischen den RENAMO- und den FRELIMO-Streitkräften vermittelt, die einen zehn Jahre dauernden Krieg beendete und die bis heute hält.

Im Vorfeld entscheidet sich, welche Chancen dem Frieden gegeben werden. „Der Einsatz von Gewalt ist immer eine Niederlage und stellt uns vor die Frage, ob wir im Vorfeld alles zur Prävention und gewaltfreien Konfliktlösung getan haben“, heißt es in der Denkschrift. Die Chancen des Friedens wachsen, wenn die Sicherheit anderer berücksichtigt wird und wenn die Kriterien von Gerechtigkeit und Recht, von Ausgleich und Gemeinwohl zu verbindlichen Prioritäten und zu Selbstverpflichtungen führen. Dezidiert verspricht die Kundgebung, die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften zu stärken „aufgrund positiver Erfahrungen mit Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung“. Friedensfachdienste und

Friedensorganisationen im Raum der Kirche dürfen ihre Arbeit bestätigt sehen; sie qualifizieren mit ihren breit gefächerten Angeboten auch Menschen, die nicht in klassischen kirchlichen Milieus beheimatet sind. Es ist nötig, den Ausbau der Friedens- und Demokratiebildung in Schulen und Bildungseinrichtungen zu fordern und hoffentlich als Kirche selbst zu fördern; man denke nur an die bundesweit etwa 1.100 Schulen in evangelischer Trägerschaft, an die pädagogischen Institute in den Gliedkirchen, an das Comenius-Institut und viele andere, auf Friedens- und Demokratiefragen spezialisierte Fachorganisationen im kirchlichen Raum.

Johannes Fischer spricht der Kundgebung beziehungsweise einem christlichen Pazifismus jegliche geistliche Qualität ab. Das ist falsch. Die Zugänge liegen bei Gottesdienst und Gebet, bei Gewaltfreiheit in der Nachfolge Jesu, bei den ökumenischen Bezügen. Dies alles ist lebendig in der evangelischen Friedensarbeit.

Glauben und Handeln

Wer in der Nachfolge Jesu Christi Gewaltfreiheit einübt, muss sich die Welt nicht schönreden. Johannes Fischer hat unrecht, wenn er der Kundgebung dies unterstellt. Realistisch ist ihr Blick auf die ökologische Situation, vor allem auf die Auswirkungen des Klimawandels, und konsequent sind die Forderungen nach nachhaltiger Entwicklung, nach Klimagerechtigkeit und globalem Klimaschutz als Beitrag zur Krisenprävention. Nüchtern ist der Blick auf die Gefährdungen des innergesellschaftlichen Friedens und auf die notwendige Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamophobie. Bedrohlich ist die Zerrissenheit Europas; wegweisend bleiben die Leitlinien der Charta Oecumenica (2001) für die Friedensverantwortung der Kirchen in Europa. Brandaktuell und hoch gefährlich sind der Kontrolle entzogene autonomisierte Waffen, die Militarisierung des Cyberraums und die nuklearen Waffenarsenale. Diese Wahrnehmung der Welt geschieht in dem Wissen um die „grundlegende Differenz zwischen dem, was wir für den Frieden tun, und dem Frieden Gottes“; sie steht in der Bewegung zwischen Klage und Gotteslob, zwischen dem Hier und Jetzt, das unseren Glauben und unser Handeln herausfordert, und dem neuen Himmel und der neuen Erde, die wir erwarten. Im Gottesdienst und im Gebet stellen sich Christinnen und Christen in den Frieden Gottes. Sie lassen sich einladen in die Geschichte Jesu Christi: was heißt das anderes, als dass sie gesegnet und gesendet, in Wort und Tat, als Gottes Hände und Füße die Botschaft der Versöhnung und des Friedens weitergeben?

Die geistliche Dimension christlichen Lebens geht nicht verloren, wenn Menschen ihren Glauben im Alltag leben oder wenn eine Kirche daran erinnert, welche Grundlagen für das Leben gelten. Wo sie Fehlentwicklungen sieht, muss sie öffentlich und eindeutig reden, in ihrem eigenen Bereich wie in die Gesellschaft hinein. Suchet der Stadt Bestes und betet für sie: das ist die Aufforderung, die Welt zu gestalten und sich dabei zurückzubinden an Gott. Diese Haltung schützt vor gesellschaftlichem und politischem Aktionismus; sie setzt Energie frei, indem sie die Welt als Gottes Welt bejaht, so zerrissen sie auch ist und so sehr sie Raum gibt für Böses und für Gewalt. Es ist eine ehrliche Option, den Glauben in der Übernahme persönlicher Verantwortung politisch zu leben und das persönliche Christsein nicht unpolitisch oder privat verstehen. Ich denke an Martin Luther King, der, als er den gewaltfreien Widerstand aus tiefem Glauben begann und durchhielt, den Rassismus in den USA entlarven und beenden wollte. Gewaltloser Widerstand war für ihn „keine

Widerstandslosigkeit gegenüber dem Bösen, sondern aktiver gewaltloser Widerstand gegen das Böse“. Dass er den Gegner nicht vernichten oder demütigen, sondern seine Freundschaft und sein Verständnis gewinnen will, speist sich aus dem Gebot Jesu zur Feindesliebe. Das Böse soll nicht hingenommen, sondern unterlaufen werden durch kreative oder verblüffende Interventionen – dazu inspiriert die Bergpredigt.

Ein christlicher Pazifismus, der den ethischen Dimensionen der Bergpredigt folgt, geht weder auf in „einem konsequentialistischen Kalkül, wonach Gewaltlosigkeit unterm Strich gerechnet letztlich gute Folgen hat und sich somit auszahlt“ (Fischer), noch in einer rein religiösen, geistlichen Gestalt, die auf eine Verantwortung für die Welt verzichtet. Wohl aber nimmt er – Jesus folgend - eine aktive Haltung des Verzichts auf Gewalt ein und sucht nach Feindschaft überwindenden, Versöhnung schaffenden, auf Verständigung setzenden, phantasievollen Lösungen von Konflikten. Carl-Friedrich von Weizsäcker spricht in diesem Kontext von „intelligenter Feindesliebe“. Sie trägt dazu bei, der Gewalt nicht das letzte Wort zu überlassen. In diesem Sinne weckt die Bergpredigt die Hoffnung auf Gottes Reich des Friedens und der Gerechtigkeit: sie verkündet den Frieden, den die Welt nicht geben kann, und ruft dazu auf, aktiv Verantwortung zu gestalten.

Politischer Kleinmut bei Atomwaffen

Die großen planetarischen Bedrohungen unserer Zeit sind Menschenwerk - der Klimawandel und die Nuklearwaffen. Beide Themen nimmt die Kundgebung auf. Die Frage atomarer Bewaffnung beschäftigt die EKD seit über 60 Jahren; die Denkschrift von 2007 hatte die Erwartung geweckt, von der Ablehnung der Drohung mit Atomwaffen nun zu einer klaren Forderung nach nuklearer Abrüstung bzw. nach dem Verbot und der Ächtung nuklearer Waffen zu kommen. Die Synode 2019 hält die Einsicht für unausweichlich, „dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen“. Sie nennt ausdrücklich den Bruch des Budapest Memorandums, die Kündigung des INF-Vertrages, die steigende Gefahr eines Einsatzes oder Unfalls, die Wirkungslosigkeit atomarer Abschreckung gegen konventionelle Angriffe, die real existierende Bedrohung durch in Büchel lagernde Atomsprengköpfe, und sie hält den Atomwaffenverbotsvertrag von 2017 für überfällig: das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen sei breiter Konsens, doch der Weg dorthin umstritten.

Trotz aller Einsichten vermeidet die Synode jedoch die unumwundene Forderung an die Bundesregierung, den Verbotsvertrag umgehend zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Stattdessen fordert sie – ohne Fristen zu nennen –, konkrete Schritte einzuleiten „mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen“ auf der Basis noch zu führender Verhandlungen in NATO, EU und OSZE. Dass die angemahnten Themen hoch komplex sind und langwierige Prozesse erfordern, spricht nicht gegen sie, doch als gradualistisches Verhandlungskonzept kommt der Vorschlag der Synode faktisch der herrschenden politischen Linie entgegen, die den Verbotsvertrag in Konkurrenz zum geltenden Nichtverbreitungsvertrag sieht und daher nicht verfolgt. Deutschland, das sich an den Beratungen zum Atomwaffenverbotsvertrag nicht beteiligte, vermeidet also die Auseinandersetzung, die die bisherigen 122 Unterzeichnerstaaten eröffnen. Eine völkerrechtliche Ächtung atomarer Massenvernichtungswaffen zielt auf ihre Delegitimierung, wie sie z.B. mit der Ächtung von chemischen Waffen und Landminen durchgesetzt wurde. Politisch ist es dringend erforderlich, die unterschiedlichen Verträge

aufeinander zu beziehen, also die Nichtverbreitung und das Verbot von Atomwaffen als notwendige und gleichberechtigte Strategien zu verfolgen. Global Zero als realpolitischer und moralischer Imperativ (Niels Annen) erfordert die Ächtung aller Nuklearwaffen und den Abbau aller nuklearen Arsenale ohne Verzögerung.

Faktisch belässt es die EKD-Kundgebung jedoch *noch* und weiterhin bei der atomaren Teilhabe, die Deutschland einen nicht-ständigen Platz im UN-Sicherheitsrat ermöglicht. Die Feststellung, „dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen“ ist vor diesem Hintergrund folgenlose Lyrik. Die synodale Unruhe reicht *noch* nicht für die politisch eindeutige Forderung, den Verbotsvertrag umgehend zu zeichnen und zu ratifizieren. Das *noch* der Heidelberger Thesen von 1959 klingt wieder an. In der Denkschrift 2007 schien das *noch* überwunden zu sein: „Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen *heute nicht mehr* als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden“ (Zf.162), ebenso mit dem Beschluss der Synode 2010 zur Ächtung von Atomwaffen. Doch das ist die Crux: nicht drohen, nur haben – und stecken bleiben in der Logik der Gewalt.



Ächtung und Verbot von Atomwaffen „unausweichlich“

Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ erfreut über Beschlüsse der EKD-Synode 2019

Pressemitteilung der Kampagne "Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt" vom 14.11.2019

Die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ zeigt sich weitestgehend erfreut über die auf der EKD-Synode in Dresden verabschiedete Kundgebung, in der auch Position zum Thema Atomwaffen bezogen wird. In der Kundgebung wird die Bundesregierung aufgefordert, „konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.“ Die EKD-Synode ist das höchste Gremium der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und tagte vom 10. bis zum 13. November in Dresden unter der Losung „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“.

„Das von der Synode verabschiedete Abschlussdokument ist mit seiner Forderung, dem UN-Atomwaffenverbot beizutreten, ein Schritt in die richtige Richtung.“, sagt Pfarrer Rainer Schmid von der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“. „Bedauerlich ist jedoch, dass die Synodalen nicht den Mut gefunden haben, den Abzug der in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen zu fordern. Der Bundestag hatte sich bereits 2010 fraktionsübergreifend für den Abzug der Atomwaffen ausgesprochen. Eine Bekräftigung dieser Forderung wäre so naheliegend und so wichtig gewesen. Hier hat die Synode eine Chance vertan, sich konsequent für ein atomwaffenfreies Deutschland einzusetzen.“, so Schmid weiter.

Die Kirchen und in kirchlichen Gruppen organisierte Menschen sind seit langer Zeit eine wichtige zivilgesellschaftliche Stimme für nukleare Abrüstung. So fanden in den vergangenen Jahren wiederholt von Aktiven aus verschiedenen Landeskirchen veranstaltete Aktionstage am Fliegerhorst Büchel statt. Zuletzt kam die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann am 7. Juli 2019, dem Jahrestag der Verabschiedung des UN-Atomwaffenverbots, zu einer Protestaktion am Atomwaffenstandort Büchel und hielt dort vor rund 1.000 Menschen eine Predigt. Der kirchliche Aktionstag 2020 wird am 6. Juni stattfinden. Zu diesem wird als Rednerin Annette Kurschus, Stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, erwartet.

Die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ wird getragen von 70 Organisationen aus dem Bereich der Friedens-, Umwelt und Gewerkschaftsbewegung sowie religiösen Gruppen. Sie fordert den Abzug statt der Aufrüstung der in Büchel stationierten Atomwaffen sowie den Beitritt Deutschlands zum 2017 verabschiedeten UN-Atomwaffenverbot.

Bei Rückfragen:

Marvin Mendyka, Sprecher der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“

Tel.: 0228 / 692904

Email: m.mendyka@friedenskooperative.de

In der EKD-Friedenskundgebung ist Gewaltfreiheit wichtiges Signal - Mut fehlt bei Atomwaffenverbot

Pressemitteilung von Christine Buchholz, 14. November 2019

„Ich begrüße es, dass die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) das Primat der Gewaltfreiheit und Wege zur globalen Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer friedenspolitischen Arbeit rückt. Gleichzeitig braucht es mehr Mut bei der Forderung nach einem Atomwaffenverbot“, kommentiert Christine Buchholz, religionspolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE, die Kundgebung der zwölften Synode der EKD zur „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“. Buchholz weiter:

„In ihrer Friedensdenkschrift von 2007 hielt die EKD den Einsatz militärischer Mittel als äußerstes Mittel, als ‚ultima ratio‘, für legitim. Heute appelliert die EKD an alle Verantwortlichen, ‚militärische Gewalt und kriegsgerische Mittel zu überwinden‘ und fordert die Bundesregierung auf, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für entwicklungspolitische Maßnahmen und gewaltfreie Konfliktbearbeitung bereitzustellen. Das ist ein wichtiges Zeichen und ein Schritt in die richtige Richtung.

In Zeiten sich zuspitzender Konflikte, Klimakrisen und zunehmender globaler und gesellschaftlicher Ungleichheiten macht die evangelische Kirche mit ihrer Erklärung zudem deutlich, dass nicht nur militärische Gewalt zu einer unfriedlichen Welt beiträgt. Die Einschätzung, dass Auswirkungen von Umweltzerstörung, unfaire Handelsbeziehungen, Rassismus und Ausgrenzung ebenfalls als Konfliktbeschleuniger wirken, teile ich.

Im Vorfeld der Synode hatten friedenskirchlich orientierte Gemeinden und Friedensorganisationen die Synode aufgefordert, einen klaren Beschluss zur Ächtung von Atomwaffen und eine Aufforderung an die Bundesregierung zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen zu richten. Ich teile die Ansicht der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V., dass die Kundgebung dieser Forderung nur unzureichend nachkommt: So fordert die EKD die Bundesregierung nicht auf, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Auch ein klarer Aufruf zum Abzug der US-Atomwaffen in Büchel ist leider nicht zu finden. Klar ist: Wir werden weiterhin den Dialog über friedenspolitische Herausforderungen suchen und mitgestalten.“

Klares Bekenntnis zur Gewaltfreiheit

Warum Frieden kein Randthema ist, sondern in der Mitte christlichen Glaubens steht

RENKE BRAHMS

In der Januarausgabe der *zeitzeichen* kritisierte der Systematische Theologe Johannes Fischer die in Dresden beschlossene EKD-Kundgebung „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“. Ihm antwortet Renke Brahms, Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Der Frieden ist ein zentrales Thema der Bibel und des christlichen Glaubens. Die Kirche folgt hier der Botschaft Jesu, dem Geist eines biblischen Schaloms, eines umfassend gemeinten Friedens, der die Gerechtigkeit küsst und das Recht aufrichtet (Psalm 85).

Seit der Friedensdenkschrift 2007 orientiert sich die Evangelische Kirche in Deutschland an dem Leitbild des gerechten Friedens. Ein gerechter Frieden, der den engen Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden betont, der gleichzeitig auch den engen Zusammenhang von Frieden und Recht beschreibt und der geprägt ist vom klaren Vorrang einer zivilen Konfliktbearbeitung und Prävention.

Doch seit 2007 hat sich die Welt verändert. Die Krise des Multilateralismus, neue Dimensionen des Terrorismus, hybride Kriegsführungen, Kriege im Cyberraum, die Entwicklung autonomer und teilautonomer Waffensysteme, all das wirft neue ethische Fragen auf, dazu kommen Konflikte in Folge des Klimawandels, ein Wiedererstarken von Nationalismus und Populismus sowie eine neue Rüstungsspirale bei nuklearen Waffen. Mit der Kundgebung „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ der Synode in Dresden will die EKD Antworten auf diese neuen Herausforderungen geben.

Dabei ist die Kundgebung von einem zentralen Leitgedanken geprägt: Ausgerichtet am Leitbild des gerechten Friedens wird auch angesichts neuer und sich verschärfender Konflikte am unbedingten Vorrang des Zivilen und an dem Weg der Gewaltfreiheit als vorrangigem Weg

festgehalten. Ziel ist es, militärische Gewalt und kriegsgerische Mittel Schritt für Schritt zu überwinden und den eindeutigen Schwerpunkt auf die Prävention zu legen. Gerade auch in einer Zeit, in denen es scheinbar in eine andere Richtung geht.

Kritiker wie der Züricher Theologe Johannes Fischer (siehe zz 1/2020 und www.zeitzeichen.net/node/7979) sehen in der EKD-Kundgebung eine „theologische Verirrung“ und „eine Fehlinterpretation eines christlichen Pazifismus“. Aber christlicher Pazifismus war nie ausschließlich eine individuelle Gewissensentscheidung, den Geist des Friedens in die Welt hineinzutragen, wie Fischer meint, sondern immer auch eine politische Option. Ein christlich

motivierter Pazifismus ist kein „Raushalten“, sondern es ist immer auch eine höchst aktive Tätigkeit im Suchen und Entwickeln von gewaltlosen Wegen der Konfliktbearbeitung, denn sonst ist es kein Pazifismus.

Johannes Fischer fragt polemisch nach gewaltlosen Konzepten der EKD gegen den Islamischen Staat (IS), verkennt dabei aber, dass der IS das Ergebnis eines längeren Prozesses war, eine Folge von militärischen Interventionen und einer verfehlten Politik im Irak, und der IS erst durch militärisches Eingreifen ohne jede zivile, politische Entwicklung ermöglicht wurde. Beispiele wie Mali zeigen, dass es eine zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung selbst in eskalierten Konflikten gibt,



„Beispiele wie Mali zeigen, dass es eine zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung selbst in eskalierten Konflikten gibt...“

die zudem nachhaltiger ist als eine militärische Option. Afghanistan dagegen ist ein Beispiel dafür, dass die Bilanz militärischer Interventionen enttäuschend ist und viele Nationen den Großmächten nicht mehr trauen.

Es hat sich doch längst erwiesen, dass sich der Glaube an eine militärische Lösung von Konflikten als ausgesprochen naiv zeigt. Und gerade der Zivile Friedensdienst (ZFD), der vor zwanzig Jahren gegründet wurde und der sich seitdem mit fast 1500 Fachkräften in knapp sechzig Ländern mit Engagement, Expertise und Erfolg für eine zivile Konfliktbearbeitung einsetzt, zeigt doch, dass es zivile Alternativen gibt, um in Krisen- und Konfliktregionen Frieden zu fördern und Gewalt vorzubeugen. Realismus heißt, endlich auch zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Instrumente nachhaltiger und daher auch zu stärken sind.

Fischer wirft der EKD vor, es fehle an einer sachgemäßen Unterscheidung zwischen dem Frieden Gottes und dem

Frieden in der Welt. Doch dem ist nicht so. Christinnen und Christen leben zu allererst von dem von Gott geschenkten Frieden, „der höher ist als alle Vernunft“ (Philipper 4,7). Wir feiern ihn im Gottesdienst, wir erbitten ihn von Gott und lassen ihn uns im Segen zusprechen. Das macht deutlich: Der Frieden ist kein Randthema, sondern er steht in der Mitte des christlichen Glaubens. Und dies bestimmt christliches Handeln für einen Frieden in der Welt. Es ist unsere Herausforderung, das Leitbild des gerechten Friedens in politische Strategien umzusetzen. Und es ist die Aufgabe der Kirche, als Mahnerin zu fungieren, aber auch konkret an politischen Entwicklungen mitzuarbeiten.

Vision Frieden

Die biblische Rede über den Frieden ist wegweisend und gibt eine realistische Orientierung, auch wenn sie eine über die Realität hinausgehende Vision entwickelt. „Christus ist unser Friede“, heißt es im Epheserbrief. In diesem Paulusbrief wird das Bild einer Friedenskirche gezeichnet. Hier geht es um den Frieden des Einzelnen mit Gott, um Frieden in Gemeinde und Kirche, aber auch um einen gesellschaftlichen Frieden. Dieser Frieden beschreibt das umfassende Wohlergehen, ein intaktes Verhältnis der Menschen untereinander, zur Gemeinschaft, zur Mitwelt und zu Gott.

Die Rolle der Kirche ist es dabei nicht nur, eine friedensethische Debatte zu führen oder anzumahnen, sich in die gesellschaftlichen und politischen Prozesse einzumischen und sich konkret in Kirche und Diakonie, in Friedensgruppen und Entwicklungsarbeit zu engagieren, sondern den Menschen auch von der Hoffnung zu erzählen, die uns trägt. Darum ist es auch eine geistliche, eine spirituelle Frage, wie wir dem Frieden dienen können.

Und deshalb gilt es, sich als Kirche auch den aktuellen Herausforderungen für den Frieden in der Welt zu stellen. Das tut die EKD-Kundgebung von Dresden. Auch in der Klimapolitik, die in der EKD-Denkschrift von 2007 noch keine entscheidende Rolle spielte, obwohl der Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung für die Kirchen im Konziliaren Prozess schon immer wichtig war. Doch angesichts der katastrophalen Folgen der Klimaveränderungen und der Auswirkungen auf

eine innergesellschaftliche und weltweite Friedensordnung, die immer klarer spürbar werden, betont die EKD-Kundgebung nachdrücklich, dass für den Frieden in der Welt Klimagerechtigkeit eine entscheidende Voraussetzung darstellt. Die EKD-Kundgebung macht dabei unmissverständlich deutlich, dass die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels die Konflikte beschleunigen, dass sie bestehende Problemlagen wie Hunger oder extreme Wetterereignisse verstärken und gerade diejenigen besonders treffen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen. Die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDG) bilden einen geeigneten Rahmen, um den engen Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu gestalten. Das Engagement für die Erhaltung der Schöpfung geschieht zum einen um ihrer selbst willen, weil sie Gottes Schöpfung und nicht unser Besitz ist. Es geschieht um der zukünftigen Generationen willen, weil sie eine Lebensgrundlage behalten sollen. Es geschieht um der Gerechtigkeit willen, weil der Kampf um Ressourcen Gewinner und Verlierer – das heißt, Opfer – erzeugt und die Kirche an der Seite der Opfer zu stehen hat. Es geschieht um des Friedens willen, weil es um Ursachenbekämpfung vieler Konflikte und Kriege geht. Und eins unterstreicht die EKD-Kundgebung klar: Ohne nachhaltige Entwicklung gibt es keinen Frieden.

Doch geht es beim Klimawandel auch um das eigene Handeln und Leben, als Einzelne und als Kirche. Und um die Schaffung politischer Rahmenbedingungen, die eine Zukunft ermöglichen.

Es ist unsere Herausforderung, das Leitbild des gerechten Friedens in politische Strategien umzusetzen.

Die evangelische Kirche fordert mit dieser Kundgebung ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, aber auch von jedem Einzelnen, die ökologischen Grenzen unserer Erde einzuhalten.

Eine andere, ebenso wichtige Herausforderung für den Frieden stellt die Frage nach der ethischen Bewertung von Nuklearwaffen dar. Dies hat die Evangelische Kirche in Deutschland seit den 1950er-Jahren intensiv begleitet und oftmals fast



Foto: dpa/Arne Immanuel Bänsch

zerrissen. Hatten die Heidelberger Thesen von 1959 noch formuliert, dass die Kirche „die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen“ muss, so machte die EKD-Friedensdenkschrift 2007 deutlich, dass „die Drohung mit Nuklearwaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung“ betrachtet werden kann. Die EKD-Kundgebung von Dresden hält nun fest, dass eine Welt ohne Atomwaffen („Global zero“) politisches Ziel bleibt und dass angesichts einer mangelnden Abrüstung, der drohenden Modernisierung der Atomwaffenarsenale und auch der Kündigung bestehender Kontrollverträge durch die Atommächte nur eine völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den nötigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen.

Ächtung von Nuklearwaffen

Aus der Friedensbewegung wurde hier Kritik an der EKD laut. Ihr gingen die Formulierungen in der EKD-Kundgebung, was Atomwaffen angeht, nicht weit genug. Möglicherweise hätte hier mancher Satz durchaus deutlicher sein können, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund von aktuellen Erklärungen aus der Ökumene wie dem Ökumenischen Rat der Kirchen oder

aus der römisch-katholischen Kirche zu Atomwaffen und ihrer friedensethischen Bewertung. Aber es bleibt doch festzuhalten: Die EKD-Kundgebung von Dresden ist ein deutliches Bekenntnis zu einem Atomwaffenverbotsvertrag und zur Ächtung von Nuklearwaffen, wie es so vorher noch nicht ausgesprochen wurde. Ebenso spricht sich die evangelische Kirche in ih-

*Die EKD-Kundgebung
ist ein deutliches Bekenntnis
zu einem Vertrag für
ein Atomwaffenverbot.*

rer Dresdner Kundgebung auch für eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, aus. Auch hier nimmt die EKD damit zu einer neuen friedensethischen Herausforderung deutlich Stellung.

Die Synode in Dresden hat gezeigt, dass die Evangelische Kirche in Deutschland nicht nur auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens ist, sondern dass sie sich als Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens versteht. Sie reiht sich damit ein in den von der ÖRK-Vollversammlung 2013 ausgerufenen weltweiten Pilgerweg der Ökumene und wird ihr Reden und Handeln danach ausrichten, auch im Blick auf die kommende ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe

2021. „Als Teil der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein verpflichten wir uns, in unseren eigenen Strukturen und Veränderungsprozessen, in unserem täglichen Handeln sowie in den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen um Gottes Frieden zu bitten, ihn beständig zu suchen und für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Wir sind unterwegs in dem Vertrauen, dass Gott unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet“, so formuliert es die EKD-Kundgebung.

Wir werden uns in der evangelischen Kirche auf diesem Pilgerweg sicher nicht in allen friedensethischen Fragen einig sein, doch ein Pluralismus der Meinungen ist kein Defizit, sondern er ist Ausdruck einer Kirche, die auf dem Weg ist. Dazu gehört auch die Frage, ob es besondere Situationen gibt, die bei notwendigen Zwangsmaßnahmen auch eine militärische Option beinhalten, die in zivile und politische Maßnahmen eingebettet ist, zum Beispiel bei Genozid oder schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Es gilt, auch mit Unterschieden und Spannungen umzugehen. Aber man darf und soll erkennen, dass es ein spiritueller, ein ethischer, ein politischer und ein praktischer Weg ist und wir als Pilger im Gebet, im täglichen Handeln und in der politischen Beteiligung auf Gott vertrauen, der unsere Füße auf den Weg des Friedens richtet. ▴

... die zudem nachhaltiger ist als eine militärische Option.“

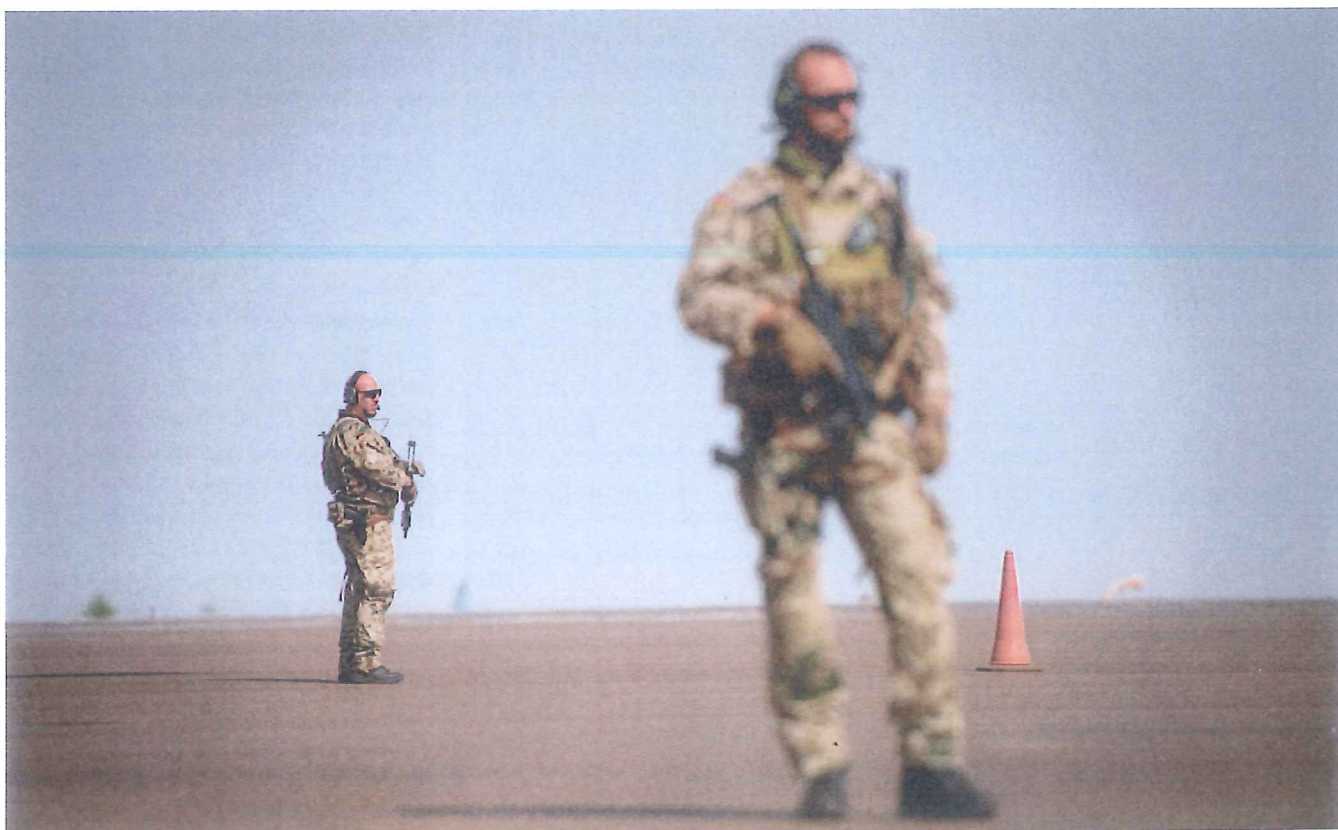


Foto: dpa/Arne Immanuel Bänsch

AUSSENANSICHT

Am Ende siegt Gewaltfreiheit

CHRISTINE BUSCH
Friedens-Aktivistin



In Syrien tobt ein blutiger Bürgerkrieg, in Mali bestimmt Gewalt das Bild, dem Terrorismus fallen weltweit Menschen zum Opfer. Wer angesichts dessen für Gewaltfreiheit eintritt, wird belächelt oder verhöhnt. Dass gewaltfreie Konfliktbearbeitung aber erfolgreich ist, dass gewaltfreies Handeln helfen kann, Spannungen und Auseinandersetzungen zu schlichten und Frieden zu schaffen, spielt in der öffentlichen Wahrnehmung leider nur eine geringe Rolle. Zu Unrecht. Eine Untersuchung zur Wirksamkeit gewaltfreier Aktionen gegenüber Aufständen zwischen 1900 und 2006 zeigte, dass gewaltlose Bewegungen mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit erfolgreich waren wie solche, in denen zu Gewalt gegriffen wurde.

Und dies auch in Konflikten mit großer Brutalität, wie im Bürgerkrieg in Liberia, der von den „Frauen in Weiß“ beendet wurde, weil sie über die gesellschaftlichen Trennungen hinweg ohne Furcht für den Frieden eintraten. Es gibt viele Beispiele, wo gewaltfreie Aktionen zivilgesellschaftlicher Akteure auch unter Situationen extremer Repression erfolgreich sind. „Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen“, heißt es in einer Erklärung der EKD-Synode.

Dazu gehört der Zivile Friedensdienst (ZFD), der sich seit 20 Jahren erfolgreich dafür einsetzt, Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Seit 1999 unterstützen 1400 ZFD-Fachkräfte in 60 Ländern, auch in Regionen, in denen Konflikte bereits eskaliert sind, Menschen vor Ort in ihrem Engagement für Menschenrechte, Aussöhnung und Frieden. Sie bringen verfeindete Gruppen in Kontakt, balancieren unterschiedlichen Interessen aus und machen ein friedliches Zusammenleben wieder möglich. Doch diese Arbeit ist oft nicht bekannt, die finanzielle Ausstattung ist viel zu gering, um alle Möglichkeiten einer gewaltfreien Konfliktbearbeitung auszuschöpfen. Doch alle Erfahrungen machen deutlich, dass gewaltfreie Mittel in Konflikten mehr bewirken können als militärische Einsätze.

AUTORENINFORMATION
Die Autorin Christine Busch ist Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung der Autorin wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



KARIKATUR: MESTER

LEITARTIKEL

Merkels Mission birgt ein Risiko

KONFLIKT Der von der Kanzlerin initiierte Libyen-Gipfel könnte den Weg zu Frieden und Stabilität in dem nordafrikanischen Land ebnen. Ob das jedoch gelingt, hängt auch vom Beitrag Europas ab.

REINHARD ZWIEGLER



Eine so hochkarätige Konferenz wie am vergangenen Sonntag nach Berlin einzu-berufen, schafft derzeit offenbar nur die deutsche Regierungschefin. Angela Merkel hat ihr immer noch enormes internationales Ansehen in die Waagschale geworfen und damit nicht nur die verfeindeten libyschen Bürgerkriegsparteien ins Kanzleramt geholt – auch wenn sich die beiden Spitzenleute immer noch nicht Aug in Aug gegenüber stehen mochten – sondern auch die jeweiligen, hinter dem Konflikt stehenden Staaten. Von der Türkei mit Staatschef Recep Tayyip Erdogan, der die Regierung von Fais al-Sarradsch in Tripolis unterstützt, bis zu Kremlchef Wladimir Putin, der dem mächtigen General Chalifa Haftar zur Seite steht. Vertreten waren auch zahlreiche afrikanische Länder, außerdem Großbritannien sowie Frankreich und Italien, die beide um die Verfügung über libysches Öl konkurrieren.

Merkel ist ein Coup gelungen, weil Deutschland in Libyen und dem gesamten nordafrikanischen Raum keine vordergründigen eigenen Interessen verfolgt. Dass sich Berlin im Jahr 2011 – unter einer damals konservativ-liberalen Regierung – nicht an Luftschlägen gegen Diktator Muammar al-Gaddafi beteiligte, brachte damals heftige westliche Kritik ein. Heute jedoch erhöht das die Glaubwürdigkeit

Deutschlands als Moderator in einer äußerst verworrenen Lage.

Aber natürlich ist unser Land an Stabilität und Berechenbarkeit in Libyen und den afrikanischen Staaten der Region interessiert, schon weil sich Flüchtlingsströme nicht weiter und unkontrolliert gen Norden aufmachen sollen. Die Kanzlerin hat aus ihrer Politik der nicht geschlossenen Grenzen und des nahezu unbegrenzten Zulaufs von Bürgerkriegsflüchtlingen, aber auch allerhand zwielichtiger bis offen terroristischer Personen, vom Spätsommer 2015 offenbar gelernt. Anders gesagt, die Sicherheit Deutschlands wird auch an den libyschen Grenzen und Küsten verteidigt.

Allerdings darf von der Berliner Konferenz mit ihrem viele wichtige Punkte umfassendem Abschlusspapier niemand Wunderdinge erwarten. Wichtig ist nun, dass aus einem Waffenstillstand eine wirklich dauerhafte Waffenruhe entsteht. Viel leichter aufgeschrieben als umgesetzt sind auch die Auflösung be-

waffneter Gruppen und Milizen, ein Waffenembargo und die Entwaffnung in dem ohnehin von Waffen starrenden Land. Ob die Konferenz von Berlin letztlich von Erfolg gekrönt sein wird, entscheidet sich in den nächsten Wochen und Monaten. Es hängt vom ernsthaften Willen der Konfliktparteien in Libyen selbst, aber auch ihrer Unterstützer ab.

Das Risiko aber, dass Merkel mit ihrer diplomatischen Großinitiative scheitern könnte, dass auch dieser Vorstoß im Sande der libyschen Wüste verlaufen könnte, ist durchaus vorhanden. Es war gleichwohl richtig, dass die Kanzlerin gemeinsam mit ihrem Außenminister Heiko Maas aktiv geworden ist. Die Alternative wäre gewesen, weiter ohnmächtig zuzuschauen, wie die dramatische Lage in dem geschundenen Land immer noch schlimmer wird.

Allerdings – und ohne dass dies in Berlin bereits zur Sprache gekommen ist – steht nun auch die Frage eines europäischen, speziell eines deutschen, Beitrages zur Durchsetzung der Maßnahmen im Raum. Dabei kann es nicht vordergründig und nicht in erster Linie um die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Libyen gehen. Es gibt weder eine belastbare Waffenruhe noch ein politisches Konzept, das unsere Soldaten unterstützen sollten. Erneute Abenteuer wie in Afghanistan verbieten sich jedenfalls. Doch gegen ein baldiges Neuaufleben der Marine-Mission Sophia, etwa um Waffenschmuggel über das Meer zu unterbinden und um Flüchtlinge vor dem Ertrinken zu retten, spricht eigentlich nichts.

» „SOPHIA“ SOLL ÜBER EMBARGO WACHEN
Die Berichterstattung zum Leitartikel SEITE 5

PRESSESTIMMEN

Münchner Merkur

Die Zeitung kommentiert die CDU-Klausur:
„In Hamburg hat die CDU die Wähler nochmal freundlich daran erinnert, wofür sie aktuell steht: für Streit in der K-Frage und Ratlosigkeit hinsichtlich der von CSU-Chef Söder verlangten Umbildung der Bundesregierung. Wie Hohn klingen die Betschwörungsformeln der Parteichefin Kramp-Karrenbauer, die Menschen wollten ‚Sacharbeit statt Selbstbeschäftigung‘.“

Hessische Allgemeine

„Die Sehnsucht im Land nach Orientierung ist groß. All das kann und muss eine Volkspartei bieten.“

DIE ZEITUNG AUS KASSEL SCHREIBT ZUR CDU-KLAUSUR

Süddeutsche Zeitung

Die Zeitung aus München zu Harry und Meghan:
„Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Ehepaar Sussex und dem Palast wird als Waterloo für die Aussteiger und als Sieg der Monarchin interpretiert, die aber, das darf nicht fehlen, dabei ihr gutes Herz gezeigt habe. Denn eine Queen muss hart, aber zugleich mütterlich sein. Die Bevölkerung ist in alledem, schon viel weiter. Die Mehrheit gönnt dem Paar seine neue Freiheit.“

De Telegraaf

Die Zeitung aus Amsterdam schreibt zur Libyen-Konferenz:
Es lässt sich nicht leugnen, dass aus Libyen jede Menge Hiobsbotschaften kommen. Ein nicht nachlassender Strom von Migranten über das Mittelmeer, Kriegschaos, obendrein die Terrororganisation IS, die in dem Land Fuß fasst. (...) Allenthalben wird befürchtet, dass es zu einem zweiten Syrien kommt, wo sich beinahe alle regionalen und Weltmächte seit Jahren bekriegen.“

Tages-Anzeiger

Die Zeitung aus Zürich kommentiert die Libyen-Konferenz:
„Richtig ist der Ansatz der Konferenz zweifellos. (...) Nötig sind nun robuste Mechanismen, um das Waffenembargo durchzusetzen. Verstöße müssen – wie in Berlin bekräftigt – mit Sanktionen des UNO-Sicherheitsrates geahndet werden. Eine Waffenruhe wird auf Dauer nur halten, wenn sie von einer unabhängigen Instanz wie einer Friedenstruppe überwacht und durchgesetzt wird.“

Christine Busch und Jan Gildemeister

Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens

Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein – diese Überzeugung prägte die inhaltliche Vorbereitung auf die EKD-Synode 2019. In einem zweijährigen Prozess kooperierten Synodale unter anderem mit Vertreter*innen der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), der landeskirchlichen Friedensarbeit, der Friedensfachorganisationen, der Entwicklungszusammenarbeit und der Seelsorge an Soldaten. Gemeinsam entwickelten sie eine friedensethische Antwort auf aktuelle Herausforderungen wie Klimawandel, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, ein durch Populismus und Nationalismus verändertes gesellschaftliches Klima, die Krise des Multilateralismus, steigende Ausgaben für Rüstung und Militär, neue Waffentechnologien, Cyberangriffe und atomare Bedrohung.

Der Primat der Gewaltfreiheit

Die Kundgebung bestätigt den Primat der Gewaltfreiheit. Argumentativ spannt sie einen Bogen zwischen Theologie, Spiritualität, Ethik und Friedensarbeit. Die politische Positionierung lautet: „Eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde achtende Weltordnung ist der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte. Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten.“ Ökumenischer Bezugspunkt ist der Konziliare Prozess. Zum einen der „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“, zu dem die Vollversammlung des ÖRK 2013 ihre Mitgliedskirchen und alle Menschen guten Willens eingeladen hat und der auf die 2021 in Karlsruhe stattfindende 11. Vollversammlung des ÖRK hinführt. Zum anderen die Ökumenische Versammlung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ 1989 in Dresden.

Der Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens will das geistliche Profil von Kirche schärfen.

Er zielt auf Umkehr und Erneuerung, auf geistliche Veränderung und eine verändernde Lebenspraxis. Er fordert unsere Sprache und unsere Demut heraus, indem er Leid und Unfrieden nicht tabuisiert. Bewusst will er der Erfahrung des Schmerzes und des Versagens Raum geben, aber auch Orte der Stärkung aufsuchen und als Weg des Lernens und der Buße die Dimension einer transformierenden Spiritualität eröffnen.

Gottes Friedensbewegung in diese Welt hinein, die wir im Gottesdienst und Gebet erfahren, ruft dazu auf, uns an Christi gewaltfreiem Friedenshandeln auszurichten und Verantwortung für einen gerechten Frieden zu übernehmen. Im Unterschied zur Friedensdenkschrift von 2007 geht es nicht mehr um die Frage, ob beziehungsweise unter welchen Voraussetzungen militärische Gewalt als „ultima ratio“ notwendig oder gerechtfertigt ist. Im Vordergrund steht heute die Einsicht, dass sich die globalen Probleme nicht militärisch lösen lassen. Gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und gelingende Versöhnungsprozesse werden als Potenzial von Menschen, Gemeinschaften und Staaten hervorgehoben. Nicht nur individuell, sondern vor allem auch politisch kommt es darauf an, gewaltfreie Konzepte professionell und phantasievoll zu entwickeln. Das sind starke Töne in einer Zeit, in der Bedrohungen und Gewalterfahrungen innergesellschaftlich und international zunehmen.

Frieden als göttliches Geschenk

Johannes Fischer, ein Kritiker der Kundgebung, spricht jedoch von einer „theologischen Verirrung“, da sie nicht sachgemäß zwischen dem Frieden Gottes und dem weltlichen Frieden unterscheidet (Zeitzeichen). Doch gerade das tut sie, wenn sie Frieden als göttliches Geschenk annimmt, wenn sie den Friedensauftrag biblisch und gottesdienstlich begründet, wenn sie die Aufgabe des Friedens als Dienst an der Welt versteht. Sie weiß zu differenzieren zwischen dem, was Gottes, und dem, was des Menschen ist. Sie will nicht den Ge-

Nicht nur individuell, sondern vor allem auch politisch kommt es darauf an, gewaltfreie Konzepte professionell und phantasievoll zu entwickeln.

brauch von Gewalt legitimieren, sondern bindet das Verständnis und die Praxis des Friedens in der Nachfolge Jesu an den Verzicht auf Gewalt und Feindschaft. Eine Mitgestaltung der Welt – dieser Friedenslogik folgend – ist kreativ und konstruktiv. Sie stellt sich der Realität mit offenen Augen, gerade weil sie aus dem göttlichen Frieden lebt, „der alle Vernunft übersteigt“ (Philipper 4,7).

Aus dieser Perspektive ist die Frage, ob Instrumente der Gewaltfreiheit den Terror des Islamischen Staates hätten verhindern können, obsolet. Oder wird sie gestellt, um eine übermächtige Gewalt des Bösen zu behaupten, der man nur mit vermeintlich erlösender Gegengewalt begegnen kann?

Der christliche Glaube erkennt in dem, was uns Menschen von Gott trennt, den Grund von Gewalt – gegen Einzelne, gegen Gruppen, gegen das Leben, gegen die Schöpfung. Eine gewaltförmige Reaktion darauf schafft die Dynamik, in der sich Gewalt potenzieren kann. Nichts zu tun ist eine Kapitulation vor der Kraft des Bösen – und ein Zweifel an Gottes Kraft, die in den Schwachen mächtig ist (2. Korinther 12,9). Glaube schließt Handeln ein, auch als gewaltfreien Widerstand und als kreative Reaktion, und ist sich der Grenzen des Handelns und des möglichen Scheiterns bewusst.

Herausforderungen

Unter Bezug auf positive Erfahrungen konstruktiver, gewaltfreier Konflikttransformation richtet sich die erste synodale Selbstverpflichtung im Sinne der Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt sehr konkret auf die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften. Hier liegen die professionellen Aufgaben der evangelischen Friedensfach- und Freiwilligendienste, die auch aus kirchlichen Mitteln unterstützt werden. Dürfen sie nun auf eine stärkere Unterstützung hoffen? Ein solches Zeichen würde die an die Politik gerichtete Forderung der Synode nach dem Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung (inklusive Bereitstellung der erforderlichen Mittel) glaubhaft unterfüttern. Und es wäre ein Signal nach innen. Die Struktur der Evangelischen Friedensarbeit, 2007 vom Rat der EKD verabschiedet, vernetzt unterschiedliche Träger und sorgt unter der Leitung des Friedensbeauftragten des Rates der EKD dafür, friedensethische wie friedenspraktische Diskurse in Politik und Gesellschaft zu qualifizieren und öffentlich zu vermitteln. Im Unterschied zur Friedensdenkschrift von 2007 nimmt die Kundgebung die ökologische Situation

auf; sie zeigt die gefährdete, bedrohte, geschädigte Erde. Dass ihre Bewohnerinnen und Bewohner für den gewaltförmigen Prozess ihrer Zerstörung ursächlich Verantwortung tragen, steht jedoch nicht im Fokus. Allgemein wird das Eintreten „für eine Ethik, eine Ökonomie und einen Lebensstil des Genug“ gefordert und damit nur sehr vorsichtig eine Überlebensfrage der Menschheit berührt; das ist eine Schwäche des Textes. Was lebt die Kirche vor angesichts wachsender Unterschiede zwischen Arm und Reich? Es wird darauf ankommen, nicht nur unseren Überfluss zu teilen, sondern unseren Lebensstil radikal zu verändern. Die gewünschte „Verzahnung von Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskursen in Kirche und Gesellschaft“ muss sich der Einsicht stellen, dass eine nachhaltige Entwicklung die realen planetaren Schäden nicht mehr zu heilen vermag, sondern allenfalls den Zerstörungsprozess unserer Erde verlangsamt.

Der Kundgebung liegt ein globales Sicherheitsverständnis zugrunde, das nicht von „Bedrohungen“ Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Interessen geleitet ist, sondern auf die Sicherheit aller Menschen, auf die gemeinsame Sicherheit von Staaten und auf die Sicherheit des Planeten durch nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz orientiert. Die Synode fordert „ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde“. Völlig schnörkellos spricht sie sich dafür aus, im Bundesetat mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes unter anderem für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention, für gewaltfreie Konfliktbearbeitung, für Nachsorge und zivile Aufbauarbeit in Krisenregionen einzuplanen. Sie fokussiert auf die Europäische Union „als Projekt des Friedens und der Versöhnung“. Neben einem Ausbau friedensfördernder Institutionen und Instrumente und einer friedensverträglichen (Außen-)Politik fordert sie restriktivere Rüstungsexportregelungen in Deutschland und auf EU-Ebene.

Als friedensethische Herausforderungen werden die Autonomisierung von Waffensystemen, der Cyberraum und Atomwaffen näher beschrieben. „Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein.“

Was noch fehlt

Was der Kundgebung jedoch fehlt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Sicher-

Was lebt die Kirche vor angesichts wachsender Unterschiede zwischen Arm und Reich? Es wird darauf ankommen, nicht nur unseren Überfluss zu teilen, sondern unseren Lebensstil radikal zu verändern.

heitsstrategie und -politik der Bundesregierung. Sie verzichtet darauf, sich mit dem intensiv diskutierten Gegenentwurf „Sicherheit neu denken“ zu befassen, der im Rahmen des Prozesses „Kirche des gerechten Friedens werden“ von der Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden beauftragt wurde. Dabei geht es um einen Paradigmenwechsel der deutschen Sicherheitspolitik, ausgehend von einem Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung, das sich an einer konsequenten Umsetzung der Social Development Goals der UN bis 2030 orientiert. Ziel ist es, die Mittel militärischer Sicherheitspolitik bis 2040 auf Krisenprävention und Konfliktbearbeitung umzusteuern.

Entscheidend ist es, dass sich die politischen Forderungen, Impulse und Selbstverpflichtungen der Kundgebung in politischen Äußerungen und in der kirchlichen Praxis überzeugend niederschlagen. Die Kirche sieht sich als Bündnispartnerin zur Gestaltung des Gemeinwesens und als Akteurin im Bereich der Friedensbildung und Konfliktbearbeitung in der Pflicht. Stark sind ihre Worte zum gesellschaftlichen Frieden: „Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe.“

Nicht nur der Klimawandel, sondern auch die atomare Bedrohung gehört zu den größten planetaren Gefährdungen unserer Zeit. Im Blick auf Atomwaffen werden Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE als Voraussetzung dafür genannt, dass die Bundesregierung weitere konkrete Schritte einleitet mit dem Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unter-

zeichnen. Schon 2010 sah die Synode „in der Ächtung der Herstellung, der Verbreitung und der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen und vergleichbaren Waffensystemen den einzig gangbaren Weg für eine vollständige nukleare Abrüstung“. 2019 jedoch kann sie sich nicht zu einer klaren Ablehnung der nuklearen Abschreckung durchringen und verzichtet auf die unumwundene Forderung an die Bundesregierung, unverzüglich den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Dabei wäre dies das deutlichere Signal im Sinne einer Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung; es steht realpolitischen Schritten nicht im Weg, sondern ordnet sie sinnvoll ein. Ökumenisch wäre es ein Zeichen an Kirchen jener Staaten, die sicherheitspolitisch eine Koexistenz suchen, die atomwaffenfreie Zonen geschaffen haben und auf einem Global Zero bestehen. Hier haben sich der Ökumenische Rat der Kirchen sowie die Römisch-katholische Kirche deutlicher positioniert.



Christine Busch
Vorsitzende der
Aktionsgemeinschaft
Dienst für den Frieden



Jan Gildemeister
Geschäftsführer der AGDF

Rolf Wischnath

Neros Leierspiel

Eine „Kundgebung“ der EKD-Synode zur Friedensethik wurde von Frau Präses zu Dresden am 13. November 2019 vorgelegt. Darin werden alle möglichen Gesichtspunkte des „Weges der Gerechtigkeit und des Friedens“ präsentiert. Kein Stichwort wird ausgelassen. Sie sind auf sieben Seiten verzeichnet und ziemlich durcheinander und länglich geraten. Nicht nur die Bezeichnung der Veröffentlichung („Kundgebung“), sondern ihr gesamter Stil

ist unerträglich hoheitsvoll, gleichsam im Berliner Dom geschrieben.

Die Abfassung lässt keine theologische Reflexion erkennen. Eine angebrachte theologische Zuordnung von Zuspruch und Anspruch, Indikativ und Imperativ, biblischer und systematischer Reflexion – Fehlanzeige. Die mancherlei geistlichen Sätze sind nur eben ausdruckslos. Zudem ist auch diese Kundgebung ein fiktiver Text, nämlich ohne

Adressaten. Oder soll man sich vorstellen, die Verteidigungsministerin und ihre Bundeswehrsoldaten, Regierungsbeamte oder Abgeordnete, Bischöfe und Synodale, Pfarrkonvente oder Gemeindekreise gerieten aus dem Häuschen, wenn sie lesen: „Gott steht den Opfern bei ... Wir haben Anteil an der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein ... Wir rufen die politisch Verantwortlichen dazu auf, militärische Gewalt und kriegsrische Mittel zu überwinden ... Wir nehmen eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich und soziale Benachteiligung wahr Wir sprechen uns für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus“?

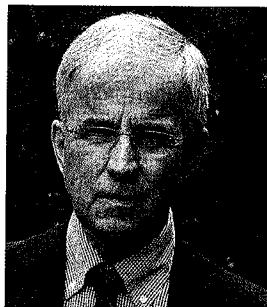
Mit diesem Text jedoch stellt die Synode die Relevanz der Klimagerechtigkeit für den Frieden in der Welt vor. Dies ist, sehe ich recht, eine Neuerung in der EKD-Friedensethik. Ansonsten nimmt sie kein heißes Eisen in die Hand:

- Die Auslandseinsätze der Bundeswehr kommen nicht vor, geschweige denn, dass Margot Käßmanns Satz „Nichts ist gut in Afghanistan“ noch einmal ausgesprochen wird.
- Die Erfolge und Misserfolge der sechzehn Auslandsanstrengungen deutscher Soldaten werden nicht genannt.
- Die geplante, Präsident Trump gehorchende Erhöhung des Bundeswehretas – die ja faktisch eine Verdoppelung dieser Haushaltsstelle bedeutet – ist keiner Erwähnung wert.
- Dass die Bundesrepublik der viertgrößte Waffenexporteur in der Welt ist, wird verschwiegen.
- Die ethische „Ausgewogenheit“ der Stellung zu den Atomwaffen bleibt abermals festgezurr. Sie wird mit einem Satzungenetüm verbrämt: „Uns erscheint (!) heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen.“
- Einen deutlichen Aufruf an die Bundesregierung, endlich den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag (2016) zu unterzeichnen, bleibt aus. Stattdessen das Geeiere: „Wir fordern die Bundesregierung auf, konkrete Schritte einzuleiten mit dem Ziel (!), den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Dies setzt Gespräche und Verhandlungen mit den Partnern in NATO, EU und OSZE voraus.“

- Der Standort der in Deutschland lagernden Atomwaffen Büchel wird erwähnt, aber die Forderung nach Abzug dieser amerikanischen Bomben und nach einem Ende der Bundeswehrübungen für den Einsatz des Teufelszeugs, ist natürlich nicht zu hören.

Zur Kundgebung insgesamt heißt es von der Pressestelle der EKD: „Mit dem Dokument fordert die Synode die Bundesregierung auf, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben und die Klimaschutzziele aus dem Pariser Abkommen umzusetzen.“ Das erachtet das Büro der Synode als nennenswerte Zusammenfassung von sieben eng beschriebenen Seiten zur EKD-Friedensethik 2019. „Die Kundgebung wurde bei einer Gegenstimme angenommen.“, vermerkt das Protokoll. Diese(r) Eine sollte die Luther-Medaille bekommen.

In seinen Betrachtungen zur neuen Politikwissenschaft charakterisiert der deutschamerikanische Philosoph Leo Strauss 1968 die Situation der Politikwissenschaften mit einem bissigen Hinweis auf den römischen Kaiser Nero, der über den Dächern des brennenden Rom (64 n. Chr.) die Leier gespielt haben soll. Auch wenn man die EKD nicht mit dem Kaiser Nero identifizieren mag, so kann ich den Vergleich des Leo Strauss bei der Lektüre der Friedens-Kundgebung der Dresdner Synode nachgerade nicht aus dem Kopf bekommen: „Mit-hin lässt sich von ihr sagen, dass sie die Leier spielt, während Rom brennt. Zu ihrer Entlastung sind zwei Tatsachen zu nennen: Sie weiß nicht, dass sie spielt, und sie weiß nicht, dass Rom brennt.“



Rolf Wischnath

Eh. Generalsuperintendent für den östlichen Teil Brandenburgs und von 1991 bis 2014 Synodaler der EKD-Synode

Frieden als Auftrag kirchlichen Handelns

Jan Gildemeister

Die EKD-Synode im November 2019 hatte zum Thema „Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens“ eine so genannte „Kundgebung“ verfasst.

Eine Replik auf Ulrich Freys Artikel „Schwerpunkt Frieden. Ein Kommentar zur Kundgebung der Synode der EKD“ im Friedensforum 1/2020.

Die EKD-Kundgebung positioniert sich zwar nicht in der Frage der atomaren Abschreckung, wie Ulrich Frey im letzten Friedensforum schrieb, aber seine Fokussierung auf diesen Aspekt führt dazu, dass er die erfreulichen Aspekte der Kundgebung nur kurz erwähnt. Seine Einschätzung, dass die fehlende (explizite) Ablehnung der Abschreckung einen „Stillstand der Entwicklung von Friedenstheologie und Friedensethik“ markiert und „friedenspolitisch die Suche nach einer nachhaltigen Sicherheits- und Friedenspolitik“ blockiert, teile ich nicht. Vielmehr liegt der Kundgebung das Verständnis der menschlichen bzw. gemeinsamen Sicherheit zugrunde und sie folgt über weite Strecken einer Friedenslogik. Allerdings war der letzte Schritt offenbar nicht mehrheitsfähig: Die direkte, deutliche Kritik der aktuellen Sicherheitsstrategie und -politik und die Unterstützung der (badischen) Initiative „Sicherheit neu denken“.

„Frieden“ ist einerseits ein Kernthema biblischer Verkündigung und ein Auftrag kirchlichen Handelns, andererseits ist es ein vielschichtiges und komplexes Thema und auch in der Evangelischen Kirche politisch umstritten. Die kontrovers diskutierte und letztlich mit nur einer Gegenstimme beschlossene Kundgebung ist insofern ein Kompromiss, der dennoch in vielerlei Hinsicht einen Fortschritt markiert.

Im theologischen Einstieg wird u. a. die Kraft der Gewaltfreiheit in der biblischen Botschaft hervorgehoben. Nach der Nennung relevanter Veränderungen seit Veröffentlichung der EKD-Friedensdenkschrift 2007 – von Klimawandel, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten über steigende Ausgaben für Rüstung und Militär bis zu einem rauer gewordenen gesell-

schaftlichen Klima – wird festgestellt, dass *„eine gerechtere, ressourcen-schonendere und die Würde achtende Weltordnung (...) der wichtigste Beitrag für mehr globale Sicherheit und weniger Konflikte (ist). Die wichtigen globalen Herausforderungen lassen sich nicht militärisch lösen, sie bedürfen des politischen Ausgleichs sowie der Berücksichtigung des Rechtes und des Wohles aller Beteiligten.“* (S. 2)

Die Kundgebung geht im Folgenden der Frage nach, wie (militärische) Gewalt und kriegsrische Mittel durch Vorbeugung und Eindämmung von Gewalt sowie konstruktive Konfliktbearbeitung überwunden werden können. Gefordert wird beispielsweise im Bundesetat mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes u. a. für die Bekämpfung von Gewaltursachen, für Krisenprävention sowie für gewaltfreie Konfliktbearbeitung. (S. 3)

Hervorgehoben wird die Bedeutung von einer nachhaltigen Entwicklung und Klimaschutz für gerechten Frieden. Die Synode spricht sich *„für ein entschiedenes Engagement von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Einhaltung der ökologischen Grenzen unserer Erde aus“*. Die Klimaschutzziele des Koalitionsvertrags sind endlich entschieden umzusetzen. Und weiter: *„Wir treten ein für eine Ethik, eine Ökonomie und einen Lebensstil des Genug.“* (S. 3)

Im Kapitel zum gesellschaftlichen Frieden werden soziale Probleme als Ursache für populistische Argumentationen, Extremismus und Gewaltbereitschaft genannt. *„Rassismus und Ausgrenzung widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe.“* (S. 4) Handlungsbedarf wird insbesondere bei der Kirche selbst gesehen, als Bündnispartner zur Gestaltung

des Gemeinwesens ebenso wie im Bereich der Friedensbildung und Konfliktbearbeitung.

Bezogen auf die internationale Ebene fokussiert die Kundgebung auf die Europäische Union *„als Projekt des Friedens und der Versöhnung“*. Gemeinsam mit anderen Kirchen in Europa *„wollen wir eine klar vernehmbare Stimme für den Frieden sein“* (S. 5). Neben einem Ausbau friedensfördernder Institutionen und Instrumente und einer friedensverträglichen (Außen-)Politik fordert die Synode auch restriktivere Rüstungsexportregelungen für Deutschland und auf EU-Ebene.

Als friedensethische Herausforderungen werden die Autonomisierung von Waffensystemen, der Cyberraum und Atomwaffen näher beschrieben. *„Bei autonomen Waffen, die der menschlichen Kontrolle entzogen sind, treten wir für eine völkerrechtliche Ächtung ein.“* (S. 6) Bei Atomwaffen werden Gespräche und Verhandlungen mit den Partnerinnen und Partnern in NATO, EU und OSZE als Voraussetzung für das Ziel, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, genannt. Neben dieser eher vagen Formulierung scheut sich die Synode aber vor einer eindeutigen Ablehnung der atomaren Abschreckung.

Zum Schluss bezieht die Kundgebung sich auf die weltweite Ökumene: *„Auf dem Weg zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (...) folgen wir seinem Aufruf, an dem Ökumenischen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens (...) teilzunehmen. Als Teil der Friedensbewegung Gottes in diese Welt hinein verpflichten wir uns, in unseren eigenen Strukturen und Veränderungsprozessen, in unserem täglichen Handeln sowie in den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen um Gottes Frieden zu bitten, ihn beständig zu suchen und für Gerechtigkeit und Frieden einzutreten.“* (S. 7)

Gesamtbewertung

Wenn man berücksichtigt, dass die Evangelischen Kirche in der Friedensfrage die Breite der gesellschaftlichen Meinungen widerspiegelt und sich – in der Bundesrepublik – traditionell regierungsnah äußert, ist der Kundgebungstext aus zwei Gründen bemerkenswert:

Zum einen durch seinen Fokus darauf, dass (militärische) Gewalt durch Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung überwunden werden muss. Die Frage, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen militärische Gewalt als „ultima ratio“ notwendig oder gerechtfertigt ist,

wird im Gegensatz zur EKD-Friedensdenkschrift nicht behandelt und damit vermieden, dass die gewaltfreie Perspektive dahinter verloren geht. Stattdessen wird darauf hingewiesen, dass sich die vorhandenen Probleme nicht militärisch lösen lassen und dass durch gewaltfreie Mittel viel bewirkt wurde und werden kann. Dass zugrunde liegende Sicherheitsverständnis hat entsprechend keine „Bedrohungen“ für Deutschland und seine wirtschaftlichen Interessen im Blick, sondern die Sicherheit aller Menschen und die gemeinsame Sicherheit von Staaten. So heißt es bezogen auf Europa: *„Dauerhafter Frieden ist nur zu erreichen, wenn auch die Sicherheit anderer in den Blick genommen wird.“* (S. 5) Die Kundgebung bietet insgesamt ethische Orientierung.

Zum anderen enthält der mit sieben Seiten insgesamt relativ lange Kundgebungstext eine Vielzahl wichtiger politischer Forderungen, Impulse und Selbstverpflichtungen. Es wird nun darauf ankommen, dass diese auch in den politischen Äußerungen und in der kirchlichen Praxis ihren Niederschlag finden. Damit verbunden ist die Frage, ob die EKD der evangelischen Friedensarbeit mit dem Ratsbeauftragten für Friedensarbeit an der Spitze die berechtigte Anerkennung beimisst und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellt.

Ein Wermutstropfen ist dagegen, dass die EKD sich nicht zu einer klaren Ablehnung der nuklearen Abschreckung und der Forderung an die Bundesregierung, unverzüglich den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, durchringen konnte. Hier sind der Ökumenische Rat der Kirchen sowie die katholische Kirche – durch entsprechende Äußerungen des Papstes und der deutschen Kommission *justitia et pax* – einen Schritt weiter gegangen.

Jan Gildemeister ist Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden. Die gemeinsame Geschäftsstelle mit der EAK unterstützt auch die Arbeit des EKD-Friedensbeauftragten und der Konferenz für Friedensarbeit.

Friedensbildung in Baden-Württemberg

Der Ausbau der Friedensbildung wurde vorerst gestoppt!

Klaus Pfisterer

Am 30. Oktober 2014 unterzeichneten der damalige Kultusminister Andreas Stoch, SPD, mit Vertreter*innen von Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen der Friedensbewegung und der Jugendarbeit eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen. Insgesamt 17 Organisationen, darunter die GEW Baden-Württemberg, unterzeichneten die Erklärung.

Fünf Jahre später erinnerte das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ an den Jahrestag und lud am 30. Oktober 2019 zu einem Stehempfang in die Landeszentrale für politische Bildung nach Stuttgart ein. Dem kurzfristigen Aufruf waren Vertreter*innen der Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Kinder und Jugendwerk Baden, der Berghof Foundation, des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee, des DFG-VK Landesverbands Baden-Württemberg, dem Friedensbündnis Esslingen, der Friedenswerkstatt Mutlangen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg sowie der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden und der Landeszentrale für politische Bildung gefolgt.

Bei dem Jubiläum erinnerte der ehemalige Kultusminister Stoch in seiner kurzen Rede an die Entstehung der Erklärung und die daraus folgende Servicestelle. Da die Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr am Widerstand von Ministerpräsident Kretschmann, Grüne, und dem damaligen Innenminister Gall, SPD, im Kabinett scheiterte, entschloss sich Stoch dazu, die Friedensbildung in den Schulen stärken zu wollen, um so dem wachsenden Einfluss der Bundeswehr zu begegnen. Die Erklärung war und ist für ihn ein ermutigendes Signal an Lehrkräfte, sich gerade auch in der Schule mit Frieden auseinanderzusetzen.

Aus der Erklärung entstand die Servicestelle Friedensbildung in Bad-Urach, wo am 1. August 2015 Claudia Möller mit ihrer

Arbeit begann. Die Träger sind das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, die Landeszentrale für politische Bildung und die Berghof Foundation. Sowohl von der inhaltlichen Arbeit als auch der Struktur strahlt die Servicestelle weit über Baden-Württemberg hinaus.

In weiteren Reden wurde auf die stabilen Strukturen der Servicestelle hingewiesen, die auch Koalitionsveränderungen unbeschadet überstanden hat. Die Friedensbildung braucht Kreativität. Die Basis dafür sind Vertrauen und Konfliktkultur, Erwartungsverlässlichkeit, Selbstreflexion und Qualität. Zusammen sind sie ein gutes Fundament für die Servicestelle. Frieden kann gelingen und das soll mit Schüler*innen erarbeitet werden. Das Projekt mit den 7 Modellschulen, das im November begann, kann genau ein solcher Ort dafür sein.

Klaus Pfisterer (DFG-VK und GEW) richtete als Vertreter der Unterzeichnerorganisationen den Blick in die Zukunft. Die Servicestelle solle nach dem Wunsch der Regierungsparteien 2020 personell und materiell gestärkt werden. Weitere Schritte zum strukturellen Ausbau müssten folgen. Es bedürfe eines Lehrstuhls für Friedensbildung mit entsprechendem Unterbau an einer baden-württembergischen Universität sowie die Verankerung der Friedensbildung als Querschnittsthema in der Lehrkräfteausbildung.

Aber es kam erst mal anders ...

Der Finanzausschuss des Landtags hat Mitte November 2019 in letzter Sekunde die beantragte Ausweitung der Servicestelle im neuen Haushaltsplan für 2021/21

Thema verfehlt

Mittwochskolumne von Paul Oppenheim



© Pixabay

Die Erwartungen an die letzte EKD-Synode waren groß. Das Schwerpunktthema sollte Frieden sein und man war vor allem gespannt, wie sie sich im Blick auf militärische Auslandseinsätze positionieren würde.

Der Begriff kommt in der Kundgebung der Synode¹ allerdings kein einziges Mal vor. Damit hat sie das Thema verfehlt, das ihr gestellt war.

„Nichts ist gut in Afghanistan.“ Das sagte die damalige Ratsvorsitzende Margot Käßmann am Neujahrstag 2010 in ihrer Predigt im Berliner Dom. Ein klares Wort, das aber nicht allen gefiel. Dabei hatte sich die EKD in ihrer Friedensdenkschrift² aus dem Jahr 2007 differenziert aber doch sehr klar zum Thema Auslandseinsätze geäußert. Demnach ist ein Auslandseinsatz wie in Afghanistan friedensethisch nicht vertretbar, aber damit konnte sich ein Teil der EKD nicht anfreunden. Im Jahr 2014 erschien dann ein Votum der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung³, das ihre tiefe Zerstrittenheit hinsichtlich des Afghanistan-Einsatzes an den Tag legte. Seither gelingt es der EKD nicht, sich zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr eindeutig zu äußern, obwohl die Denkschrift von 2007 nur solche Einsätze für vertretbar hält, die im Rahmen einer Mission der Vereinten Nationen erfolgen. Weder die Einsätze in Afghanistan, noch in Mali oder in Syrien, im Irak oder am Horn von Afrika gehören in diese Kategorie und es kommen immer neue Einsätze hinzu, die in einer völkerrechtlichen Grauzone angesiedelt sind.

An einer Stelle allerdings ist die EKD-Synode einen Schritt weitergekommen, indem sie nämlich erklärt, „dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen“ und indem sie die Unterzeichnung

des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung fordert. Mit dieser Forderung folgt sie einigen Landeskirchen einschließlich der reformierten.

Letzte Woche lud Präsident Emmanuel Macron Deutschland ein, sich unter Frankreichs atomaren Schutzschild zu stellen und dafür auch zu zahlen. Nicht wenige Politikerinnen und Politiker schienen die Idee ganz „charmant“ zu finden, als sei eine französische Atomwaffe harmloser als eine russische, amerikanische oder iranische Atombombe. Französische Atomwaffen haben aber nichts mit Camembert oder Champagner zu tun. Auch ihnen gegenüber gilt unser „NEIN ohne jedes Ja!“⁴

¹Kundgebung der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung, Dresden, November 2019

²Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen “ - Eine Denkschrift des Rates der EKD, 2007

³Selig sind die Friedfertigen “ Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik, EKD-Text 116, 2014

⁴Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche “ Eine Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes, 1982

Paul Oppenheim

Schwerpunkt Frieden.

Ein Kommentar zur Kundgebung der Synode der EKD

Ulrich Frey

Die Kundgebung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 9. bis 13.11.2019 in Dresden zum Schwerpunktthema „Frieden“¹ ist mit Spannung erwartet worden². Die Kundgebung enthält wertvolle Anstöße zur Debatte des Leitbildes des gerechten Friedens. Bereits ab dem Frühjahr 2018 hatte die EKD einen breiten und aufwändigen Konsultationsprozess initiiert. Fachkundige aus den EKD-Gliedkirchen, der Wissenschaft, aus Friedensinitiativen und Friedensverbänden waren beteiligt. Ergebnisse des Konsultationsprozesses waren Texte von fünf thematischen Arbeitsgruppen, ein friedentheologisches Lesebuch³ und der Entwurf der Kundgebung. Den EKD-Synodalen lagen bei der Entscheidung am 13.11.2019 aber nur das Lesebuch und der Entwurf der Kundgebung vor, leider nicht – entgegen den vorherigen Ankündigungen – die Ergebnisse der Arbeitsgruppen.

Im Wesentlichen zu begrüßen sind die Ausführungen der Kundgebung zu den Themenbereichen der Gewaltfreiheit, der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes, des gesellschaftlichen Friedens und der europäischen Verantwortung. Auf einzelne kritische Punkte kann hier aus Raumgründen nicht eingegangen werden. Die grundlegenden Aussagen zur Gewaltfreiheit sind in dem Kapitel über die „Herausforderungen durch Automatisierung, Cyberraum und Atomwaffen“ (S. 6f.) praktisch und politisch nicht eingelöst worden. Was theologisch und ethisch vorgegeben wird, ist praktisch-politisch nicht schlüssig dargelegt.

Einige wichtige Kritikpunkte an dem Inhalt der Kundgebung sind im Folgenden zu nennen.

Cyberraum und Atomwaffen

Die Bemerkung, „*automatisierte, teilautonome und unbemannte Waffensysteme*“ dienten „*auch dem Schutz von Zivilisten und Zivilistinnen*“, ebnet den schleichen politischen Weg zur Einführung solcher Waffen. Denn sie suggeriert die Annahme, dass die Gefährdung von Zivilpersonen ausgeschlossen werden könne. Der Verzicht auf Drohnen wird in der verabschiedeten Kundgebung im Gegensatz zum Entwurf nicht mehr erwähnt und deshalb auch nicht gefordert. Der Satz „*Wir sehen die Notwendigkeit, zur Vermeidung ... von Konflikten im Cyberraum auf der Grundlage ethischer Kriterien ein völkerrechtlich verbindliches Cyberrecht*“

zu entwickeln ...“ lässt fragen, welche ethischen Kriterien das sein könnten.

Klar ausgedrückt ist die überfällige Positionierung der EKD zur Ächtung der Atomwaffen. „*Dennoch erscheint uns heute angesichts einer mangelnden Abrüstung, der Modernisierung und der Verbreitung der Atomwaffen die Einsicht unausweichlich, dass nur die völkerrechtliche Ächtung und das Verbot von Atomwaffen den notwendigen Druck aufbaut, diese Waffen gänzlich aus der Welt zu verbannen.*“ Positiv zu beurteilen ist auch die Aufforderung an die Bundesregierung, konkrete Schritte zur Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages einzuleiten, allerdings durch Detailforderungen etwas verwässert.

Die Kundgebung enttäuscht zur Frage der Abschreckung, weil diese Strategie im Gegensatz zum Entwurf nicht mehr als unwirksam deklariert wird. Die Abschreckung wird gar nicht erwähnt, obwohl der Rat der EKD in seiner Denkschrift im Jahre 2007 mit einer kontroversen Interpretation der politischen und strategischen Folgerungen geurteilt hatte: „*Die Tauglichkeit der Strategie der nuklearen Abschreckung ist jedoch in der Gegenwart überhaupt fraglich geworden. Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.*“⁴ Die Nichterwähnung bedeutet, dass das „noch“ der VIII. Heidelberger These aus dem Jahre 1959 wieder auflebt, nämlich: „*Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von*

Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“⁵ Die Forderung, die in Büchel lagernden Atomsprengköpfe sollten abgezogen werden, wird in dem Beschluss der Synode so nicht erhoben. Zu lesen ist nur: „*Dass auch vom deutschen Boden (Büchel) atomare Bedrohung ausgeht, kann uns nicht ruhig lassen.*“

Ines-Jacqueline Werkner, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), kommt bei „*Berücksichtigung des politischen Wandels*“ zu dem Schluss: „*Nukleare Abschreckung kann ‚eine heute noch mögliche‘, das heißt ethisch verantwortbare Option darstellen, wenn sie an Rüstungskontroll- und Abrüstungsschritte rückgebunden wird, um einem Frieden in Freiheit näher zu kommen.*“⁶ Das Problem ist eben nur, dass keine Fortschritte bei Rüstungskontrolle und Abrüstung erkennbar sind. Im Gegenteil, Rüstungskontrolle und Abrüstung stagnieren.

Frühere Positionierungen

Die in der Kundgebung so versteckte, mitgedachte atomare Abschreckung wird in der Ökumene seit der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Vancouver (1983) und den folgenden Vollversammlungen abgelehnt, zuletzt in Busan 2013. Der ÖRK beschloss in Vancouver: „*Das Konzept der Abschreckung, dessen Glaubwürdigkeit von der Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen abhängt, ist aus moralischen Gründen ab-*

zulehnen und nicht geeignet, Frieden und Sicherheit langfristig zu sichern.“⁷ Dem schloss sich die Ökumenische Versammlung der Kirchen in der DDR Dresden – Magdeburg – Dresden 1989 mit dem klassischen Verdikt an: „Wir erteilen Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln gegründeten Abschreckung eine Absage“.⁸ In der katholischen Kirche haben Papst Franziskus und die Deutsche Kommission von Justitia et Pax die nukleare Abschreckung eindeutig abgelehnt.⁹

Auf Seiten der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr ist Unterschiedliches zu lesen. Im Handbuch „Friedensethik im Einsatz“ heißt es zum „Sonderproblem: Nuklearwaffen“: „Könnte ein Einsatz von Nuklearwaffen streng auf ein oder mehrere militärische Ziele beschränkt werden und würde er voraussichtlich keine ausgedehnten, langanhaltenden und schweren Umweltschäden verursachen und außerdem als verhältnismäßig in dem Sinne angesehen werden, dass kein exzessiver Kollateralschaden verursacht würde, könnte er kaum als unzulässig angesehen werden.“¹⁰ Militärbischof Sigurd Rink, in dessen Zuständigkeit auch das Jagdbombergeschwader in Büchel gehört, formuliert vorsichtiger: „Nach der Erfindung ... der Atomwaffen ist die dritte Revolution in der Kriegführung längst angebrochen. Die Aufkündigung des INF-Vertrages ... macht zwar deutlich, dass Atomwaffen als ultimatives Abschreckungsmittel noch immer nicht ausgedient haben, doch technologisch sind sie kam mehr zeitgemäß.“ Am Ende seines Buches steht die Mahnung: „Die Fortentwicklung einer Friedens- wie einer Militäretik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“¹¹

Insgesamt vermittelt die Position der Synode und damit der EKD zu den Atomwaffen den Eindruck großer Nähe zur politischen Richtung der Bundesregierung im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 7.2.2018: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.“¹²

Die theologische und politische Bewertung der Atomwaffen, besonders das Konzept der Abschreckung, ist eine der Schlüsselfragen auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens, auf den sich auch die Friedenssynode der EKD begeben hatte. Die Weitergeltung der Ab-

schreckung markiert einen Stillstand der Entwicklung von Friedenstheologie und Friedensethik. Sie blockiert friedenspolitisch die Suche nach einer nachhaltigen Sicherheits- und Friedenspolitik, wie sie z.B. in dem Ansatz des badischen Szenarios „Sicherheit neu denken“¹³ angedacht wird.

Anmerkungen

- 1 <https://www.ekd.de/beschluesse-synode-2019-50920.htm>
- 2 Vgl. den Aufsatz des Autors im FriedensForum 6/2019 „Kirchlich-ethische Debatte zu Atomwaffen“
- 3 Kirchenamt der EKD (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens. Ein friedentheologisches Lesebuch, Leipzig, 2019
- 4 Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Gütersloh, 2007, Ziffer 162, siehe auch Ziffern 163, 164
- 5 Kirchenkanzlei der EKD (Hrsg.), Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der EKD, Gütersloh, 4. Auflage, 1982, S. 83
- 6 Ines-Jacqueline Werkner, Neue friedensethische Herausforderungen, in: Kirchenamt der EKD, Auf dem Weg zu einer

Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens. Ein friedentheologisches Lesebuch, Leipzig, 2019, S. 153

- 7 Walter Müller-Römhild (Hrsg.), Bericht aus Vancouver, Lembeck, 1983, S. 165
 - 8 Kirchenamt der EKD (Hrsg.), Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit Frieden und Bewahrung der Schöpfung, EKD-Text 38, Hannover, 1991, S. 59
 - 9 <http://neue-entspannungspolitik.berlin/vatikan-konferenz-papst-fuer-atomwaffenfreiheit-und-atomare-abruistung/>
https://www.justitia-et-pax.de/jp/aktuelles/20190618_pm_atomwaffen.php
 - 10 Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr (Hrsg.), Friedensethik im Einsatz. Ein Handbuch der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr, Gütersloh, 2009, S. 196
 - 11 Sigurd Rink, Können Kriege gerecht sein? Ullstein, 2019, S. 276, 279
 - 12 Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD vom 7.2.2018, S. 150
 - 13 https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html
- Ulrich Frey ist Mitglied in der AG Friedensarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Das Oberhaupt der katholischen Kirche verurteilt Atomwaffen

(Regina Hagen) Im November besuchte Papst Franziskus Japan. Bei mehreren Gelegenheiten fand er dort eindeutige Worte gegen die Atomwaffen: „Der Besitz von Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen ist nicht die geeignete Antwort auf diesen Wunsch; vielmehr scheinen diese ihn ständig auf die Probe zu stellen. Unsere Welt lebt in der abartigen Dichotomie, Stabilität und Frieden auf der Basis einer falschen, von einer Logik der Angst und des Misstrauens gestützten Sicherheit verteidigen und sichern zu wollen. Am Ende vergiftet sie die Beziehungen zwischen den Völkern und verhindert jeden möglichen Dialog. [...] Das Wettrüsten vergeudet nämlich wertvolle Ressourcen, die doch zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung der Völker und des Umweltschutzes verwendet werden könnten. In der Welt von heute, wo Millionen von Kindern und Familien unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, ist es ein himmelschreiender Anschlag, wenn für die Herstellung, die Modernisierung, den Erhalt und den Verkauf von Waffen mit immer stärkerer Zerstörungskraft Gelder ausgegeben und damit Vermögen erzielt werden. [...]“

Zitat aus Hiroshima:

„Aus tiefer Überzeugung möchte ich bekräftigen, dass der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken heute mehr denn je ein Verbrechen ist, nicht nur gegen den Menschen und seine Würde, sondern auch gegen jede Zukunftsmöglichkeit in unserem gemeinsamen Haus. Der Einsatz von Atomenergie zu Kriegszwecken ist unmoralisch, wie ebenso der Besitz von Atomwaffen unmoralisch ist, wie ich schon vor zwei Jahren gesagt habe. Wir werden darüber gerichtet werden. Die neuen Generationen werden unser Scheitern verurteilen, wenn wir zwar über Frieden geredet, ihn aber nicht mit unserem Handeln unter den Völkern der Erde umgesetzt haben. Wie können wir von Frieden sprechen, während wir an neuen, furchtbaren Kriegswaffen bauen? Wie können wir über Frieden sprechen, während wir bestimmte illegale Handlungen mit diskriminierenden und hasserfüllten Reden rechtfertigen?“